

Monatsbericht des BMF März 2011





Monatsbericht des BMF März 2011

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

□ Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Übersichten und Termine	5
Finanzwirtschaftliche Lage	6
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Februar 2011	13
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2010	
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	
Termine, Publikationen	34
Analysen und Berichte	36
Bundeshaushalt 2011 – Sollbericht	37
Zollbilanz 2010	61
Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 18. und 19. Februa	ar 2011 in Paris68
Statistiken und Dokumentationen	73
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	74
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	100
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	107

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

aus finanzpolitischer Sicht markiert der Bundeshaushalt 2011 einen Wendepunkt: Erstmals kommt bei der Aufstellung die in Artikel 115 des Grundgesetzes verankerte neue Schuldenregel zur Anwendung. Diese Regel sieht vor, dass der Bund sein strukturelles Defizit in gleichmäßigen Schritten bis zum Jahr 2016 auf maximal 0,35% des Bruttoinlandsprodukts zurückführt und danach diese Grenze nicht mehr überschreitet. Die Bundesregierung hat mit dem Bundeshaushalt 2011 die notwendige wachstumsorientierte Konsolidierung der öffentlichen Finanzen auf den Weg gebracht. Dabei geht es um Begrenzung des Staatskonsums, Kürzung von Subventionen, Erhöhung der Leistungsanreize und Festhalten an der Priorität für Bildung und Forschung. Die Nettokreditaufnahme ist für das laufende Jahr mit 48,4 Mrd. € veranschlagt. Bei anhaltend günstiger gesamtwirtschaftlicher Entwicklung wird die Bundesregierung jedoch alles daran setzen, mit der tatsächlichen Neuverschuldung deutlich unterhalb dieses Wertes zu bleiben.

Am 18, und 19, Februar fand in Paris das erste Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure unter französischer G20-Präsidentschaft statt. Für Deutschland nahmen Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble und Bundesbankpräsident Prof. Dr. Axel Weber teil. Zu den beiden Schwerpunktthemen der französischen Präsidentschaft, der Reform des internationalen Währungssystems sowie der Verbesserung der Aufsicht und Regulierung von Rohstoffmärkten, fand ein erster Meinungsaustausch statt. Konkret vorangetrieben wurde die Umsetzung des "G20 Framework for Strong, Sustainable and Balanced Growth". Zur Aufdeckung exzessiver globaler Ungleichgewichte wurde ein Set von Indikatoren vereinbart, das beim nächsten Treffen im April durch Schwellenwerte ergänzt werden soll. Zudem werden die Diskussionen



zu Finanzmarktreformen intensiv fortgeführt, und die bereits beschlossenen Maßnahmen werden Schritt für Schritt umgesetzt.

Auf ihrer Jahrespressekonferenz stellte die Bundeszollverwaltung ihre Bilanz für das Jahr 2010 vor. Heute geht das Aufgabenspektrum der Zollverwaltung weit über die klassischen Kontrollen an den Außengrenzen sowie auf Flug- und Seehäfen hinaus. Der Zoll ist ein verlässlicher Partner für die deutschen Unternehmen. Mit einem jährlichen Volumen an Ein- und Ausfuhren in Nicht-EU-Staaten von 675 Mrd. € ist eine einfache, schnelle und risikoorientierte Zollabfertigung von Waren unverzichtbar. Die Weltbank bestätigte kürzlich in einer Logistik-Studie die Leistungsfähigkeit des Deutschen Zolls: Er steht in der Kategorie "Effizienz der Zollabwicklung" an der Spitze der großen Industrienationen. Als Steuerbehörde des Bundes hat der Zoll im Jahr 2010 rund 112 Mrd. € eingenommen; das entspricht etwa der Hälfte der Steuereinnahmen des Bundes im Jahr 2010. Weitere wichtige Tätigkeitsfelder sind die Bekämpfung von Marken- und Produktpiraterie, Schwarzarbeit, Rauschgiftkriminalität und Zigarettenschmuggel sowie die Überwachung von Artenschutzabkommen.

Joy De-

Jörg Asmussen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	6
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Februar 2011	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	21
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2010	
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	32
Termine. Publikationen	

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Finanzwirtschaftliche Lage

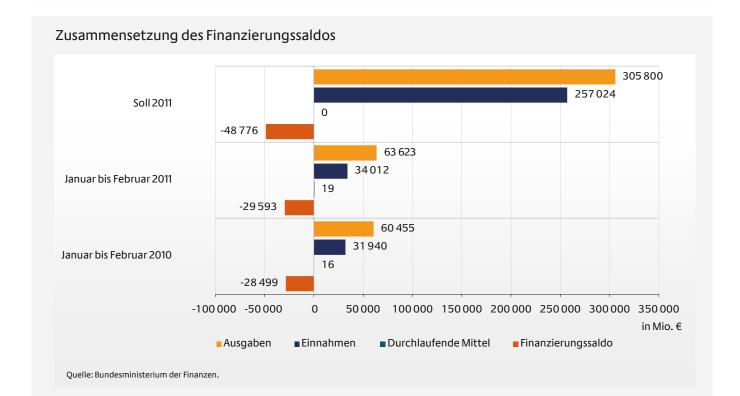
Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich bis einschließlich Februar 2011 auf 63,6 Mrd. € und liegen damit 3,2 Mrd. € (+5,2%) über dem Ergebnis vom Februar 2010. Die Steigerung der Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr beruht im Wesentlichen auf höheren Ausgaben bei

Entwicklung des Bundeshaushalts

Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-48,4	-11,8
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,4	0,1
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-17,8
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-48,8	-29,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1,3	9,3
Steuereinnahmen (Mrd. €)	229,2	31,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-0,9	6,5
Einnahmen (Mrd. €)	257,0	34,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	0,7	5,2
Ausgaben (Mrd. €)	305,8	63,6
	Soll 2011	Ist - Entwicklung ¹ Januar bis Februar 2011

¹Buchungsergebnisse.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist	Soll	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	icklung	Veränderung
	2010	2011	Januar bis Fe	ebruar 2011	Januar bis Fe	bruar 2010	ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%
Allgemeine Dienste	54 227	55 490	9 602	15,1	9 060	15,0	6,
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 887	6149	1 382	2,2	1 347	2,2	2,
Verteidigung	31 707	32 147	5 608	8,8	5 841	9,7	-4,
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6 2 4 0	6376	1 034	1,6	1 020	1,7	1,
Finanzverwaltung	3 727	4 166	600	0,9	579	1,0	3,
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	14 896	16 933	2 007	3,2	1 803	3,0	11,
BAföG	1 382	1 544	391	0,6	331	0,5	18,
Forschung und Entwicklung	8 940	9 471	627	1,0	694	1,1	-9,
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	163 431	160 005	32 735	51,5	31 937	52,8	2,
Sozialversicherung	78 046	77 655	18 444	29,0	18 542	30,7	-0,
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	7 927	13 446	2 600	4,1	1 830	3,0	42
Grundsicherung für Arbeitssuchende	35 920	34 190	5 223	8,2	5 940	9,8	-12
darunter: Arbeitslosengeld II	22 246	20 400	3 467	5,4	3 9 1 9	6,5	-11
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 235	3 600	529	0,8	555	0,9	-4,
Wohngeld	881	679	149	0,2	152	0,3	-2,
Erziehungsgeld/Elterngeld	4586	4389	832	1,3	787	1,3	5,
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	1 900	1 748	385	0,6	418	0,7	-7,
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 255	1 580	214	0,3	147	0,2	45
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 114	2 098	223	0,4	205	0,3	8,
Wohnungswesen	1 356	1 353	215	0,3	178	0,3	20,
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 678	6 497	1 718	2,7	1 949	3,2	-11,
Regionale Förderungsmaßnahmen	811	740	67	0,1	72	0,1	-6
Kohlenbergbau	1319	1 350	1 350	2,1	1319	2,2	2,
Gewährleistungen	805	1 770	71	0,1	189	0,3	-62
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 735	11 735	1 395	2,2	1 211	2,0	15,
Straßen (ohne GVFG)	6341	5 926	342	0,5	409	0,7	-16
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	16 073	15 999	2 546	4,0	2 069	3,4	23
Bundeseisenbahnvermögen	5 223	5 283	629	1,0	645	1,1	-2,
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	4304	3 877	432	0,7	422	0,7	2
Allgemeine Finanzwirtschaft	34 249	35 462	13 182	20,7	12 074	20,0	9
Zinsausgaben	33 108	35 343	13 013	20,5	11 911	19,7	9,
Ausgaben zusammen	303 658	305 800	63 623	100,0	60 455	100,0	5,

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung und gestiegenen Zinsausgaben.

Einnahmeentwicklung

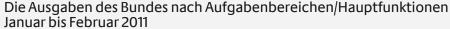
Mit 34,0 Mrd. € überschritten die Einnahmen des Bundes das Vorjahresergebnis um 2,1 Mrd. € (+ 6,5 %). Die Steuereinnahmen betrugen 31,0 Mrd. € und lagen um 2,7 Mrd. € (+ 9,3 %) über dem Ergebnis vom Februar 2010. In erster Linie wirkten hier Einnahmesteigerungen bei den Steuern vom Umsatz, der nicht veranlagten Steuer vom Ertrag und der Versicherungsteuer. Die übrigen Verwaltungseinnahmen lagen mit 3,0 Mrd. € um – 0,6 Mrd. € unter dem Februarergebnis von 2010.

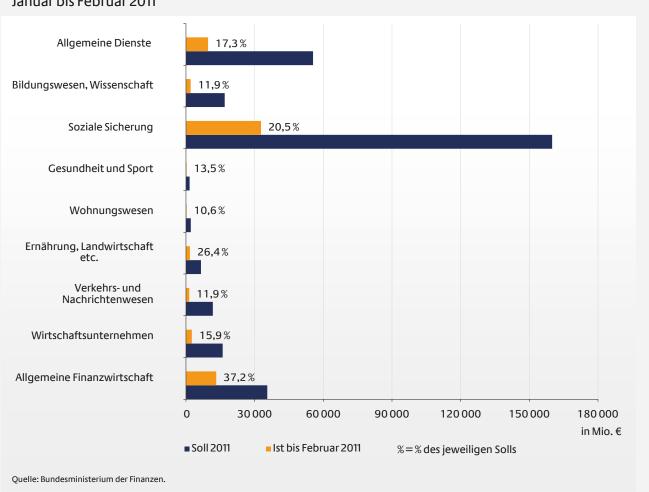
Finanzierungssaldo

Die Aussagekraft der Zahlen zu Jahresbeginn ist naturgemäß gering. Eine belastbare Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo von −29,6 Mrd. € ableiten.

Sondervermögen ITF

Der Bund stellt im Rahmen des Konjunkturpakets II über das Sondervermögen "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF) in den Jahren 2009 bis 2011 insgesamt bis zu 20,4 Mrd. € für zusätzliche Maßnahmen zur schnellen Konjunkturbelebung bereit. Im Jahr 2011 dürfen die im ITF bis zum





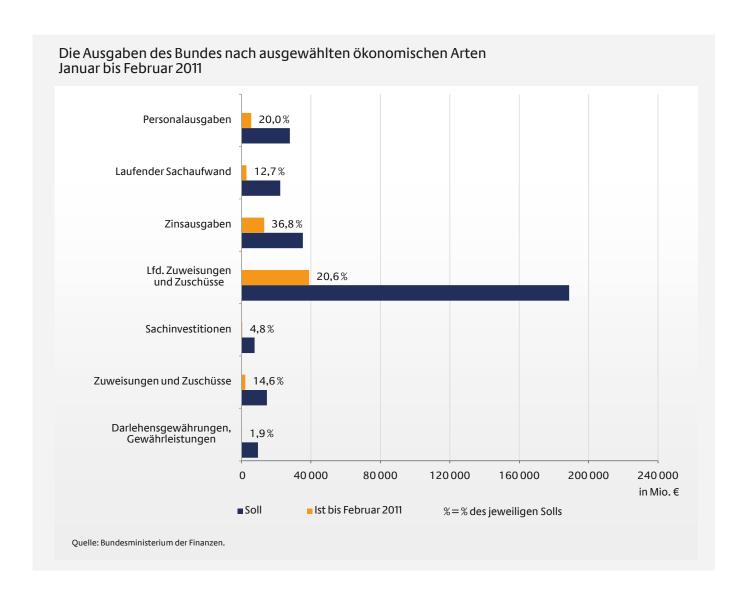
FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist	Soll	Ist - Entw	ricklung	Ist - Entw	icklung	Veränderung
	2010	2011	Januar bis Fe	ebruar 2011	Januar bis Fe	bruar 2010	ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%
Konsumtive Ausgaben	277 581	274 627	60 453	95,0	56 871	94,1	6,3
Personalausgaben	28 196	27 799	5 571	8,8	5 446	9,0	2,3
Aktivbezüge	21 117	20749	4086	6,4	3 974	6,6	2,8
Versorgung	7 079	7 050	1 486	2,3	1 472	2,4	1,0
Laufender Sachaufwand	21 494	22 336	2 833	4,5	3 062	5,1	-7,5
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 544	1 350	219	0,3	179	0,3	22,3
Militärische Beschaffungen	10 442	10 429	1 470	2,3	1 752	2,9	-16,1
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 508	10 557	1 144	1,8	1 130	1,9	1,2
Zinsausgaben	33 108	35 343	13 013	20,5	11 911	19,7	9,3
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	194 377	188 756	38 967	61,2	36 365	60,2	7,2
an Verwaltungen	14114	15 094	2 067	3,2	1 954	3,2	5,8
an andere Bereiche	180 263	173 662	37 015	58,2	35 268	58,3	5,0
darunter:							
Unternehmen	24212	25 056	4898	7,7	4198	6,9	16,7
Renten, Unterstützungen u. a.	29 665	28 159	4856	7,6	5 3 2 3	8,8	-8,8
Sozialversicherungen	120 831	114657	26312	41,4	24793	41,0	6,1
Sonstige Vermögensübertragungen	406	394	69	0,1	88	0,1	-21,6
Investive Ausgaben	26 077	32 330	3 170	5,0	3 584	5,9	-11,6
Finanzierungshilfen	18 417	24 831	2 806	4,4	3 066	5,1	-8,5
Zuweisungen und Zuschüsse	14944	14581	2 136	3,4	2 279	3,8	-6,3
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 663	9 444	177	0,3	363	0,6	-51,2
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	810	806	494	0,8	424	0,7	16,5
Sachinvestitionen	7 660	7 499	363	0,6	518	0,9	-29,9
Baumaßnahmen	6 2 4 2	6014	233	0,4	329	0,5	-29,2
Erwerb von beweglichen Sachen	916	910	95	0,1	122	0,2	-22,1
Grunderwerb	503	576	35	0,1	67	0,1	-47,8
Globalansätze	0	-1 158	0		0		
Ausgaben insgesamt	303 658	305 800	63 623	100,0	60 455	100,0	5,2

31. Dezember 2010 begonnenen Maßnahmen noch ausfinanziert werden. Bis einschließlich Februar 2011 sind davon bereits 13,6 Mrd. € abgeflossen. Es wurden rund 6,1 Mrd. € für Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder, rund 2,0 Mrd. € für Investitionen des Bundes und rund 4,8 Mrd. € als Umweltprämie ausgezahlt.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



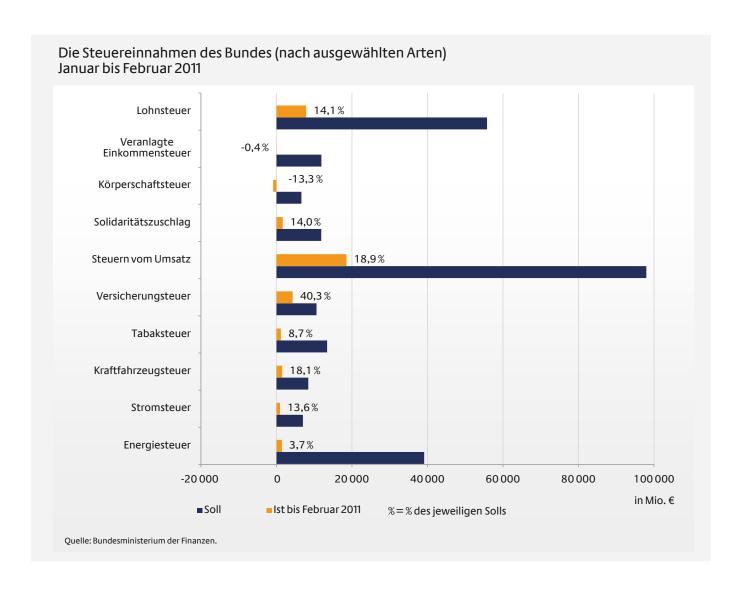
FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist	Soll	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	ricklung	Veränderund
	2010	2011	Januar bis Fe	bruar 2011	Januar bis Fe	bruar 2010	ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in %
I. Steuern	226 189	229 164	31 033	91,2	28 383	88,9	9,
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	181 502	184 183	29 129	85,6	26 789	83,9	8,
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ¹)	84355	84791	10 479	30,8	9910	31,0	5,
davon:							
Lohnsteuer	54 759	55 781	7872	23,1	7 588	23,8	3,
veranlagte Einkommensteuer	13 252	11 921	- 44	-0,1	136	0,4	
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	6 491	6 8 9 5	2 211	6,5	1 107	3,5	99,
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 1	3 832	3 569	1 318	3,9	1 523	4,8	-13,
Körperschaftsteuer	6 021	6 625	-878	-2,6	- 444	-1,4	97
Steuern vom Umsatz	95 860	97 985	18 566	54,6	16838	52,7	10
Gewerbesteuerumlage	1 287	1 407	83	0,2	42	0,1	97
Energiesteuer	39 838	39 142	1 429	4,2	1 666	5,2	-14
Tabaksteuer	13 492	13 440	1 169	3,4	1 196	3,7	-2
Solidaritätszuschlag	11 713	11 850	1 661	4,9	1 593	5,0	4
Versicherungsteuer	10 284	10 620	4283	12,6	3 752	11,7	14
Stromsteuer	6 171	7 030	953	2,8	858	2,7	11
Kraftfahrzeugsteuer	8 488	8 445	1 532	4,5	1 536	4,8	-0
Branntweinabgaben	1 993	1 963	456	1,3	397	1,2	14
Kaffeesteuer	1 002	1 030	178	0,5	168	0,5	6
Ergänzungszuweisungen an Länder	-12 880	-12 159	0	0,0	0	0,0	
BNE-Eigenmittel der EU	-18 153	-21 870	-5 979	-17,6	-5 676	-17,8	5
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-1 836	-2 300	- 555	-1,6	-611	-1,9	-9
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6 877	-6980	-1 163	-3,4	-1 146	-3,6	1
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-8 992	-2 248	-6,6	-2 248	-7,0	0
II. Sonstige Einnahmen	33 105	27 860	2 978	8,8	3 557	11,1	-16
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4359	5 565	190	0,6	356	1,1	-46
Zinseinnahmen	385	512	32	0,1	72	0,2	-55
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	4 403	4247	317	0,9	640	2,0	-50
Einnahmen zusammen	259 293	257 024	34 012	100,0	31 940	100,0	6

 $^{^{1}}$ Bis 2008 Zinsabschlag.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Februar 2011

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Februar 2011

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Februar 2011 im Vorjahresvergleich um + 9,7% gestiegen. Der Bund konnte das Ergebnis des Vergleichsmonats um + 10,0% übertreffen. Die Zuwachsraten sind vor allem deshalb so hoch, weil das Aufkommen im Vorjahresmonat krisenbedingt noch schwach war. In den kommenden Monaten wird das Steueraufkommen auf höhere Vorjahresergebnisse treffen, sodass die Zuwachsraten im Jahresverlauf zurückgehen werden.

Das kumulierte Ergebnis Januar bis Februar 2011 liegt bei +7,6% für die Steuereinnahmen insgesamt (Bund: +10,5%).

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer sind im Berichtsmonat Februar 2011 nicht zuletzt aufgrund der deutlich verbesserten Beschäftigungslage um + 11,1% gestiegen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer lag im Februar um rund 545 000 Personen über dem Vorjahresergebnis. Zudem sanken die aus dem Lohnsteueraufkommen zu leistenden Kindergeldzahlungen wegen des Rückgangs der Zahl der Kindergeldkinder um - 1,7% unter das Vorjahresniveau. Die Zulagen aus der Altersvorsorge haben sich mit - 73,5% stark vermindert, weil deren Auszahlung sich zunehmend auf den Mai-Termin konzentriert.

Das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer verringerte sich gegenüber dem Vorjahresmonat um rund 400 Mio. €. Hauptursache hierfür ist ein großer Einzelfall, bei dem freiwillig geleistete Vorauszahlungen aufgrund der inzwischen erfolgten Klärung der Rechtslage zurückzuzahlen waren.

Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer haben sich gegenüber dem Vorjahresmonat um rund 600 Mio. € verbessert, weil die Erstattungen für weiter zurückliegende Veranlagungszeiträume deutlich niedriger ausfielen als im Februar 2010.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag sanken die kassenmäßigen Einnahmen um - 80,5 %. Hier waren im Vorjahr in mehreren Bundesländern positive Sonderfälle zu verzeichnen, sodass ein starker Rückgang des Aufkommens in diesem Jahr zu erwarten war.

Die Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge fiel im Februar 2011 mit - 17,8 % wie in den Vormonaten deutlich unter das Vorjahresergebnis zurück. Das immer noch sehr niedrige Zinsniveau führt zu einer erheblich verringerten Steuerbemessungsgrundlage. Auch in den Folgemonaten ist angesichts der weiter rückläufigen Durchschnittsverzinsung von Wertpapieren (höherverzinsliche Anlagen aus früheren Jahren werden fällig, neue Anlagen werden zu niedrigeren Zinsen getätigt) von Mindereinnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge auszugehen.

Das Aufkommen der Steuern vom Umsatz übertraf im Berichtsmonat Februar 2011 das entsprechende Vorjahresniveau mit + 13,5 % besonders deutlich. Erneut stiegen die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer aufgrund der weiterhin sehr lebhaften Außenhandelstätigkeit kräftig an (+38,9%). Erst in den kommenden Monaten werden sich die hohen Zuwachsraten zurückbilden, weil die Einnahmen in diesem Jahr dann mit ebenfalls hohen Einnahmen im Vorjahr verglichen werden. Obwohl ein Zuwachs bei der Einfuhrumsatzsteuer die Vorsteuerabzüge im Inland erhöht, wurde das Niveau der (Binnen-)Umsatzsteuer in diesem Monat um + 7,7% ausgeweitet. Dieser starke Zuwachs

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Februar 2011

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2011	Februar	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Februar	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2011	Veränderun ggü. Vorjah
	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio € ⁴	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	10 460	11,1	22389	6,2	131 250	2,6
veranlagte Einkommensteuer	- 462	X	- 105	X	28 050	-10,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	199	-80,5	4422	99,7	13 790	6,2
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	592	-17,8	2 996	-13,4	8 112	-6,9
Körperschaftsteuer	105	Х	-1 756	Х	13 250	10,0
Steuern vom Umsatz	18 894	13,5	34486	8,6	183 100	1,7
Gewerbesteuerumlage	241	72,0	200	86,4	3 397	9,3
erhöhte Gewerbesteuerumlage	77	106,2	155	59,9	2 933	4,2
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	30 104	9,8	62 788	8,0	383 882	1,3
Bundessteuern						
Energiesteuer	1 211	-13,2	1 429	-14,2	39 500	-0,8
Tabaksteuer	834	1,4	1169	-2,3	13 240	-1,9
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	260	25,5	455	14,7	1 960	-1,5
Versicherungsteuer	3 756	17,3	4283	14,2	10 620	3,3
Stromsteuer	441	29,2	953	11,2	6 200	0,5
Kraftfahrzeugsteuer	553	-4,0	1 532	-0,3	8 445	-0,5
Luftverkehrsteuer	59	Х	59	Х	0	X
Kernbrennstoffsteuer	0	Х	0	Х	0	Х
Solidaritätszuschlag	724	6,4	1 661	4,3	11 850	1,2
übrige Bundessteuern	152	8,2	308	10,6	1 495	3,2
Bundessteuern insgesamt	7 988	8,5	11 849	5,1	93 310	-0,1
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	312	26,2	764	36,6	4394	-0,2
Grunderwerbsteuer	532	34,5	1015	30,9	5 305	0,3
Rennwett- und Lotteriesteuer	109	-1,4	234	-2,4	1 400	-0,9
Biersteuer	43	1,0	102	-3,5	712	-0,1
Sonstige Ländersteuern	23	-79,6	38	-70,5	360	10,1
Ländersteuern insgesamt	1 020	12,2	2 153	18,9	12 171	0,2
EU-Eigenmittel						
Zölle	417	28,3	751	-6,4	4 200	-4,1
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	405	-1,8	555	-9,2	2 300	25,2
BSP-Eigenmittel	4 3 6 3	19,5	5 9 7 9	5,3	21 870	20,5
EU-Eigenmittel insgesamt	5 186	18,2	7 284	2,7	28 370	16,4
Bund ³	15 842	10,0	31 462	10,5	225 407	-0,2
Länder ³	16 554	7,4	34 403	6,8	211 263	0,6
EU	5 186	18,2	7 284	2,7	28 370	16,4
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	1 948	7,0	4 391	3,1	28 523	0,1
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	39 530	9,7	77 541	7,6	493 563	1,0

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $^{^2\,} Nach\, Abzug\, der\, Kindergelder stattung\, durch\, das\, Bundeszentralamt\, für\, Steuern.$

 $^{^3}$ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom November 2010.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Februar 2011

ist allein aus dem in den vergangenen Monaten gestiegenen privaten Verbrauch nicht zu erklären. Vermutlich spielen kassentechnische Faktoren eine Rolle, die dazu führen werden, dass das Aufkommen der Steuern vom Umsatz im kommenden Monat zum Ausgleich deutlich weniger stark wächst.

Die reinen Bundessteuern weisen im Februar 2011 Mehreinnahmen von +8.5% auf. Besonders deutlich fielen die Zunahmen bei der Versicherungsteuer (+17,3%), der Stromsteuer (+29,2%) und dem Solidaritätszuschlag (+6,4%) aus. Die Versicherungsteuer verzeichnete im Monat Februar, in dem etwa ein Drittel des Jahresaufkommens erzielt wird, einen Zuwachs um rund + 550 Mio. €. Es ist jedoch davon auszugehen, dass es zu kassentechnischen Verschiebungen gekommen ist, da das Aufkommensniveau im Dezember 2010 deutlich unter dem "Normalniveau" lag. Auch die Tabaksteuer (+1,4%) konnte das Vorjahresniveau übertreffen. Die Einnahmen aus der Energiesteuer lagen mit - 13,2% deutlich unter dem Vorjahresergebnis. Hierzu trugen die Energiesteuer auf Heizöl

mit - 5,4% und die Energiesteuer auf Erdgas mit - 38,7% bei. Mindereinnahmen gab es auch bei der Kraftfahrzeugsteuer (- 4,0%). Erstmals wurden Einnahmen bei der Luftverkehrsteuer, die zum 1. Januar 2011 eingeführt wurde, gemeldet (59 Mio. €). Die Luftverkehrsteuer wird bei Abflügen von einem innerdeutschen Flughafen in Höhe von 8 € für die Kurzstrecke, 25 € für die Mittelstrecke und 45 € für die Langstrecke erhoben.

Die reinen Ländersteuern weiteten ihr Volumen im Februar 2011 um + 12,2% aus, erneut getragen von kräftigen Zuwächsen bei der Erbschaftsteuer (+ 26,2 %) und der Grunderwerbsteuer (+34,5%). Zu dem seit einiger Zeit zu beobachtenden Anstieg der Grunderwerbsteuer dürften neben der konjunkturellen Entwicklung auch die derzeit niedrigen Hypothekenzinsen einen Beitrag geleistet haben. Während die Biersteuer ihr Vorjahresergebnis mit + 1,0 % übertraf, unterschritt es die Rennwett- und Lotteriesteuer mit -1,4%. Das niedrige Aufkommen der Feuerschutzsteuer ergibt sich daraus, dass der Hauptabrechnungsmonat künftig der jeweils letzte Monat eines Quartals ist.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Februar durchschnittlich 4,30 % (4,21% im Januar).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Februar 3,15 % (3,16 % Ende Januar).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – stiegen Ende Februar auf 1,09 % (1,07 % Ende Januar).

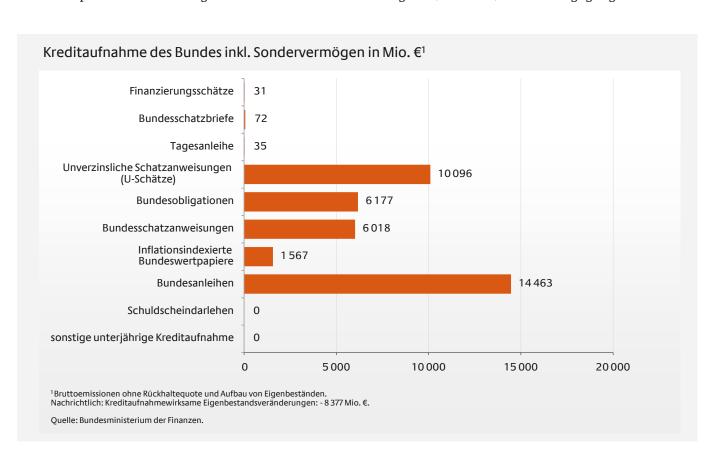
Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 03. März 2011 die seit Mai 2009 geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,00 %, 1,75 % beziehungsweise 0,25 % belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 7 272 Punkte am 28. Februar (7 077 Punkte am 31. Januar).

Der Euro Stoxx 50 stieg von 2 954 Punkten am 31. Januar auf 3 013 Punkte am 28. Februar.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Januar 2011 bei 1,5 % nach 1,7 % im Dezember 2010 und 2,1 % im November 2010. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 für den Zeitraum von November 2010 bis Januar 2011 stieg auf 1,7 % nach 1,6 % im vorangegangenen



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Dreimonatszeitraum (der Referenzwert für das jährliche M3-Wachstum beträgt derzeit 4,5 %).

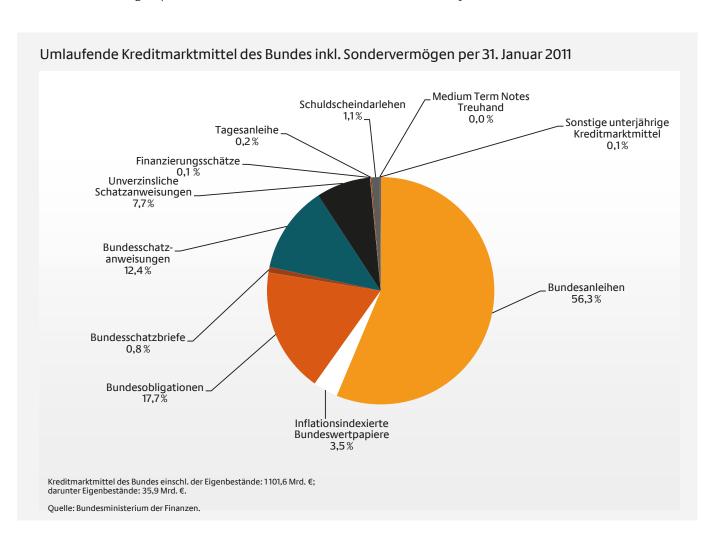
Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im Januar 2,0% (nach 1,6% im Vormonat).

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen - 1,21 % im Januar 2011 (- 1,65 % im Dezember 2010).

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

Der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen (Investitions- und Tilgungsfonds und Restrukturierungsfonds)
betrug bis einschließlich Januar 2011
insgesamt 38,46 Mrd. €. Davon wurden
29 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders
umgesetzt. Darüber hinaus wurde am
12. Januar 2011 die 1,75 %ige Inflationsindexierte
Bundesanleihe (ISIN DE 0001030526,
WKN 103052) um ein Volumen von insgesamt
1,0 Mrd. € im Tenderverfahren aufgestockt.
Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch
Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes
und im Rahmen von Marktpflegeoperationen
(Eigenbestandsabbau: 8,38 Mrd. €).

Die im Januar 2011 zur Finanzierung von Bund und Sondervermögen begebenen Kapital- und Geldmarktemissionen ergeben sich aus der Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2011".



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2011 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd.	€					
Anleihen	23,3												23,3
Bundesobligationen	-												-
Bundesschatzanweisungen	-												-
U-Schätze des Bundes	11,0												11,0
Bundesschatzbriefe	0,2												0,2
Finanzierungsschätze	0,1												0,1
Tagesanleihe	0,1												0,1
MTN der Treuhandanstalt	0,0												0,0
Schuldscheindarlehen	0,0												0,0
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	-												-
Sonstige Schulden gesamt	0,0												0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	34,5												34,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2011 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd.	€					
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,5												13,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Für Bund und Sondervermögen belaufen sich bis einschließlich Januar 2011 die Tilgungen auf rund 34,53 Mrd. € und die Zinszahlungen auf rund 13,49 Mrd. €.

Die aufgenommenen Mittel wurden zur Finanzierung des Bundeshaushaltes in

Höhe von 37,98 Mrd. €, des Investitions- und Tilgungsfonds in Höhe von 0,48 Mrd. € und des Restrukturierungsfonds in geringfügiger Höhe eingesetzt. Neue Kredite für den Finanzmarktstabilisierungsfonds werden seit dem 1. Januar 2011 nicht mehr aufgenommen.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2011 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesanleihe ISIN DE0001135424 WKN 113542	Aufstockung	5. Januar 2011	10 Jahre fällig 4. Januar 2021 Zinslaufbeginn 26. November 2010 erster Zinstermin 4. Januar 2012	5 Mrd.€
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030526 WKN 103052	Aufstockung	12. Januar 2011	10 Jahre fällig 15. April 2020 Zinslaufbeginn 15. April 2010 erster Zinstermin 15. April 2011	1Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141596 WKN 114159	Neuemission	12. Januar 2011	5 Jahre fällig 26. Februar 2016 Zinslaufbeginn 14. Januar 2011 erster Zinstermin 26. Februar 2012	6 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137321 WKN 113732	Aufstockung	19. Januar 2011	2 Jahre fällig 14. Dezember 2012 Zinslaufbeginn 12. November 2010 erster Zinstermin 14. Dezember 2011	6 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135432 WKN 113543	Aufstockung	26. Januar 2011	30 Jahre fällig 4. Juli 2042 Zinslaufbeginn 4. Juli 2010 erster Zinstermin 4. Juli 2011	2 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141596 WKN 114159	Aufstockung	9. Februar 2011	5 Jahre fällig 26. Februar 2016 Zinslaufbeginn 14. Januar 2011 erster Zinstermin 26. Februar 2012	ca. 5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135424 WKN 113542	Aufstockung	16. Februar 2011	10 Jahre fällig 4. Januar 2021 Zinslaufbeginn 26. November 2010 erster Zinstermin 4. Januar 2012	ca.4Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137339 WKN 113733	Neuemission	23. Februar 2011	2 Jahre fällig 15. März 2013 Zinslaufbeginn 25. Februar 2011 erster Zinstermin 15. März 2012	ca.7Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141596 WKN 114159	Aufstockung	2. März 2011	5 Jahre fällig 26. Februar 2016 Zinslaufbeginn 14. Januar 2011 erster Zinstermin 26. Februar 2012	ca. 5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137339 WKN 113733	Aufstockung	16. März 2011	2 Jahre fällig 15. März 2013 Zinslaufbeginn 25. Februar 2011 erster Zinstermin 15. März 2012	ca. 6 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135424 WKN 113542	Aufstockung	23. März 2011	10 Jahre fällig 4. Januar 2021 Zinslaufbeginn 26. November 2010 erster Zinstermin 4. Januar 2012	ca. 4 Mrd. €
			1. Quartal 2011 insgesamt	ca. 51 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2011 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115772 WKN 111577	Neuemission	10. Januar 2011	6 Monate fällig 13. Juli2011	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115723 WKN 111572	Aufstockung	17. Januar 2011	9 Monate fällig 26. Oktober 2011	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115780 WKN 111578	Neuemission	24. Januar 2011	12 Monate fällig 25. Januar 2012	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115798 WKN 111579	Neuemission	7. Februar 2011	6 Monate fällig 10. August 2011	ca. 5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115749 WKN 111574	Aufstockung	21. Februar 2011	9 Monate fällig 23. November 2011	ca.2 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115806 WKN 111580	Neuemission	28. Februar 2011	12 Monate fällig 29. Februar 2012	ca.3 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115814 WKN 111581	Neuemission	14. März 2011	6 Monate fällig 14. September 2011	ca. 5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115764 WKN 111576	Aufstockung	21. März 2011	9 Monate fällig 14. Dezember 2011	ca.2 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115822 WKN 111582	Neuemission	28. März 2011	12 Monate fällig 28. März 2012	ca.3 Mrd.€
			1. Quartal 2011 insgesamt	ca. 30 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Der konjunkturelle Aufschwung hat sich zu Jahresbeginn fortgesetzt, wenngleich die Produktionstätigkeit in der Industrie verhalten ausfiel.
- Die anhaltend positive Entwicklung am Arbeitsmarkt wird die private Konsumtätigkeit weiter begünstigen.
- Die Beschäftigtenzahl erreichte im Januar einen neuen Höchststand.
- Der Preisdruck auf der Verbraucherstufe hat zu Jahresbeginn zugenommen.

Der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland setzt sich den Wirtschaftsdaten zufolge mit moderatem Tempo fort, wenngleich die Produktionstätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe zum Jahresauftakt verhalten ausfiel.

Bereits im Schlussquartal des vergangenen Jahres hatte sich die gesamtwirtschaftliche Aktivität im Vergleich zum vorangegangenen Sommerhalbjahr abgeschwächt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,4% gegenüber dem Vorquartal an. In den beiden Quartalen zuvor waren Wachstumsraten von 0,7% beziehungsweise 2,2% zu verzeichnen gewesen. Im 4. Quartal 2010 kamen die Wachstumsimpulse vor allem vom Außenhandel. Exporte von Waren und Dienstleistungen stiegen in saisonbereinigter Betrachtung um real 2,5 % gegenüber dem Vorquartal an, während die Importe um 0,9 % zulegten. So trugen die Nettoexporte im Schlussquartal rein rechnerisch 0,7 Prozentpunkte zum realen BIP-Anstieg bei. Positive Wachstumsimpulse kamen im Inland im Vorquartalsvergleich aus den Ausrüstungsinvestitionen, die zum vierten Mal in Folge ausgeweitet wurden (real + 2,6%). Zugleich stiegen auch die Privaten Konsumausgaben an (real + 0,2%) und setzten damit ihren Aufwärtstrend fort. Zusammen mit der Zunahme der staatlichen Konsumausgaben (real + 0,6%) konnte damit

der vor allem witterungsbedingte Rückgang der Bauinvestitionen (real - 3,9 %) kompensiert werden. Gedämpft wurde die inländische Verwendung allein durch den Abbau von Vorräten.

Die aktuellen Stimmungsindikatoren signalisieren, dass die gesamtwirtschaftliche Aktivität in Deutschland im weiteren Jahresverlauf wieder an Schwung gewinnen dürfte. So erreichte der Einkaufsmanager-Index für das Verarbeitende Gewerbe im Februar einen neuen Höchststand seit Umfragebeginn im Jahr 1996. Zugleich stieg der ifo-Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft den neunten Monat in Folge an, wobei sich die Geschäftserwartungen auf hohem Niveau stabilisierten.

Der gesamte Datenkranz stützt die Wachstumsprojektion im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung. Danach dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2011 um preisbereinigt 2,3 % ansteigen.

Die Exportdynamik hat sich zu Beginn dieses Jahres spürbar abgeflacht. Die nominalen Warenausfuhren gingen im Januar gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt merklich zurück. Gleichwohl sind die Warenexporte der Grundtendenz nach – wie der aussagekräftigere Mehrmonatsvergleich zeigt – weiterhin leicht aufwärtsgerichtet. Die

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Vorjahresveränderung weist noch deutlich zweistellige Steigerungsraten auf. So wurde das Ausfuhrergebnis vom Januar 2010 nach Ursprungswerten deutlich überschritten (+24,2%). Dabei wurden die Ausfuhren in Drittländer (+30,8%) überdurchschnittlich stark ausgeweitet. Aber auch die Zunahme der Warenausfuhren in den Euroraum (+18,8%) und den Nicht-Euroraum der EU (+23,8%) fiel sehr kräftig aus.

Das aktuelle Indikatorenbild deutet auf anhaltende positive außenwirtschaftliche Wachstumsimpulse hin: So signalisieren der Aufwärtstrend der industriellen Auslandsaufträge und die sehr optimistischen ifo-Exporterwartungen eine weitere Ausweitung der Außenhandelstätigkeit. Dafür spricht auch die Fortsetzung des weltwirtschaftlichen Aufschwungs. Der IWF erwartet in seiner jüngsten Prognose vom Januar 2011 für dieses Jahr ein um 0,2 Prozentpunkte höheres Welt-BIP (+4,4%) als noch im Herbst 2010, wobei die Einschätzungen zum Wirtschaftswachstum im Euroraum nicht verändert wurden. Spürbare Impulse dürfte die deutsche Wirtschaft von der hohen Wachstumsdynamik in den Schwellenländern erhalten. Der IWF erwartet insbesondere für China einen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Aktivität um 9,6 %. Auch aus den Industrieländern sind Impulse zu erwarten. Dafür spricht die leichte Zunahme des OECD Leading Indicator, der auf eine Verbesserung der Wirtschaftslage in den OECD-Ländern hindeutet.

Die nominalen Wareneinfuhren sind im Januar gegenüber dem Vormonat spürbar angestiegen, nach einem Rückgang im Dezember (saisonbereinigt). Im Zweimonatsvergleich zeigt sich eine leichte Aufwärtsbewegung. Nach Ursprungswerten übersteigen die Wareneinfuhren das Vorjahresniveau um 24,1%. Dabei war der Importanstieg aus Drittländern (+ 31,6%) noch kräftiger als die Zunahme der Importe aus den Ländern der EU (+ 19,7%). Der sehr kräftige Anstieg der nominalen Warenimporte zeigt sich auch in einer spürbaren Zunahme der

Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer von Januar bis Februar um 35,6 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Der spürbare Importanstieg dürfte insbesondere auf die Erhöhung der Importpreise, vor allem für energetische Rohstoffe, zurückzuführen sein. Dafür spricht die im Gegensatz zu den nominalen Einfuhren leichte Abwärtstendenz der preisbereinigten Warenimporte.

Der Aufschwung wird weiterhin von der stark exportorientierten Industrie unterstützt, wenngleich die Produktionszahlen in diesem wichtigen Wirtschaftsbereich einen eher zögerlichen Jahresauftakt anzeigen. So wurde die Industrieproduktion im Januar gegenüber dem Vormonat nur geringfügig um 0,2 % (saisonbereinigt) gesteigert. Die niedrige Veränderungsrate erklärt sich u.a. durch die deutliche Aufwärtsrevision des Dezember-Wertes um 1,1 Prozentpunkte. Angesichts der überaus positiven Beurteilung von Geschäftslage und Produktionstätigkeit, wie sie zuletzt in den Umfragen unter Unternehmen (ifo) und Einkaufsmanagern des Verarbeitenden Gewerbes zum Ausdruck kam, überraschte die verhaltende Produktionstätigkeit im Januar dennoch. Einer deutlichen Produktionsausweitung bei Vorleistungsgütern stand ein Produktionsrückgang bei Investitionsgütern gegenüber. Insbesondere im Maschinenbau (-7,7%) sowie bei der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (-10,3%) kam es im Januar zu spürbaren Produktionsrückgängen. Dennoch ist die industrielle Erzeugung insgesamt nach dem zweiten monatlichen Anstieg in Folge der Grundtendenz nach aufwärtsgerichtet. Hierzu trägt vor allem die Investitionsgüterproduktion bei (+2,5%).

Auch die Umsatzentwicklung in der Industrie zeigte sich zu Jahresbeginn wenig dynamisch. Gleichwohl sind im Zweimonatsvergleich die industriellen Umsätze noch leicht aufwärtsgerichtet. Während die Auslandsumsätze in diesem

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

	2010		Veränderung in % gegenüber						
Gesamtwirtschaft / Einkommen	Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. in%	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr			
			2.Q.10	3.Q.10	4.Q.10	2.Q.10	3.Q.10	4.Q.10	
Bruttoinlandsprodukt									
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	109,0	+3,6	+2,2	+0,7	+0,4	+4,3	+3,9	+4,0	
jeweilige Preise	2 498	+4,2	+2,3	+0,8	+0,4	+5,1	+4,3	+4,3	
Einkommen									
Volkseinkommen	1 901	+6,1	+1,0	+0,8	+0,7	+7,9	+5,1	+5,0	
Arbeitnehmerentgelte	1 260	+2,8	+1,0	+0,8	+0,6	+2,7	+3,2	+3,6	
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	642	+13,4	+1,0	+0,9	+0,9	+20,1	+8,8	+8,5	
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 596	+2,7	+0,6	+0,8	+0,6	+1,8	+3,2	+3,4	
Bruttolöhne ugehälter	1.020	+2,8	+1,5	+0,4	+0,8	+3,1	+3,2	+3,5	
Sparen der privaten Haushalte	186	+5,4	-0,9	-1,9	-0,7	+6,3	+4,1	+4,2	
A 0 - 1 - 1 - 1 - 1 - 1 - 1 - 1 - 1 - 1		2010	Veränderung in % gege			n % gegenül	enüber		
Außenhandel / Umsätze / Produktion / Auftragseingänge	Mrd. € bzw. Index	ggü.Vorj. in%	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr			
			Dez 10	Jan 11	Zweimonats- durchschnitt	Dez 10	Jan 11	Zweimonats durchschnit	
in jeweiligen Preisen									
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	82	-0,3	-12,6		-7,9	-4,8		+0,7	
Außenhandel (Mrd. €)									
Waren-Exporte	952	+18,5	+0,5	-1,0	+0,2	+21,0	+24,2	+22,6	
Waren-Importe	797	+20,0	-2,6	+2,3	+0,4	+26,4	+24,1	+25,2	
in konstanten Preisen von 2005									
Produktion im Produzierenden	103,7	+10,0	-0,6	+1,8	+0,0	+11,0	+12,4	+11,7	
Gewerbe (Index 2005 = 100) ¹									
Industrie ²	104,5	+11,5	+1,0	+0,2	+0,8	+14,3	+13,1	+13,7	
Bauhauptgewerbe	108,5	+0,2	-24,2	+36,3	-11,1	-18,3	+30,1	+4,0	
Umsätze im Produzierenden Gewerbe ¹									
Industrie (Index 2005 = 100) ²	102,7	+10,6	+0,2	-0,3	+0,4	+13,3	+12,0	+12,7	
Inland	99,0	+6,3	-3,0	+1,3	-2,1	+8,1	+8,1	+8,1	
Ausland	107,1	+15,7	+3,5	-1,8	+3,0	+19,0	+16,4	+17,7	
Auftragseingang	, , ,	. 10,1	. 3,3	1,0	13,0		, 1	, , , , ,	
(Index 2005 = 100) ¹									
Industrie ²	106,2	+21,7	-3,6	+2,9	+0,4	+19,2	+16,3	+17,7	
Inland	102,9	+16,2	-3,2	+4,5	-0,1	+13,2	+11,4	+12,2	
Ausland	109,0	+26,6	-3,8	+1,6	+0,8	+24,5	+20,6	+22,5	
Bauhauptgewerbe	96,7	+1,1	-5,6		-5,5	-10,7		-5,4	
Umsätze im Handel (Index 2005=100)									
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	97,2	+1,3	+1,0	+0,4	+0,6	+0,3	+2,4	+1,2	
Handel mit Kfz	88,2	-5,7	-2,2	+5,8	+0,2	+9,7	+19,2	+13,9	

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

	2010		Veränderung in Tsd. gegenüber					
Arbeitsmarkt	Personen Mio.	ggü Vori in%	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
		ggü. Vorj. in %	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Dez 10	Jan 11	Feb 11
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	3,24	-5,2	-5	-18	-52	-260	-268	-326
Erwerbstätige, Inland	40,48	+0,5	+35	+23		+428	+463	
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27,71	+1,2	+52			+559		
Preisindizes 2005 = 100		2010 Veränderung			Veränderung i	in % gegenüber		
		ggü. Vorj. in %	Vorperiode			Vorjahr		
	Index		Dez 10	Jan 11	Feb 11	Dez 10	Jan 11	Feb 11
Importpreise	108,4	+7,8	+2,3	+1,5	•	+12,0	+11,8	
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	109,7	+1,6	+0,7	+1,2		+5,3	+5,7	
Verbraucherpreise	108,2	+1,1	+1,0	-0,4	+0,5	+1,7	+2,0	+2,1
ifo-Geschäftsklima	saisonbereinigte Salden							
gewerbliche Wirtschaft	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11
Klima	+12,8	+13,0	+14,6	+17,8	+18,9	+19,8	+21,7	+21,7
Geschäftslage	+12,5	+15,5	+16,2	+20,2	+21,6	+21,4	+25,2	+25,2
Geschäftserwartungen	+13,1	+10,5	+13,0	+15,5	+16,3	+18,2	+18,3	+18,3

¹Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

Ouellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

Zeitraum deutlich ausgeweitet wurden, waren die Inlandsumsätze rückläufig. Nach Güterarten betrachtet wurde die industrielle Umsatzentwicklung vor allem durch ein deutliches Plus bei den Auslandsumsätzen außerhalb des Euroraums im Bereich der Investitionsgüter (+ 6,7%) getragen.

Die weiter in die Zukunft reichenden Indikatoren signalisieren, dass sich das Tempo des Anstiegs der Aktivität im Verarbeitenden Gewerbe wieder beschleunigen dürfte. So nahm das industrielle Auftragsvolumen im Januar gegenüber dem Vormonat deutlich zu. Insbesondere die Inlandsnachfrage nach Vorleistungsgütern (+ 5,8 %) und Investitionsgütern (+ 3,8 %) fiel kräftig aus. In diesen Bereichen konnten die Rückgänge zum Jahresende 2010 mehr als aufgeholt werden. Die Auslandsnachfrage blieb dagegen im Januar eher verhalten. Ein kräftiges Auftragsplus gab es jedoch

bei den Vorleistungsgütern (+3,3 %). Im Zweimonatsvergleich zeigt die Auftragsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe einen Aufwärtstrend, der insbesondere durch die lebhafte Auslandsnachfrage nach Vorleistungsgütern sowohl aus dem Euroraum als auch aus dem Nicht-Euroraum begründet ist.

Positiv zu bewerten ist insbesondere die dynamische Entwicklung der Bestelltätigkeit im Investitionsgüterbereich. Dies zeigt an, dass die Investitionsentwicklung in der Tendenz wahrscheinlich deutlich aufwärtsgerichtet bleibt und damit die Beschäftigung weiter expandiert.

Die Bauproduktion vollzog im Januar eine kräftige Gegenbewegung zum witterungsbedingten Produktionseinbruch im Vormonat (saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat), wobei die Einbußen mehr

²Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

als wieder aufgeholt werden konnten. Im Zweimonatsvergleich zeigt sich jedoch weiterhin ein deutlicher Produktionsrückgang. Die Verringerung der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe im 4. Quartal 2010 und der nur leichte Anstieg der Baugenehmigungen im Hochbau im Oktober/November (jeweils gegenüber der Vorperiode) signalisieren eine insgesamt wenig dynamische Entwicklung im Bauhauptgewerbe. Darauf deutet auch die leichte Verschlechterung der optimistischen Geschäftserwartungen in diesem Bereich hin.

Zum Jahresauftakt dürfte sich die Konsumtätigkeit der privaten Haushalte belebt haben. Ein Indiz hierfür ist der Anstieg der Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) im Januar gegenüber dem Vormonat (saisonbereinigt). Die Stimmungsindikatoren signalisieren, dass der private Verbrauch weiter zunimmt. So erreichte der GfK-Indikator Konsumklima im Februar den höchsten Stand seit Oktober 2007. und die Einzelhändler beurteilten ihre Geschäftsperspektiven laut ifo-Umfrage zugleich positiver als im Vormonat. Die anhaltend günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt und Lohnsteigerungen werden die Einkommenssituation der privaten Haushalte verbessern und damit die private Konsumtätigkeit weiter begünstigen. So stiegen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Schlussquartal 2010 in der Verlaufsbetrachtung bereits das fünfte Quartal in Folge an (saisonbereinigt + 0,6%). Ein Risiko für die weitere Entwicklung der Realeinkommen - und damit des privaten Konsums – stellen allerdings die Energiepreissteigerungen vor dem Hintergrund der Spannungen in denjenigen Ländern Nordafrikas dar, die teils erheblich zur weltweiten Erdölversorgung beitragen. Hier bestehen erhebliche Unsicherheiten.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im Gefolge des konjunkturellen Aufschwungs weiter verbessert. So belief sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen (nach Ursprungszahlen) im Februar 2011 auf 3,32 Millionen Personen und lag damit spürbar unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahresmonats (- 326 000 Personen). Die entsprechende Arbeitslosenquote sank im gleichen Zeitraum – in der Abgrenzung der BA – um 0,8 Prozentpunkte auf 7,9 %. Mit einem Minus der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl von 52 000 Personen hat sich der Rückgang der Arbeitslosenzahl am aktuellen Rand wieder verstärkt, nachdem der Abwärtstrend zum Jahresende etwas an Schwung verloren hatte.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften hat deutlich zugenommen. So stieg die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) im Januar um 23 000 Personen gegenüber dem Vormonat an und erreichte mit 40,7 Millionen Erwerbstätigen einen neuen Höchststand. Nach Ursprungswerten lag die Erwerbstätigenzahl um 463 000 Personen über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Die günstige Beschäftigungsentwicklung spiegelt sich auch in den Einnahmen aus der Lohnsteuer wider, die im Zeitraum Januar bis Februar das entsprechende Vorjahresniveau um 6,2% überstiegen.

Vor allem die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die im Dezember 2010 um gut ½ Millionen Personen höher war als vor einem Jahr, trägt zum Beschäftigungsaufbau bei. Knapp zwei Drittel dieses Anstiegs entfallen auf sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung (+ 334 000 Personen). Die sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung nahm um 218 000 Personen zu. Nach Branchen betrachtet war der Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse bei Arbeitnehmerüberlassungen besonders hoch (+34% gegenüber dem Vorjahr). Aber auch im Gesundheits- und Sozialwesen war ein spürbarer Anstieg zu verzeichnen. Die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe lag erneut über ihrem Vorjahresniveau. Der Vorkrisenstand konnte jedoch noch nicht wieder erreicht werden. Weniger sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse als vor einem Jahr gab es dagegen u. a. in der öffentlichen Verwaltung. Insgesamt setzte sich im Vergleich zum Vormonat im Dezember 2010

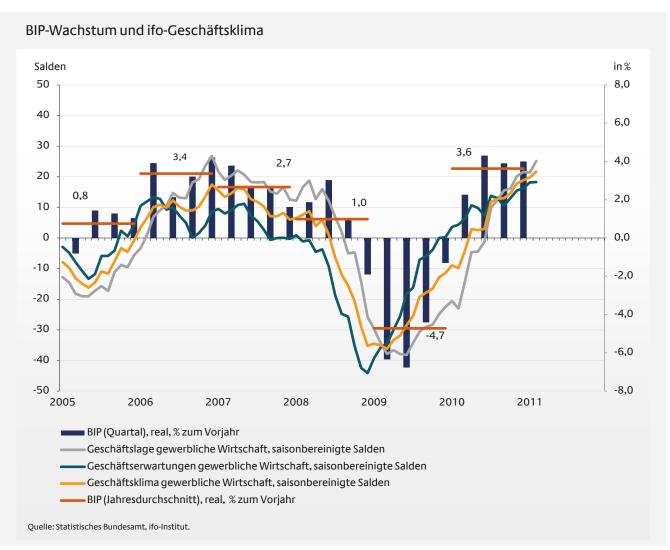
KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

der Aufwärtstrend der saisonbereinigten Zahl sozialversicherungspflichtig beschäftigter Personen fort.

Die Aussichten für eine weitere Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt sind gut. Angesichts der erwarteten Fortsetzung des wirtschaftlichen Aufschwungs fahren die Unternehmen die Wochenarbeitszeiten wieder hoch und wollen darüber hinaus ihr Personal aufstocken. Dies zeigt sich u. a. in einer spürbaren Abnahme der Inanspruchnahme der Kurzarbeit sowie in der zunehmenden Einstellungsbereitschaft der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes und der Dienstleistungsbereiche laut ifo- und Einkaufsmanager-Umfrage. Eine erhöhte Arbeitskräftenachfrage spiegelt sich in dem

deutlichen Anstieg des Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit wider, der zuletzt das höchste Niveau des Aufschwungs von 2007 überstieg. Außerdem wird der Rückgang der Arbeitslosigkeit seit mehreren Jahren durch ein rückläufiges Arbeitskräfteangebot begünstigt (2011 laut IAB - 115 000 Personen).

Der Preisdruck auf der Verbraucherstufe hat in Deutschland zu Jahresbeginn zugenommen. So lag die jährliche Teuerungsrate des Verbraucherpreisindex (VPI) im Februar bei 2,1% Dies ist der höchste Anstieg des VPI seit Oktober 2008 (+ 2,4%). Die Zunahme des VPI ohne Berücksichtigung von Preissteigerungen bei Energie sowie Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken, die besser den im Inland erzeugten Preisdruck widerspiegelt,



KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

lag allerdings im Februar mit 0,9% immer noch leicht unter dem Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre (+1,3%). Der erneut deutliche Anstieg des Verbraucherpreisindex im Februar wird vor allem von dem spürbaren Preisauftrieb der Weltmarktpreise für Rohöl bestimmt, der sich nahezu zeitgleich in einen Anstieg des Verbraucherpreisniveaus für Heizöl (+32,0%) gegenüber dem Vorjahr) und Kraftstoffe (+11,8%) übersetzte. Die Ölpreisverteuerung ist sowohl auf den Anstieg der Nachfrage infolge des globalen Aufschwungs als auch angebotsseitig auf einen Rückgang der Ölförderung sowie auf Verunsicherungen aufgrund der Unruhen in zahlreichen arabischen Förderländern zurückzuführen. Darüber hinaus war der Anstieg des Verbraucherpreisniveaus für Strom, Gas und Nahrungsmittel ebenfalls überdurchschnittlich.

Auf den vorgelagerten Preisstufen, als Frühindikatoren für zukünftige Inflationstendenzen auf der Verbraucherstufe, ist bereits seit Längerem ein spürbarer Preisauftrieb zu beobachten. Im Januar verteuerten sich Importe um 11,8 % gegenüber dem Vorjahr. Die Zunahme wurde besonders geprägt durch die Preisentwicklung bei Rohöl (+ 33,2 %). Ohne die Berücksichtigung von Rohöl und Mineralölerzeugnissen lagen die Importpreise um 9,3 % über dem Stand

des Vorjahres. Auch Importe von Metallen und ihrer Rohstoffe waren wesentlich teuerer als vor einem Jahr. Im Nahrungsmittelsektor schlugen insbesondere Preiserhöhungen von Rohkaffee und Getreide zu Buche.

Die Erzeugerpreise waren im Januar 2011 mit 5,7% gegenüber dem Vorjahr so stark angestiegen wie seit Oktober 2008 nicht mehr. Den größten Einfluss auf die Jahresveränderungsrate hatte die Zunahme des Erzeugerpreises für Energie (+ 9,3 %). Dabei war der Preisanstieg bei Mineralölerzeugnissen und Erdgas besonders hoch. Ohne Berücksichtigung von Energie lagen die Erzeugerpreise um 4,0 % über dem Vorjahresniveau. Die Preise für Vorleistungsgüter erreichten einen neuen Höchststand. Auch Verbrauchsgüter, insbesondere Nahrungsmittel, waren deutlich teurer als vor einem Jahr.

Vor diesem Hintergrund sowie angesichts gestiegener Preiserwartungen der Verbraucher und Unternehmen hat sich das Preisklima am aktuellen Rand etwas eingetrübt. Laut Jahresprojektion der Bundesregierung dürfte aber der Preisniveauanstieg im Jahresdurchschnitt 2011 knapp unterhalb des Stabilitätsziels der Europäischen Zentralbank für das Eurogebiet bleiben.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2010

Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2010

Da die Daten zur Haushaltsentwicklung der Länder für Januar 2011 nur geringe Aussagekraft haben, wird an dieser Stelle erneut die Entwicklung bis einschließlich Dezember 2010 wiedergegeben.

Die positive Entwicklung der Länderhaushalte im Jahr 2010 hält im Vergleich zum Vorjahr auch nach den vorläufigen Abschlussdaten für Dezember an. Der Finanzierungssaldo betrug am Ende des Berichtszeitraums rund - 21,5 Mrd. € für die Ländergesamtheit und unterschritt den Vorjahreswert um rund 4 Mrd. €. In den Haushaltsansätzen 2010 war ein Defizit von rund - 34.4 Mrd. € vorgesehen. Die Ausgaben der Länder insgesamt stiegen bis Dezember 2010 im Vergleich zum Vorjahr um + 0,6 % auf 286,6 Mrd. €, lagen jedoch rund 1,7 Mrd. € unter den Planungen. Infolge des Wachstums der Einnahmen im gleichen Zeitraum um + 2,2% auf rund 265,1 Mrd. € wurden die Ansätze um rund 11,2 Mrd. € überschritten. Die Steuereinnahmen betrugen rund 188,4 Mrd. € (-0.2%).

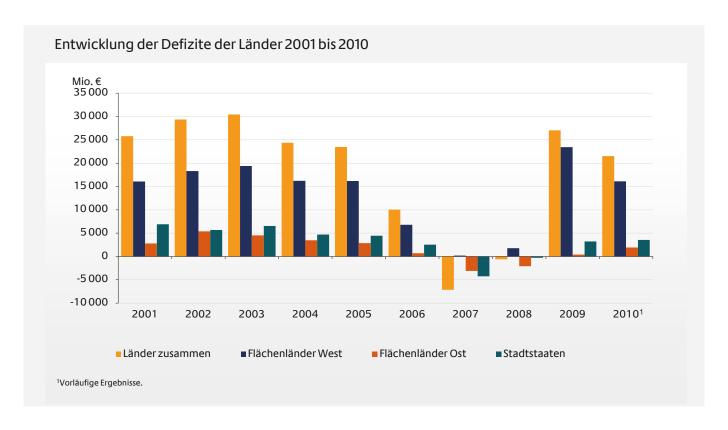
In den westdeutschen Flächenländern verringerten sich die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr um - 0,3 % auf rund 203,1 Mrd. € und deckten sich nahezu mit den Ansätzen, während die Einnahmen um 2.8 % auf rund

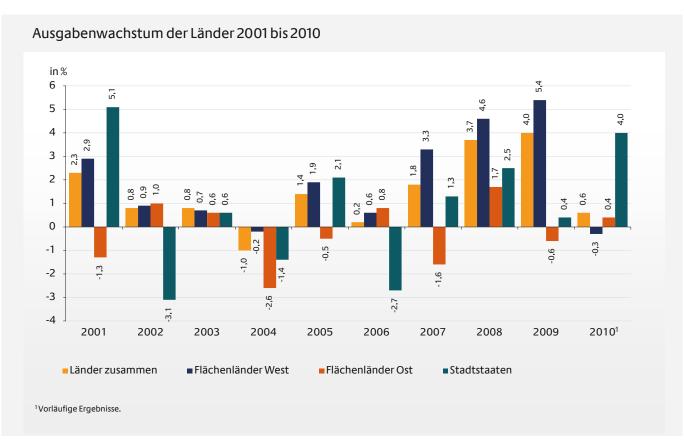
187,0 Mrd. € anstiegen und damit rund 8,5 Mrd. € über den Planungen lagen. Die Steuereinnahmen betrugen rund 141,6 Mrd. € und fielen um - 0,6 % geringer aus als im Vorjahr. Das Defizit der Flächenländer West in Höhe von rund - 16,1 Mrd. € unterschritt deutlich den Planwert von rund - 25.1 Mrd. €.

In den ostdeutschen Flächenländern stiegen die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr um + 0,4% auf rund 52,1 Mrd. €, während sich die Einnahmen um - 2,6% auf rund 50,2 Mrd. € verringerten. Die Steuereinnahmen sanken um - 1,9% gegenüber dem Vorjahreswert auf 26,1 Mrd. €. Das Defizit der Flächenländer Ost betrug Ende Dezember rund - 1,9 Mrd. € und fiel rund 1,3 Mrd. € günstiger aus als die Planungen für 2010.

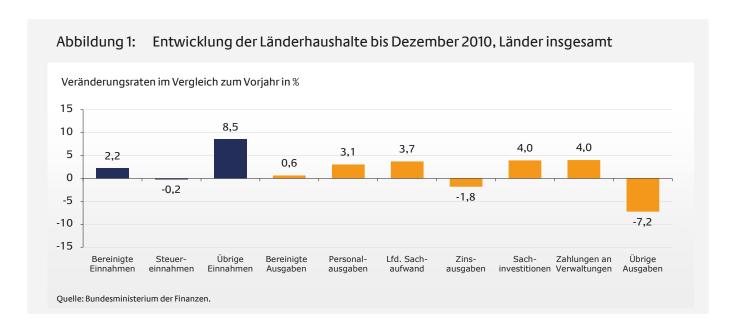
In den Stadtstaaten ist im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum ein Ausgabenanstieg von + 4% auf rund 37,2 Mrd. € zu verzeichnen. Insbesondere aufgrund der hohen Steuereinnahmen (+ 5,5%) erhöhten sich die Gesamteinnahmen im gleichen Zeitraum um + 3,8% auf 33,6 Mrd. € und lagen 6,9% über den Ansätzen. Das Defizit der Stadtstaaten belief sich Ende Dezember 2010 auf rund - 3,5 Mrd. € und lag damit rund 2,6 Mrd. € unter den Planungen für 2010.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2010



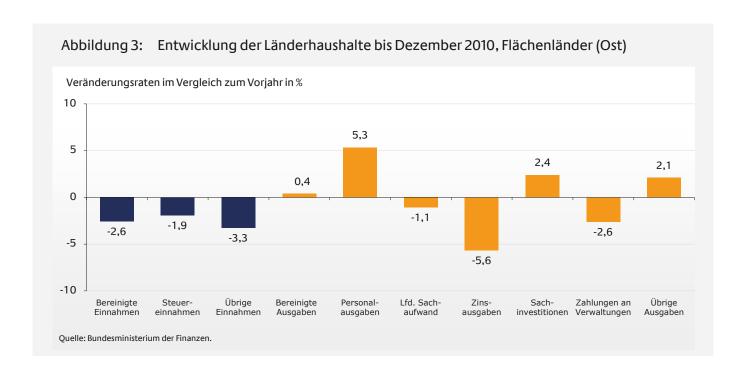


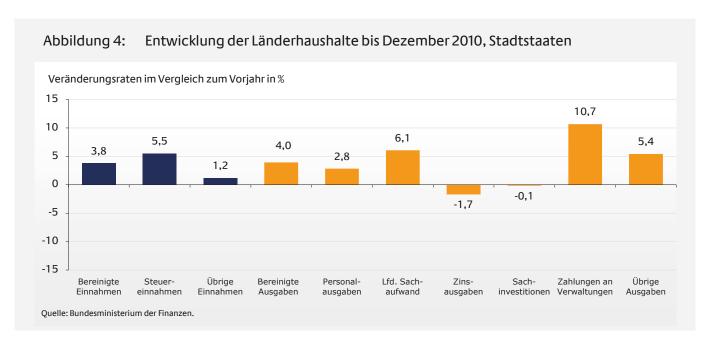
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2010





Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2010





EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 15. März 2011 in Brüssel

Gesetzgebungsvorschläge zur wirtschaftspolitischen Steuerung

Ende November 2010 wurde die Beratung der sechs Gesetzgebungsvorschläge der EU-Kommission in den Ratsgremien aufgenommen. Nachdem beim ECOFIN-Rat im Februar 2011 bereits einige Fortschritte erzielt wurden, konnten sich die Minister nun auf eine allgemeine Ausrichtung verständigen. Auf dieser Grundlage folgen die Konsultationen mit dem Europäischen Parlament. Nach Vorgabe des Europäischen Rates sollen die Legislativtexte im Juni 2011 angenommen werden.

Die Bundesregierung konnte in den Verhandlungen zentrale Forderungen durchsetzen, zu denen u. a. zählen:

- Eine strenge Regel zum Abbau von Staatsschulden oberhalb des Referenzwertes von 60 % des BIP im Stabilitäts- und Wachstumspakt (Abbau der Differenz zwischen Schuldenstand und Referenzwert um 5 % p. a.)
- Eine Stärkung des sogenannten präventiven Arms beim Stabilitätsund Wachstumspakt, indem auch die Erreichung des Mittelfristziels sanktionsbewehrt sein wird
- Früher ansetzende und quasi-automatische Sanktionen für Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets im Stabilitäts- und Wachstumspakt
- Konzentration des neuen
 Verfahrens zur Überwachung und
 Vermeidung makroökonomischer
 Ungleichgewichte auf Staaten mit hohen

Leistungsbilanzdefiziten und schwacher Wettbewerbsfähigkeit

Insgesamt hat sich der ECOFIN-Rat damit auf eine substantielle Stärkung des Stabilitätsund Wachstumspakts und eine neue Säule der wirtschaftspolitischen Überwachung verständigt. Diese stringentere finanz- und wirtschaftspolitische Überwachung stellt ein Kernelement der umfassenden Antwort zur Stabilisierung und Fortentwicklung des Euroraums dar, auf die sich die Staats- und Regierungschefs auf dem Europäischen Rat am 24./25. März 2011 verständigen werden.

Verordnung über Leerverkäufe und bestimmte Aspekte von Credit Default Swaps

Um das Funktionieren des Binnenmarktes insbesondere auf den Finanzmärkten zu verbessern und um ein hohes Maß an Stabilität der Finanzmärkte zu gewährleisten, soll ein gemeinsamer Rechtsrahmen für Vorschriften und Befugnisse im Zusammenhang mit Leerverkäufen und Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps) geschaffen werden. Zudem soll für Ausnahmesituationen, in denen Maßnahmen ergriffen werden müssen, ein höheres Maß an Koordinierung und Kohärenz zwischen den Mitgliedstaaten sichergestellt werden. Hierzu hat die Kommission am 15. September 2010 einen Verordnungsentwurf vorgelegt, der u. a. Vorschriften über Beschränkungen ungedeckter Leerkäufe sowie Eingriffsbefugnisse der zuständigen Behörden und der ESMA (Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde) enthält. Die Präsidentschaft wollte ursprünglich beim ECOFIN-Rat eine Einigung auf eine allgemeine Ausrichtung erreichen, hat jedoch aufgrund der unerwarteten Widerstände einzelner

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Mitgliedstaaten hinsichtlich der geplanten Beschränkungen (Verbote) ungedeckter Leerverkäufe von Staatsanleihen und möglicher Notfallbefugnisse von ESMA zum Erlass weiterer zeitlich befristeter Verbote davon Abstand genommen. Stattdessen hat die Präsidentschaft über den Stand der Verhandlungen berichtet. In der Diskussion unterstrich Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble die politische Bedeutung der geplanten Verordnung. Ein koordiniertes Vorgehen der Mitgliedstaaten in diesem Bereich sei sehr wichtig. Er unterstützte die ungarische Präsidentschaft ausdrücklich in ihrem Vorhaben, das Dossier erneut auf die Tagesordnung zu setzen, um eine Einigung zu erreichen.

Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen

Im Nachgang zu den UN-Klimaverhandlungen im Dezember 2010 in Cancún (Mexiko) haben die ECOFIN-Minister Schlussfolgerungen zur Klimaschutzfinanzierung verabschiedet. Darin unterstreichen sie die Verpflichtung der EU und ihrer Mitgliedstaaten, den Entwicklungsländern im Zeitraum 2010 bis 2012 insgesamt 7,2 Mrd. € als Anschubfinanzierung für Maßnahmen des Klimaschutzes zur Verfügung zu stellen (sogenannte Fast-Start-Finanzierung). Sie erinnern auch noch einmal daran, dass die Industrieländer zugesagt hatten, ab 2020 jährlich bis zu 100 Mrd. US-Dollar im Zusammenhang mit

bedeutenden Minderungsmaßnahmen der Entwicklungsländer aus öffentlichen und privaten Quellen für Klimaschutzmaßnahmen in diesen Ländern mobilisieren zu wollen. Der "Green Climate Fund" soll die Organisationsstrukturen bereitstellen für die finanzielle Unterstützung von Projekten, Programmen und Politiken zum Klimaschutz in den Entwicklungsländern.

Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes

Bei diesem Tagesordnungspunkt ging es um die Defizitverfahren bezüglich Polen und Ungarn. Polen befindet sich seit Juli 2009 im Defizitverfahren und erhielt die Auflage, sein übermäßiges Defizit bis 2012 zurückzuführen. Ungarn befindet sich seit 2004 im Defizitverfahren, welches zwischenzeitlich mehrfach verschärft wurde und dessen Fristen zum Abbau des übermäßigen Defizits immer wieder verlängert wurden (inzwischen 2011). Der ECOFIN-Rat tauschte sich über die kürzlich vorgelegten fiskalischen Maßnahmenpakete aus. Zu Polen kündigte die Kommission an, dass sie eine abschließende Bewertung der vorgelegten Maßnahmen auf der Grundlage des von Polen vorzulegenden Konvergenzprogramms vornehmen wolle. Zu Ungarn stellte die EU-Kommission fest, dass die angekündigten Maßnahmen in die richtige Richtung gingen, es aber noch weiterer Information bedürfe. Damit werden beide Länder in den nächsten Monaten unter enger fiskalpolitischer Überwachung stehen.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

24./25. März 2011	Europäischer Rat in Brüssel
31. März 2011	High-level G20-Seminar in Nanjing/China
8./9. April 2011	Informeller ECOFIN in Budapest / Gödöllő (Ungarn)
14./15. April 2011	G20-Treffen der Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Washington
16./17. April 2011	IWF-Frühjahrstagung in Washington
16./17. Mai 2011	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2012

bis Mitte März 2011	Regierungsinterne Entwicklung der Eckwerte
16. März 2011	Kabinettbeschluss über Eckwerte
10. bis 12. Mai 2011	Steuerschätzung in Fulda
Ende März bis Mitte Juni 2011	Komprimiertes Aufstellungsverfahren auf der Basis des Eckwertebeschlusses
Anfang Juli 2011	Kabinettbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2012 und Finanzplan bis 2015
12. August 2011	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
6. bis 9. September 2011	1. Lesung Bundestag
23. September 2011	1. Durchgang Bundesrat
21. September bis 9. November 2011	Beratungen im Haushaltsausschuss
vorauss. Oktober 2011	Stabilitätsrat
Anfang November 2011	Steuerschätzung
10. November 2011	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
22. bis 25. November 2011	2./3. Lesung Bundestag
16. Dezember 2011	2. Durchgang Bundesrat
Ende Dezember 2011	Verkündung im Bundesgesetzblatt

☐ Übersichten und Termine

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
April 2011	März 2011	21. April 2011
Mai 2011	April 2011	20. Mai 2011
Juni 2011	Mai 2011	20. Juni 2011
Juli 2011	Juni 2011	20. Juli 2011
August 2011	Juli 2011	22. August 2011
September 2011	August 2011	22. September 2011
Oktober 2011	September 2011	21. Oktober 2011
November 2011	Oktober 2011	21. November 2011
Dezember 2011	November 2011	22. Dezember 2011

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

buergerreferat@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90¹ Telefax: 01805 / 77 80 94¹

 1 Jeweils 0,14 € / Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Analysen und Berichte

Bundeshaushalt 2011 – Sollbericht	37
Zollbilanz 2010	61
Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 18. und 19. Februar 2011 in Pari	is68

BUNDESHAUSHALT 2011 - SOLLBERICHT

Bundeshaushalt 2011 - Sollbericht

Ausgaben und Einnahmen des Bundes für das Haushaltsjahr 2011

1	Ausgangslage	37
1.1	Finanzpolitischer Rahmen	37
1.2	Eckwerte	38
1.3	Bedeutende Veränderungen des Haushalts 2011 gegenüber dem Haushalt 2010	39
2	Die grundgesetzliche Schuldenregel	40
2.1	Ermittlung der Konjunkturkomponente	41
2.2	Berechnung der zulässigen Nettokreditaufnahme	41
3	Wichtige politische Entscheidungen mit Wirkung auf den Bundeshaushalt 2011	42
3.1	Zukunftspaket	42
3.2	Steuerpolitik	42
3.3	Haushaltspolitik	43
4	Darstellung der Ausgabenstruktur des Bundes	44
4.1	Soziale Sicherung	44
4.2	Allgemeine Dienste	48
4.3	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur	49
4.4	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	51
4.5	Wirtschaftsförderung	53
4.6	Übrige Ausgaben	55
5	Darstellung der Einnahmenstruktur des Bundes	57
5.1	Steuereinnahmen	58
5.2	Sonstige Einnahmen	60

- Der Bundeshaushalt 2011 markiert einen finanzpolitischen Wendepunkt: Erstmals kommt die neue im Grundgesetz verankerte Schuldenregel zur Anwendung, die den Rahmen für eine kontinuierliche Rückführung der Staatsverschuldung vorgibt.
- Das von der Bundesregierung beschlossene Zukunftspaket steht für den finanzpolitischen Kurswechsel und für intelligentes Sparen. Es zielt auf eine strukturelle Konsolidierung, die das Wachstumspotenzial stärkt und zudem das Vertrauen in die Stabilität des Euro erhöht.
- Die für 2011 geplante Neuverschuldung beträgt 48,4 Mrd. €. Bei anhaltend günstiger gesamtwirtschaftlicher Entwicklung wird die Bundesregierung jedoch alles daran setzen, diesen Wert deutlich zu unterschreiten.

1 Ausgangslage

Die deutsche Wirtschaft hat sich nachhaltig von der Finanz- und Wirtschaftskrise erholt. Im Jahr 2011 ist mit einer Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs zu rechnen. Die Bundesregierung geht in ihrer Jahresprojektion davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt im Durchschnitt dieses Jahres preisbereinigt um 2,3 % ansteigen wird.

1.1 Finanzpolitischer Rahmen

Aus finanzpolitischer Sicht markiert das Jahr 2011 einen Wendepunkt: Erstmals kommt

BUNDESHAUSHALT 2011 - SOLLBERICHT

bei der Aufstellung des Bundeshaushalts die in Artikel 115 des Grundgesetzes verankerte neue Schuldenregel zur Anwendung. Konkret sieht die Regel vor, dass der Bund sein strukturelles Defizit in gleichmäßigen Schritten bis zum Jahr 2016 auf maximal 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts zurückführt und danach diese Grenze nicht überschreitet.

Die Bundesregierung hat mit dem Bundeshaushalt 2011 die notwendige wachstumsorientierte Konsolidierung der öffentlichen Finanzen auf den Weg gebracht. Dabei geht es um Begrenzung des Staatskonsums, Kürzung von Subventionen, Erhöhung der Leistungsanreize und Festhalten an der Priorität für Ausgaben in Bildung und Forschung. Das von der Bundesregierung beschlossene Zukunftspaket steht für diesen finanzpolitischen Kurswechsel und für intelligentes Sparen. Es zielt damit auf eine strukturelle Konsolidierung, die das Wachstumspotenzial stärkt und zudem das

Vertrauen in die Stabilität des Euro erhöht. Den Erfordernissen der grundgesetzlich verankerten Schuldenregel wird damit Rechnung getragen.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Anwendung der Schuldenbremse prägen den Bundeshaushalt 2011. Die Nettokreditaufnahme ist für das laufende Jahr mit 48,4 Mrd. € veranschlagt. Bei anhaltend günstiger gesamtwirtschaftlicher Entwicklung wird die Bundesregierung jedoch alles daran setzen, mit der tatsächlichen Neuverschuldung deutlich unterhalb dieses Wertes zu bleiben.

1.2 Eckwerte

Das Haushaltsgesetz 2011 wurde am 26. November 2010 vom Deutschen Bundestag beschlossen und am 22. Dezember 2010 im Bundesgesetzblatt verkündet (BGBl. I S. 2228). Tabelle 1 zeigt Eckwerte zum Bundeshaushalt 2011.

Tabelle 1: Gesamtübersicht

Ermittlung des Finanzierungssaldos	Soll 2011	Januar bis Dezember 2010	Veränderung	Veränderung ggü. Vorjahr	
		in Mrd. €¹			
1. Ausgaben zusammen	305,8	303,7	+2,1	+0,7	
2. Einnahmen zusammen	257,0	259,3	-2,3	-0,9	
Steuereinnahmen	229,2	226,2	+3,0	+1,3	
Sonstige Einnahmen	27,9	33,1	-5,2	-15,8	
Einnahmen ./. Ausgaben = Finanzierungssaldo	-48,8	-44,3	-4,5	х	
Deckung des Finanzierungssaldos					
Nettokreditaufnahme	48,4	44	+4,4	+10,0	
Münzeinnahmen (nur Umlaufmünzen)	0,4	0,3	+0,1	+20,7	
nachrichtlich:					
Investive Ausgaben (Baumaßnahmen, Beschaffungen über 5 000 € je Beschaffungsfall, Darlehen, Inanspruchnahme aus Gewährleistungen und ähnliches)	32,3	26,1	+6,3	+24,0	

 $^{^{1}\}text{Bei}\,\text{der}\,\text{im}\,\text{Bericht}\,\text{verwendeten}\,\text{Darstellung}\,\text{in}\,\text{Mrd.}\,\,\text{\&k\"{o}}\text{nnen}\,\text{Rundungsdifferenzen}\,\text{entstehen.}$

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

BUNDESHAUSHALT 2011 - SOLLBERICHT

Ausgaben und Einnahmen

Die Ausgaben des Bundes im Haushaltsjahr 2011 werden mit 305,8 Mrd. € geplant und liegen somit nur geringfügig höher als das Ist-Ergebnis des Vorjahres (+ 2,1 Mrd. € beziehungsweise + 0,7%). Die Einnahmen des Bundes aus Steuern und Verwaltungseinnahmen sind für 2011 mit 257,0 Mrd. € veranschlagt. Sie liegen damit geringfügig niedriger als die Ist-Einnahmen im Vorjahr (- 2,3 Mrd. € beziehungsweise - 0,9%). Die Steuereinnahmen des Bundes im Jahr 2011 sind mit 229,2 Mrd. € geplant (Ist des Vorjahres: 226,2 Mrd. €), die Verwaltungseinnahmen mit 27,9 Mrd. € (Vorjahr: 33,1 Mrd. €).

Finanzierungsdefizit

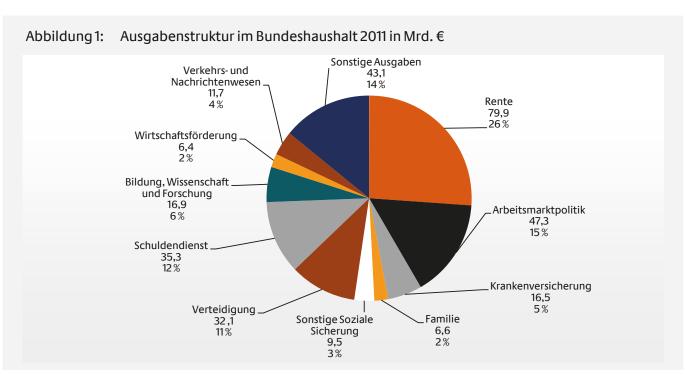
Aus der Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben ergibt sich für das Haushaltsjahr 2011 im Soll ein Finanzierungsdefizit von 48,8 Mrd. €. Die Finanzierung dieses Defizits erfolgt über eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 48,4 Mrd. € und über Münzeinnahmen (Umlaufmünzen) in Höhe von 0,4 Mrd. €. Während sich die veranschlagten Münzeinnahmen auf Vorjahresniveau bewegen, liegt die geplante Nettokreditaufnahme um 4,4 Mrd. € höher als die Ist-Nettokreditaufnahme im Vorjahr (44,0 Mrd. €). Damit liegt die geplante Nettokreditaufnahme auf Rekordniveau.

Ausgabenstruktur

Abbildung 1 zeigt die Ausgabenstruktur des Bundeshaushalts 2011. Die größten Ausgabenblöcke sind die Aufwendungen für Rentenversicherung (26,1% der Gesamtausgaben), Arbeitsmarktpolitik (15,5%), Schuldendienst (11,6%) und Verteidigung (10,5%). Ausführliche Erläuterungen zur Ausgabenstruktur finden sich in Abschnitt 3 dieses Berichts.

1.3 Bedeutende Veränderungen des Haushalts 2011 gegenüber dem Haushalt 2010

Tabelle 2 zeigt bedeutende Veränderungen des Haushaltssolls 2011 gegenüber dem Haushaltsergebnis 2010. Weitergehende Erläuterungen finden sich in den Ausführungen zu den jeweiligen Aufgabenbereichen.



BUNDESHAUSHALT 2011 - SOLLBERICHT

Tabelle 2: Bedeutende Veränderungen des Haushalts 2011 gegenüber 2010

Aufgabenbereich	Soll 2011	Soll 2011 Ist 2010 Abweich		s Soll 2011 zum Ist 110	Siehe Erläuterungen zu Tabelle Nr.	
		in Mrd. € ¹		in %	rabelle Nr.	
Mehrausgaben						
Zinsen	35,4	33,1	+2,3	+6,8	Tabelle 9	
Gewährleistungen	1,8	0,8	+1,0	+120,0	Tabelle 8	
Minderausgaben						
Arbeitsmarkt	47,4	49,5	-2,1	-4,3	Tabelle 4	
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	15,3	15,7	-0,4	- 2,5	Tabelle 4	

¹ Sollbeträge werden in der Einheit 1 000 € geplant. Kassenergebnisse werden centgenau gerechnet. Bei der im Bericht verwendeten Darstellung in Mrd. € können Rundungsdifferenzen entstehen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

2 Die grundgesetzliche Schuldenregel

Seit dem 1. Januar 2011 gilt die im Grundgesetz verankerte neue Schuldenregel. Sie folgt der Einsicht, dass weder Ausgabenerhöhungen noch Steuersenkungen dauerhaft über Kreditaufnahme finanziert werden dürfen. Damit zielt die neue Schuldenregel auf anhaltende strukturelle Haushaltsverbesserungen ab. Konkret sieht

veramerte nede bendraem egen ble folgt del	nadonatover besser ungen ab. normi et sient
Kasten 1 Grundstruktur der Schuldenregel	
Strukturkomponente	max. strukturelle NKA: 0,35 % des BIP
 Saldo der finanziellen Transaktionen 	Bereinigung um nichtvermögenswirksame Einnahmen und Ausgaben (in Analogie zum Stabilitäts- und Wachstumspakt)
 Konjunkturkomponente 	Bereinigung um konjunkturelle Effekte (nach EU-Konjunkturbereinigungsverfahren)
 (ggf.) Rückführungspflicht aus Kontrollkonto 	bei negativem Saldo von mehr als 1% des BIP auf dem Kontrollkonto, das Abweichungen von der im Rückblick nach Konjunkturbereinigung zulässigen Kreditaufnahme festhält; Rückführungspflicht des BIP max. 0,35 %; nur im Aufschwung
= maximal zulässige NKA im Regelfall	

- Ausnahmeregelung für Notsituationen (nur möglich mit "Kanzlermehrheit" und verbindlichem Tilgungsplan)
- keine gesonderte Ausnahme für neue Sondervermögen mit eigener Kreditermächtigung

BUNDESHAUSHALT 2011 - SOLLBERICHT

die Regel vor, dass der Bund sein strukturelles Defizit in gleichmäßigen Schritten bis 2016 auf maximal 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts zurückführt und danach diese Grenze nicht überschreitet.

Die Schuldenregel gibt die maximal zulässige Nettokreditaufnahme vor. Ihre Grundstruktur ist in Kasten 1 dargestellt. Ausgehend von der strukturell zulässigen Nettokreditaufnahme werden eine Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen und anhand einer Konjunkturkomponente eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchgeführt. So wird gewährleistet, dass die Finanzpolitik durch das vollständige Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren sowohl in wirtschaftlich guten als auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten symmetrisch reagiert.

2.1 Ermittlung der Konjunkturkomponente

Die Konjunkturkomponente errechnet sich als das Produkt aus Produktionslücke und Budgetsensitivität. Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der wirtschaftlichen Aktivität von der konjunkturellen Normallage. Dabei gibt die Schätzung der Produktionslücke – als Abweichung des tatsächlichen beziehungsweise erwarteten Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. Die Budgetsensitivität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren. Sie ermittelt also die Auswirkungen der konjunkturellen Schwankungen auf den öffentlichen Haushalt (für eine detaillierte Darstellung siehe BMF-Monatsbericht Februar 2011: "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel").

Im Haushaltsjahr 2011 berechnet sich die Konjunkturkomponente wie folgt: Die bei Haushaltsaufstellung für 2011 geschätzte (nominale) Produktionslücke beträgt -15,5 Mrd. € beziehungsweise - 0,6 % in Relation zum Produktionspotenzial. Die Budgetsensitivität des Bundes liegt für das Haushaltsjahr 2011 bei rund 0,16. Durch Multiplikation von Produktionslücke und Budgetsensitivität ergibt sich eine Konjunkturkomponente von rund - 2,5 Mrd. €.

2.2 Berechnung der zulässigen Nettokreditaufnahme

Die Berechnung der im Haushaltsjahr 2011 zulässigen Nettokreditaufnahme ist in Tabelle 3 anschaulich dargestellt: Ausgehend von der maximal zulässigen strukturellen Nettokreditaufnahme (45,6 Mrd. €) erfolgt eine Bereinigung um die Konjunkturkomponente (- 2,5 Mrd. €) und um den Saldo der finanziellen Transaktionen (-5,0 Mrd. €). Damit ergibt sich eine maximal zulässige Nettokreditaufnahme in Höhe von 53,1 Mrd. €. Diese nach der Schuldenregel errechnete zulässige Neuverschuldung stellt jedoch keinen politischen Zielwert dar, sondern eine maximale Obergrenze, die nicht zwingend ausgeschöpft werden muss. Die Nettokreditaufnahme im Bundeshaushalt 2011 ist daher mit 48,4 Mrd. € deutlich niedriger veranschlagt. Allerdings wird die Bundesregierung angesichts der anhaltenden und im Vergleich zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung unerwartet günstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung alles daran setzen, die tatsächliche Neuverschuldung 2011 weiter deutlich abzusenken. Dies zeigt: Dem Sinn und Zweck der neuen Schuldenregel entsprechend werden konjunkturell bedingte Entlastungen – sowohl Mehreinnahmen als auch Minderausgaben – konsequent zur Rückführung der Neuverschuldung genutzt.

BUNDESHAUSHALT 2011 - SOLLBERICHT

Tabelle 3: Komponenten zur Berechnung der zulässigen Nettokreditaufnahme im Haushaltsjahr 2011

1. Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (in % des BIP)	1,9
2. Nominales Bruttoinlandsprodukt des der Haushaltsaufstellung vorangegangenen Jahres (in Mrd. €)	2 397,1
3. Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (in Mrd. €) (Zeile 1. x Zeile 2.)	45,6
4. Abzüglich Konjunkturkomponente (in Mrd. €)	-2,5
5. Abzüglich Saldo der finanziellen Transaktionen (in Mrd. €)	- 5,0
6. Nach der Schuldenregel maximal zulässige Nettokreditaufnahme (in Mrd. €)	53,1
7. Nettokreditaufnahme nach Bereinigungssitzung (in Mrd. €)	48,4

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

3 Wichtige politische Entscheidungen mit Wirkung auf den Bundeshaushalt 2011

3.1 Zukunftspaket

Die Bundesregierung hat auf ihrer Kabinettsklausur am 6. und 7. Juni 2010 ein umfangreiches Konsolidierungspaket beschlossen. Ziel war es, die langfristige finanzpolitische Handlungsfähigkeit zu sichern und Spielräume für die Zukunft zu eröffnen. Auf der Grundlage des Zukunftspaketes gelang es nicht nur, die Neuverschuldung des Bundes für das Jahr 2011 im Vergleich zum geltenden Finanzplan von 71,7 Mrd. € auf 48,4 Mrd. € zu senken, sondern auch die Einhaltung der neuen Schuldenregel nach Artikel 115 Grundgesetz im Finanzplanungszeitraum sicherzustellen. Bei allen beschlossenen Maßnahmen hat die Bundesregierung darauf geachtet, dass sie ausgewogen sind und den wirtschaftlichen Aufschwung unterstützen. So lassen sich die Maßnahmen unter den Überschriften Subventionsabbau und ökologische Neujustierung (Abbau von Energiesteuervergünstigungen, steuerliche Beteiligung der Kernenergiewirtschaft, ökologische Luftverkehrsabgabe), Anpassung sozialer Leistungen (u. a. Elterngeld) sowie Einsparungen im Verwaltungsbereich (u. a. Stellenabbau im Bereich der

Bundesverwaltung sowie Streitkräftereform) zusammenfassen.

3.2 Steuerpolitik

Jahressteuergesetz 2010

Mit dem am 13. Dezember 2010 verkündeten Gesetz (Bundesgesetzblatt 2010 Teil I S. 1768) wird bestehender Änderungsbedarf in verschiedenen Bereichen des deutschen Steuerrechts und damit verwandter Rechtsbereiche umgesetzt, u. a. um steuerliche Regelungen zu konkretisieren, an aktuelle Rechtsprechung anzupassen und mit EU-Recht in Einklang zu bringen. Die überwiegende Zahl der Einzelmaßnahmen hat technischen Charakter.

Inhaltlich hervorzuheben sind die Aufhebung der Befristung für die Übertragung stiller Reserven bei der Veräußerung von Binnenschiffen, der Ausschluss von öffentlich geförderten Maßnahmen aus der Steuerermäßigung für Handwerkerleistungen im Privathaushalt zur Vermeidung von Doppelförderungen, die Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnern mit Ehegatten im Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuerrecht sowie im Grunderwerbsteuerrecht sowie die Anpassung des Umsatzsteuergesetzes an EU-Recht und aktuelle Entwicklungen – z. B. durch Erweiterung der Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers bei der Umsatzsteuer auf steuerpflichtige Lieferungen von

BUNDESHAUSHALT 2011 - SOLLBERICHT

Industrieschrott, Altmetallen und sonstigen Abfallstoffen, auf Leistungen von Gebäudereinigern sowie bei bestimmten Goldlieferungen. Mit der Neuregelung zur steuerlichen Abziehbarkeit der Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer wird der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 6. Juli 2010 insoweit Rechnung getragen, als auch in den Fällen, in denen kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung steht, ein Betriebsausgaben-/Werbungskostenabzug bis zu einer Höhe von 1250 € der Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer zugelassen wird.

Gesetzentwurf für ein Steuervereinfachungsgesetz

Die Bundesregierung hat am 2. Februar 2011 den Gesetzentwurf für ein Steuervereinfachungsgesetz beschlossen, der darauf abzielt, die Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, aber auch die Steuerverwaltung von Erklärungs- und Prüfungsaufwand im Besteuerungsverfahren zu entlasten. Durch ein Mehr an Vorhersehbarkeit und Planungssicherheit soll außerdem im Besteuerungsverfahren die Steuerpraxis für alle Beteiligten vereinfacht werden.

Die Maßnahmen mit finanziellen Entlastungen im Umfang von insgesamt 585 Mio. € kommen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Familien mit Kindern zugute. Unternehmen - aber auch Bürgerinnen und Bürger - erfahren eine deutliche Kostenentlastung durch Bürokratieabbau.

Neben der Anhebung des jährlichen Arbeitnehmer-Pauschbetrags von 920 € auf 1000 € bereits für 2011 sieht der Gesetzentwurf im Bereich der Einkommensteuer u. a nachfolgende Maßnahmen vor:

 Durch den Verzicht auf die Einkommensüberprüfung bei der Beantragung von Kindergeld und -freibeträgen für volljährige Kinder

- wird der Erklärungsaufwand für Eltern erheblich vermindert.
- Deutliche Erleichterungen ergeben sich auch bei der steuerlichen Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten, da es auf die individuellen Lebenssituationen und Lebensverhältnisse, d. h. auf die persönlichen Voraussetzungen Erwerbstätigkeit, Krankheit oder Behinderung zukünftig nicht mehr ankommt.
- Nichtunternehmerisch tätige Steuerpflichtige können in Zukunft ihre Einkommensteuererklärungen für zwei aufeinanderfolgende Veranlagungszeiträume gleichzeitig beim Finanzamt abgeben.

Im Bereich der Umsatzsteuer wurde ein deutlicher Beitrag zum Abbau der Bürokratiekosten durch die Gleichstellung von Papier- und elektronischer Rechnung geleistet.

Die geplanten gesetzlichen Neuregelungen werden von einer Reihe von Maßnahmen auf Ebene der Steuerverwaltung flankiert, die die Bürgerinnen und Bürger bei der Erfüllung ihrer Erklärungspflichten unterstützen. Dazu gehören die Einführung einer elektronischen vorausgefüllten Steuererklärung als freiwillig nutzbares Serviceangebot und die schrittweise Einführung der papierlosen Kommunikation mit den Finanzämtern. Zudem werden die Anforderungen an die Abgabe der Erklärung zur Zerlegung der Körperschaftsteuer in elektronischer Form reduziert. Zukünftig soll hier – wie bei der Körperschaftsteuererklärung auch – auf Papiervordrucke verzichtet werden.

3.3 Haushaltspolitik

Neuer Extrahaushalt "Restrukturierungsfonds"

Mit dem Gesetz zur Restrukturierung und geordneten Abwicklung von Kreditinstituten wurde die Errichtung eines Restrukturierungsfonds für

BUNDESHAUSHALT 2011 - SOLLBERICHT

Kreditinstitute zum 31. Dezember 2010 und die Verlängerung der Verjährungsfrist der aktienrechtlichen Organhaftung beschlossen (Restrukturierungsgesetz).

Neuer Extrahaushalt "Energie- und Klimafonds"

Im Rahmen der Umsetzung des Energiekonzeptes der Bundesregierung wurde zum 1. Januar 2011 das Sondervermögen "Energie- und Klimafonds" errichtet. Mit diesem Sondervermögen wird die finanzielle Unterlegung von zusätzlichen Programmausgaben beim nationalen und internationalen Klimaschutz und bei der Energieeffizienz auf eine verlässliche Grundlage gestellt. Das Sondervermögen wird aus mehreren Finanzierungsquellen gespeist: aus den vertraglichen Zahlungen der Kernkraftwerks-Betreiber und aus den die bisherige Finanzplanung übersteigenden Erlösen aus dem Emissionshandel. Dazu gehören nicht die Erlöse aus der Versteigerung von Berechtigungen zur Emission von Treibhausgasen im Bereich Luftverkehr. Eine Kreditermächtigung des Sondervermögens ist im Hinblick auf die neue Schuldenregel nicht vorgesehen.

4 Darstellung der Ausgabenstruktur des Bundes

"Der Bund und die Länder tragen gesondert die Ausgaben, die sich aus der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ergeben", legt Artikel 104a Grundgesetz fest. Die Aufgabenliste des Bundes ist lang: Sie umfasst im Bundeshaushalt 4 847 einzelne Haushaltstitel mit einem Ausgabenspektrum von 1 000 € bis 31 347 581 000 € für den Zuschuss des Bundes an die allgemeine Rentenversicherung (Titel 1113 636 81 221 02). Betrachtet man aber nur den Anteil der drei größten Ausgabenblöcke des Bundes im Haushalt 2011 – Soziale Sicherung, Schuldendienst, Verteidigung –, so hat der Bund hiermit bereits 74,4 % seines Ausgabenbudgets verplant. Im Folgenden

sind die Ausgaben des Bundes nach staatlichen Aufgabenbereichen dargestellt. Die Zuordnung der Aufgabenbereiche erfolgt im Wesentlichen aufgrund des staatlichen Funktionenplans (Funktion = Aufgabe).

4.1 Soziale Sicherung

Tabelle 4 zeigt die Ausgaben des Bundes für den Aufgabenbereich Soziale Sicherung. Unter Sozialer Sicherung werden sozialpolitische Leistungen zur Absicherung wirtschaftlicher und sozialer Existenzrisiken erfasst. Hierunter fallen Risiken wie Alter, Krankheit, Unfall, Invalidität oder Arbeitslosigkeit. Der Bundeshaushalt 2011 sieht Ausgaben für Soziale Sicherung in Höhe von 160,0 Mrd. € vor. Mit einem Anteil von 52,3 % an den Gesamtausgaben des Bundes ist dies der größte Ausgaben- und Aufgabenschwerpunkt im Bundeshaushalt 2011.

Leistungen an die Rentenversicherung:

Die Bundeszuschüsse zur Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) sind für das Jahr 2011 auf der Grundlage eines Beitragssatzes von 19,9 % veranschlagt. Die Leistungen des Bundes an die GRV insgesamt belaufen sich 2011 auf rund 26,1% des Bundeshaushalts und gut ein Drittel der Rentenausgaben. Der Beitragssatz in der knappschaftlichen Rentenversicherung (knRV) beträgt seit 2007 insgesamt 26,4%. Der Bund trägt den Unterschiedsbetrag zwischen den Einnahmen und Ausgaben im Kalenderjahr 2010 und sichert somit die Leistungsfähigkeit der knRV. Zur Überführung der in den Zusatzversorgungssystemen der ehemaligen DDR erworbenen Ansprüche in die gesetzliche Rentenversicherung erstattet der Bund der Deutschen Rentenversicherung ihre Aufwendungen. Seit 2010 tragen die neuen Länder 60 % dieser Aufwendungen. Die Sonderversorgungssysteme in den neuen Bundesländern der Angehörigen der ehemaligen Nationalen Volksarmee, der Deutschen Volkspolizei, der Zollverwaltung der DDR sowie des aufgelösten Ministeriums für Staatssicherheit sind geschlossen und wurden zum 31. Dezember 1991 in die

BUNDESHAUSHALT 2011 – SOLLBERICHT

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes für Soziale Sicherung

Aufgabenbereich	Soll 2011	Ist 2010	Abweichung	g des Soll 2011 zum Ist 2010	Anteil an den Ausgaben des Bundes
		in Mrd. € ¹		in	%
Soziale Sicherung	160,0	163,4	- 3,4	- 2,1	52,3
Leistungen an die Rentenversicherung	80,3	80,7	- 0,4	- 0,5	26,3
Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter und Angestellten	39,7	39,9	-0,1	-0,4	13,0
zusätzlicher Zuschuss	19,2	19,1	+0,1	+0,8	6,3
Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,6	11,6	- 0,1	- 0,5	3,8
Erstattungen von einigungsbedingten Leistungen	-	0,3	-0,3	-100,0	0,0
Beteiligung des Bundes in der knappschaftlichen Rentenversicherung	5,9	6,0	-0,05	-0,8	1,9
Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die Rentenversicherung	2,7	2,7	-0,01	- 0,2	0,9
nachrichtlich: Überführung der Sonderversorgungssysteme in die Rentenversicherung	1,6	1,6	-0,001	- 0,1	0,5
Bundeszuschüsse an die gesetzliche Krankenversicherung	15,3	15,7	- 0,4	- 2,5	5,0
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	13,3	11,8	+1,5	+12,7	4,3
Bundes zuschuss zur Kompensation krisenbedingter Mindereinnahmen gesetzlicher Krankenversicherung	-	3,9	- 3,9	- 100,0	Х
Zusätzlicher Bundeszuschuss	2,0	-	-	-	-
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	3,7	3,9	- 0,2	- 4,4	1,2
Darunter:					
Alterssicherung	2,2	2,3	-0,04	- 1,9	0,7
Krankenversicherung	1,2	1,3	-0,02	- 1,9	0,4
Unfallversicherung	0,2	0,3	- 0,1	-33,3	0,1
Arbeitsmarkt	47,4	49,5	- 2,1	- 4,3	15,5
Darunter:					
Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung	8,0	7,9	+0,1	+1,5	2,6
Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	-	5,2	X	X	1,7
Darlehen an die Bundesagentur für Arbeit	5,4	-	X	X	1,8
Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung	0,2	0,3	-0,1	- 43,0	0,1
Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende	34,2	35,9	-1,7	- 4,8	11,2
Darunter:					
Arbeitslosengeld II	20,4	22,2	- 1,8	-8,3	6,7
Beteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung	3,6	3,2	+0,4	+11,3	1,2
Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende	4,3	4,4	-0,1	-2,8	1,4
Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	5,3	6,0	-0,7	- 11,9	1,7
Elterngeld	4,4	4,6	- 0,2	- 4,3	1,4
Kinderzuschlag für Anspruchsberechtigte nach § 6a Bundeskindergeldgesetz	0,37	0,4	-0,03	- 7,5	0,1

BUNDESHAUSHALT 2011 - SOLLBERICHT

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes für Soziale Sicherung

Aufgabenbereich	Soll 2011	Ist 2010	Abweichung	des Soll 2011 zum Ist 2010	Anteil an den Ausgaben des Bundes
		in Mrd. €¹		in	%
Wohngeld	0,7	0,9	- 0,2	- 22,9	0,2
Wohnungsbau-Prämiengesetz	0,5	0,5	+0,01	+2,0	0,2
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbstätigkeit	0,6	0,5	+0,1	+12,5	0,2
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	1,8	1,9	- 0,1	- 8,0	0,6

¹Bei der im Bericht verwendeten Darstellung in Mrd. € können Rundungsdifferenzen entstehen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Gesetzliche Rentenversicherung überführt. Die hieraus entstehenden Aufwendungen der Deutschen Rentenversicherung, einschließlich der Verwaltungskosten, trägt der Bund. Die neuen Länder erstatten dem Bund hiervon wiederum die Aufwendungen für die ehemalige Deutsche Volkspolizei, Feuerwehr und Strafvollzug in voller Höhe.

Pauschale Abgeltung an die Krankenkassen:

Die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) erhält zur pauschalen Abgeltung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben einen Bundeszuschuss. 2010 betrug der Zuschuss 11,8 Mrd. €, 2011 steigt er auf 13,3 Mrd. €. Im Jahr 2010 hat die GKV einmalig einen zusätzlichen Bundeszuschuss zur Kompensation krisenbedingter Mindereinnahmen in Höhe von 3,9 Mrd. € erhalten. 2011 gewährt der Bund der GKV einmalig einen zusätzlichen Bundeszuschuss in Höhe von 2,0 Mrd. €.

Landwirtschaftliche Sozialpolitik dient dazu, den anhaltenden Agrarstrukturwandel sozial zu flankieren und die sozial-ökonomische Lage der Landwirte und ihrer Familien zu verbessern. Agrarsozialpolitik ist zugleich zielorientierte, gestaltende Politik zugunsten der aktiven Landwirte und Altenteiler und damit Teil der Politik für den ländlichen Raum. Zur Alterssicherung der Landwirte werden Aufwendungen, die nicht durch Beiträge und sonstige Einnahmen gedeckt sind, durch Bundeszuschüsse finanziert. Damit

werden mehr als drei Viertel der Ausgaben in der Alterssicherung der Landwirte durch Bundeszuschüsse finanziert. Die finanziellen Folgen des Strukturwandels in der Landwirtschaft wirken sich somit nicht auf die Beitragshöhe aus, sondern werden allein vom Bund getragen. Der Zuschuss zur Krankenversicherung der Landwirte ist dazu bestimmt, die Leistungsaufwendungen für Empfänger von Renten aus der Alterssicherung der Landwirte und sonstiger Altenteiler zu decken, soweit sie nicht durch Beiträge der Altenteiler aufgebracht werden. Der freiwillige Bundeszuschuss an die Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung dient der Senkung der Unternehmensbeiträge und damit der kostenmäßigen Entlastung landwirtschaftlicher Betriebe.

Arbeitsmarktpolitik: Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik beteiligt sich der Bund an den Kosten der Arbeitsförderung der Bundesagentur für Arbeit (BA) und finanziert große Teile der Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitssuchende. Die Eckwerte der Herbstschätzung 2010 sind Basis der Ausgabenplanung für den Bundeshaushalt 2011. Wie aus den Eckwerten des Jahreswirtschaftsberichts 2011 ersichtlich, erwartet die Bundesregierung, dass sich die günstige Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung verstärkt fortsetzen wird. Dies wirkt sich dämpfend auf die Bundesausgaben bei der Arbeitsförderung

BUNDESHAUSHALT 2011 - SOLLBERICHT

und bei den Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende aus. Auch durch die im Rahmen des Vermittlungsverfahrens zum Gesetz zur Ermittlung der Regelbedarfe beschlossene Erhöhung der Regelbedarfe ab 2011 sowie die Finanzierung der Bildungs- und Teilhabeleistungen kommt es im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende bereits 2011 zu Abweichungen gegenüber den Soll-Werten.

Elterngeld: Eltern erhalten in den ersten 14 Monaten (davon zwei Partnermonate) nach der Geburt eines Kindes Elterngeld als Lohnersatzleistung für den Elternteil, der seine Erwerbstätigkeit verringert oder auf sie verzichtet. Zusammen mit dem Kindergeld stabilisiert das Elterngeld das Familieneinkommen in der ersten Phase nach der Geburt. Es beträgt grundsätzlich 65 % des Nettolohns, höchstens 1800 € und mindestens 300 € monatlich. Bei geringerem Einkommen gilt ein erhöhter Leistungssatz. Kein Elterngeld erhalten künftig Elternpaare, die ein Voreinkommen von mehr als 500 000 € vor der Geburt hatten (Alleinerziehende 250 000 €).

Kinderzuschlag und Leistungen für Bildung und Teilhabe für geringverdienende

Eltern: Der Kinderzuschlag ist eine ergänzende, dem Arbeitslosengeld II vorgelagerte Sozialleistung für Familien zur Vermeidung einer durch Kinder entstehenden Hilfebedürftigkeit. Anspruchsvoraussetzung ist ein Bruttoeinkommen bei Alleinerziehenden von mindestens 600 € und bei Paaren von mindestens 900 €. sowie das Nichtüberschreiten der Höchsteinkommensgrenze. Der Kinderzuschlag beträgt bis zu 140 € monatlich pro Kind. Seit dem 1. Januar 2011 werden von den Kommunen auch bestimmte Bildungsund Teilhabeleistungen gezahlt.

Wohngeld: Zur Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens in einem grundsätzlich marktwirtschaftlich orientierten Wohnungswesen wird die Sozialleistung "Wohngeld" nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) gewährt. Das Wohngeld tragen Bund und Länder je zur Hälfte. Es wird Mietern und Eigentümern gezahlt, wenn die Höhe der Miete oder Belastung ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit überfordert. Anspruchsberechtigt sind Geringverdiener, Arbeitslosengeld-I-Empfänger, Rentner und Studenten. Ausgeschlossen von Wohngeldleistungen sind Transferleistungsempfänger wie Bezieher von Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter. Wohngeldempfänger mit Kindern erhalten seit dem 1. Januar 2011 ebenfalls Bildungs- und Teilhabeleistungen für Kinder.

Wohnungsbau-Prämiengesetz: Der Bund fördert insbesondere Beiträge an Bausparkassen im Rahmen jährlicher Höchstbeträge von 512 € für Alleinstehende und 1024 € für Verheiratete mit einer Prämie, wenn das Einkommen des Bausparers jährlich 25 600 € bei Alleinstehenden und 51 200 € bei Verheirateten nicht übersteigt. Die Höhe der Wohnungsbauprämie beträgt für laufende und neue Verträge seit dem Sparjahr 2004 insgesamt 8,8 % der prämienbegünstigten Aufwendungen. Für nach dem 31. Dezember 2008 abgeschlossene Verträge wird die Wohnungsbauprämie nur noch bei wohnungswirtschaftlicher Verwendung gewährt.

Kriegsopferversorgung und

Kriegsopferfürsorge umfasst die staatlichen Leistungen der Heil- und Krankenbehandlung sowie Versorgungsbezüge, die nach dem Bundesversorgungsgesetz erbracht werden. Leistungen erhalten Personen oder deren Hinterbliebene, die durch Krieg, Militärdienst oder militärähnlichen Dienst gesundheitlich geschädigt wurden. Darüber hinaus stellt der Bund in entsprechender Anwendung des Bundesversorgungsgesetztes Mittel für die soziale Entschädigung von Personen zur Verfügung, die aus politischen Gründen inhaftiert oder Opfer von Gewalttaten und SED-Unrecht wurden, sowie für Wehr- und Zivildienstgeschädigte. Am 31. Dezember 2010 belief sich die Anzahl der Leistungsempfänger auf 302 900 Personen.

BUNDESHAUSHALT 2011 - SOLLBERICHT

4.2 Allgemeine Dienste

Tabelle 5 gibt einen Überblick der Ausgaben des Bundes für Allgemeine Dienste. Hierbei handelt es sich um zentrale staatliche Aufgaben wie Verteidigung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ausgaben zur Sicherung der öffentlichen Ordnung. Der Bundeshaushalt 2011 sieht Ausgaben für den Bereich "Allgemeine Dienste" in Höhe von 55,5 Mrd. € vor. Dies entspricht einem Anteil von 18,1% an den Gesamtausgaben des Bundes.

Verteidigung (einschließlich zivile Verteidigung): Die Bundesregierung hat in der Kabinettsklausur vom 6./7. Juni 2010 eine Reform der Bundeswehr angestoßen. Die inzwischen beschlossene Aussetzung der Wehrpflicht und die schrittweise Reduzierung der Personalstärke der Streitkräfte sowie des Zivilpersonals führen im Finanzplanungszeitraum zu erheblichen Minderausgaben. Die Ausgaben für zivile Verteidigung umfassen Ausgaben für das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe und die Ausgaben für das Technische Hilfswerk.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit: Die Bundesregierung unterstützt aktiv die Entwicklung und Umsetzung der neuen globalen Partnerschaften zwischen Industrie, Entwicklungs- und Transformationsländern. Dabei wird Entwicklungspolitik als internationale Gemeinschaftsaufgabe verstanden und will dazu beitragen, weltweit Armut zu mindern, Frieden zu sichern beziehungsweise zu stiften, Globalisierung gerecht zu gestalten, Demokratie und Menschenrechte voranzubringen und natürliche Lebensgrundlagen zu bewahren.

Tabelle 5: Allgemeine Dienste

Aufgabenbereich	Soll 2011	Ist 2010	Abweichung	des Soll 2011 zum Ist 2010	Anteil an den Ausgaben des Bundes
		in Mrd. €¹		in	%
Allgemeine Dienste	55,5	54,2	+1,3	+2,3	18,1
Verteidigung, einschl. zivile Verteidigung (Oberfunktion 03)	32,1	31,7	+0,4	+1,4	10,5
Obergruppe 55; militärische Beschaffung, Materialerhaltung. a. mit dieser Oberfunktion	10,4	10,4	-0,01	- 0,1	3,4
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	6,1	5,9	+0,3	+4,5	2,0
Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	2,7	2,5	+0,2	+6,5	0,9
Beteiligung an den Einrichtungen der Weltbankgruppe	0,6	0,6	- 0,01	- 1,3	0,2
Beitrag zu den "Europäischer Entwicklungsfonds"	0,8	0,9	-0,05	- 5,6	0,3
Beiträge an die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen sowie andere internationale Einrichtungen	0,8	0,9	- 0,1	-11,1	0,3
Politische Führung und zentrale Verwaltung	6,4	6,2	+0,1	+2,2	2,1
Zivildienst	0,5	0,6	- 0,1	- 17,6	0,2
Finanzverwaltung	4,2	3,7	+0,4	+11,8	1,4
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3,6	3,5	+0,1	+3,5	1,2
nachrichtlich: Ausgaben für Versorgung	7,4	7,4	-0,02	- 0,3	2,4
ziviler Bereich	2,8	2,8	-0,04	- 1,2	0,9
Bundeswehr, Bundeswehrverwaltung	4,6	4,6	+0,01	+0,3	1,5

 $^{^{1}\}text{Bei}\,\text{der}\,\text{im}\,\text{Bericht}\,\text{verwendeten}\,\text{Darstellung}\,\text{in}\,\text{Mrd.}\,\,\in\,\text{k\"{o}}\text{nnen}\,\text{Rundungsdifferenzen}\,\text{entstehen.}$

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

BUNDESHAUSHALT 2011 - SOLLBERICHT

Politische Führung und zentrale

Verwaltung: Bei den Ausgaben für den Bereich politische Führung und zentrale Verwaltung handelt es sich um Aufwendungen für die obersten Bundesbehörden und den Zivildienst. Das Bundeskabinett hat am 15. Dezember 2010 zwei Gesetzentwürfe beschlossen, mit denen die Wehrpflicht und als Folge auch der Zivildienst ausgesetzt werden. Dieser soll hin zu einem neuen Bundesfreiwilligendienst umgestaltet werden.

Finanzverwaltung: Die Ausgaben für die Finanzverwaltung werden zum ganz überwiegenden Teil im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) geleistet. Neben den obersten Bundesbehörden wie dem Bundeszentralamt für Steuern ist größter Fachbereich die Bundeszollverwaltung. Darüber erhält die BA Erstattungen von Verwaltungskosten für die Durchführung des Familienleistungsausgleichs, sprich die Auszahlung und Verwaltung des Kindergelds. Die Länder erhalten Erstattung von Verwaltungskosten für die Erhebung der Kfz-Steuer durch die Finanzbehörden der Länder.

Öffentliche Sicherheit und Ordnung:

Die Ausgaben zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung werden ausschließlich im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern getätigt. Dort liegt die Verantwortung des Bundes für die Bundespolizei, das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz.

Versorgung: Die Versorgungsleistungen des Bundes an ehemalige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter sowie Soldatinnen und Soldaten des Bundes und deren Hinterbliebene sowie an Versorgungsberechtigte nach dem Gesetz zu Artikel 131 GG umfassen direkte Pensionszahlungen sowie Beihilfen. Sie sind beim jeweiligen Ressort veranschlagt, aus dessen Dienst die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger in den Ruhestand getreten sind. Zur Finanzierung künftiger

Versorgungsleistungen wird aufgrund des Versorgungsrücklagegesetzes seit 1999 über verminderte Besoldungsund Versorgungsanpassungen das Sondervermögen "Versorgungsrücklage des Bundes" aufgebaut. Es soll den Bundeshaushalt ab dem Jahr 2018 von Versorgungsausgaben entlasten. Darüber hinaus sind für alle ab dem 1. Januar 2007 neu eingestellten Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter sowie Berufssoldatinnen und Berufssoldaten Zuweisungen an das Sondervermögen "Versorgungsfonds des Bundes" zu leisten.

4.3 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Tabelle 6 zeigt Ausgaben des Bundes für den Bereich Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Der Bundeshaushalt 2011 sieht hierfür Ausgaben in Höhe von 16.9 Mrd. € vor.

Entwicklung Bildung und Forschung

(10-%-Ziel): Bund und Länder sind sich in dem Ziel einig, dass in Deutschland der Anteil der gesamtgesellschaftlichen Aufwendungen für Bildung und Forschung auf 10 % des Bruttoinlandsprodukts bis zum Jahr 2015 gesteigert werden soll. Der Bund wird seine Ausgaben für Bildung und Forschung bis 2013 um insgesamt 12 Mrd. € erhöhen. Der Bundeshaushalt 2011 sieht zusätzliche 2 405 Mio. € für Bildung und Forschung vor, davon 1 473 Mio. € für Bildung und 932 Mio. € für Forschung.

Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen: Der

Aufgabenbereich Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen ist im Jahr 2011 mit 9,5 Mrd. € dotiert. Der Ausgabenschwerpunkt liegt mit 3,5 Mrd. € bei der Gemeinsamen Forschungsförderung von Bund und Ländern.

Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG): Ziel des BAföG ist die soziale Öffnung und Offenhaltung des Bildungswesens.

BUNDESHAUSHALT 2011 - SOLLBERICHT

Unabhängig von den jeweiligen finanziellen Möglichkeiten soll einem jeden eine den eigenen Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Ausbildung ermöglicht werden. Der den einzelnen Auszubildenden hierfür zustehende Förderbetrag orientiert sich an dem durch die erforderlichen Ausgaben für Lebensunterhalt und Ausbildung bestimmten Bedarf. Die Aufwendungen für diese Leistung werden zu 65 % durch den

Bund und zu 35 % durch die Länder getragen. Ergänzt wird die Ausbildungsförderung durch das Bildungskreditprogramm des Bundes und den allgemeinen Studienkredit, ein Eigenmittelprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Hochschulen: Mit der Beendigung der Gemeinschaftsaufgabe "Aus- und Neubau von Hochschulen einschließlich

Tabelle 6: Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Aufgabenbereich	Soll 2011	Ist 2010	Abweichung	des Soll 2011 zum Ist 2010	Anteil an den Ausgaben des Bundes
		in Mrd. €¹		in	%
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	16,9	14,9	+2,0	+13,7	5,5
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	9,5	8,9	+0,5	+5,9	3,1
Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern; darunter	3,5	3,3	+0,2	+6,3	1,1
Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. (MPG) in Berlin	0,6	0,6	+0,03	+5,0	0,2
Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. (FhG) in München	0,4	0,4	+0,02	+5,0	0,1
Forschungszentren der Helmholtz-Gemeinschaft	1,7	1,6	+0,1	+8,4	0,6
Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) & nationales Weltraumprogramm und ESA	1,2	1,1	+0,04	+3,3	0,4
Technologie und Innovation im Mittelstand	0,7	0,6	+0,1	+17,0	0,2
Forschung und Entwicklung zur Erzeugung, Verteilung und rationellen Nutzung der Energie	0,2	0,2	+0,01	+4,1	0,1
Forschung und experimentelle Entwicklung zum Schutz und zur Förderung der Gesundheit	0,3	0,3	+0,01	+3,2	0,1
Forschung Klima, Energie, Umwelt	0,4	0,3	+0,04	+12,3	0,1
Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	1,5	1,4	+0,2	+11,7	0,5
Hochschulen	3,4	2,7	+0,7	+27,3	1,1
Kompensationsmittel für die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	0,7	0,7	-	-	0,2
Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. (DFG)	0,9	0,9	+0,04	+5,0	0,3
Überregionale Forschungsförderung im Hochschulbereich	0,3	0,2	+0,1	+68,6	0,1
Exzellenzinitiative Spitzenförderung von Hochschulen	0,3	0,3	+0,03	+10,5	0,1
Hochschulpakt 2020	0,9	0,5	+0,4	+78,9	0,3
Berufliche Weiterbildung	0,2	0,2	+0,02	+11,3	0,1
Kunst- und Kulturpflege	1,8	1,8	+0,02	+0,9	0,6

¹Sollbeträge werden in der Einheit 1 000 € geplant. Kassenergebnisse werden centgenau gerechnet. Bei der im Bericht verwendeten Darstellung in Mrd. € können Rundungsdifferenzen entstehen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

BUNDESHAUSHALT 2011 - SOLLBERICHT

der Hochschulkliniken" erhalten die Länder von 2007 bis 2013 pro Jahr ein Kompensationsvolumen von 695 Mio. €. Zusätzliche Mittel in Höhe von 298 Mio. € pro Jahr stellt der Bund für überregionale Forschungsförderung im Hochschulbereich zur Verfügung. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. Bonn (DFG) ist die zentrale Selbstverwaltungseinrichtung der Wissenschaft. Die Ausgaben dienen dazu, die Forschung durch allgemeine Fördermaßnahmen und insbesondere von Schwerpunkten leistungsfähig zu erhalten. Seit dem Jahr 2002 fördern Bund und Länder die DFG mit einem einheitlichen Finanzierungsschlüssel von 58 % zu 42 %. Bund und Länder einigten sich auf zusätzliche Maßnahmen, um den Wissenschaftsstandort Deutschland nachhaltig zu stärken, seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und Spitzen sichtbarer zu machen. Mit der zwischen Bund und Ländern geschlossenen Verwaltungsvereinbarung werden im Rahmen der "Exzellenzinitiative zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen" Zukunftskonzepte zum Ausbau der Spitzenforschung, Graduiertenschulen und Exzellenzcluster im Wettbewerb gefördert. Mit dem Hochschulpakt 2020 vereinbarten Bund und Länder zusätzliche 275 420 Studienplätze bis 2015 und die weitere Stärkung der Forschung an Hochschulen.

Berufliche Weiterbildung: Die berufliche Weiterbildung wird durch mehrere Programme gefördert. Angesichts des nicht ausreichenden Ausbildungsplatzangebots in den neuen Ländern fördert der Bund im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative zur ergänzenden Ausbildung die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen. Das Sonderprogramm wird je zur Hälfte vom Bund und von den neuen Ländern finanziert. Weiterhin werden Lehrgänge der überbetrieblichen beruflichen Bildung im Handwerk gefördert, die zur Anpassung des personellen Leistungsstandes an den technischen und ökonomischen Fortschritt beitragen. Überbetriebliche

Berufsbildungsstätten ergänzen mit ihrem Lehrangebot die betriebliche Ausbildung solcher Klein- und Mittelbetriebe, die aufgrund ihrer Größe oder Spezialisierung nicht in der Lage sind, die geforderten Ausbildungsinhalte in ihrer Gesamtheit zu vermitteln. Erst durch die ergänzenden Lehrangebote der überbetrieblichen Berufsbildungsstätten werden diese Betriebe in die Lage versetzt, ausbilden zu können.

Kunst-und Kulturpflege: Die Förderung der inländischen Kulturpolitik wird vor allem vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien wahrgenommen. Ihm zugeordnet ist das Bundesarchiv, das Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa und die Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Die Förderung der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik obliegt dem Auswärtigen Amt. Unter Wahrung der Kulturhoheit der Länder fördert der Bund folgende Maßnahmen und Einrichtungen mit gesamtstaatlicher Bedeutung: Kulturelle Angelegenheiten, einschließlich der Pflege deutscher Kultur des östlichen Europas sowie die kulturelle Betreuung für heimatlose Ausländer und fremde Volksgruppen, Medienund Filmwirtschaft, Gedenkstätten, Kultur in der Hauptstadt Berlin sowie in der Region der Bundesstadt Bonn. Der größte Einzelposten der Kunst- und Kulturpflege im Inland ist der Zuschuss des Bundes an die Rundfunkanstalt "Deutsche Welle". Ein Schwerpunkt der Ausgaben im Rahmen der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik des Auswärtigen Amtes liegt in den Zuschüssen an das Goethe-Institut e. V.

4.4 Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Tabelle 7 zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für das Verkehrsund Nachrichtenwesen. Wesentliche Aufgabenbereiche sind hier der Bau und Betrieb der Bundesautobahnen, Bundesstraßen und Bundeswasserstraßen sowie Bau, Ausbau und Ersatzinvestitionen in die Schienenwege

BUNDESHAUSHALT 2011 - SOLLBERICHT

Tabelle 7: Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Aufgabenbereich	Soll 2011	Ist 2010	Abweichung	g des Soll 2011 zum Ist 2010	Anteil an den Ausgaben des Bundes
		in Mrd. €¹		in	%
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11,7	11,7	-0,0001	-0,001	3,8
Straßen	5,9	6,3	-0,4	-6,5	1,9
Bundesautobahnen	3,4	3,6	-0,2	-5,8	1,1
Bundesstraßen	2,5	2,7	-0,2	-7,0	0,8
Wasserstraßen und Häfen	1,7	1,8	-0,1	-5,9	0,6
Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden	1,3	1,3	-	-	0,4
Finanzhilfen an die Länder für die Schieneninfrastruktur des öffentlichen Personennahverkehrs	0,3	0,3	+0,002	+0,5	0,1
Nachrichtlich:					
Beteiligungen des Bundes an Wirtschaftsunternehmen im Verkehrsbereich					
Eisenbahnen des Bundes - Deutsche Bahn AG	3,9	4,3	-0,4	-9,9	1,3
Bundeseisenbahnvermögen	5,3	5,2	+0,1	+1,1	1,7

¹Bei der im Bericht verwendeten Darstellung in Mrd. € können Rundungsdifferenzen entstehen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

der Eisenbahnen des Bundes. Für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen sind im Bundeshaushalt 2011 insgesamt 11,7 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 3,8 % an den Gesamtausgaben.

Straßen (ohne Kompensationszahlungen wegen Beendigung Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz):

Das Bundesfernstraßennetz
(Bundesautobahnen und Bundesstraßen)
gehört zu den leistungsfähigsten Europas.
Es spiegelt die Bedeutung Deutschlands als
eine der führenden Wirtschaftsnationen
und als wichtigstes Transitland wider. Nach
Artikel 90 des Grundgesetzes verwalten die
Länder die Bundesautobahnen und sonstigen
Bundesfernstraßen. Die Haushaltsmittel
für die betriebliche Unterhaltung, die
Erhaltung und den Um- und Ausbau sowie
den Neubau der in der Baulast des Bundes
stehenden Bundesfernstraßen werden aus dem
Bundeshaushalt bereitgestellt.

Wasserstraßen und Häfen: Das Netz der Bundeswasserstraßen umfasst rund 7350 km Binnenwasserstraßen und rund 23 000 qkm Seewasserstraßen.
Zu den wichtigsten Bauwerken zählen rund 350 Schleusenanlagen, rund 300 Wehranlagen, vier Schiffshebewerke, acht Sperrwerke und rund 1 000 Brücken. Nach Artikel 89 Grundgesetz verwaltet der Bund die Bundeswasserstraßen und nimmt die über den Bereich eines Landes hinausgehenden staatlichen Aufgaben wahr. Die hierfür zuständigen bundeseigenen Behörden sind die Wasser- und Schifffahrtsdirektionen sowie die Wasser- und Schifffahrtsämter.

Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden: Mit der Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden steht den Ländern seit dem 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2013 jährlich ein Betrag von 1,3 Mrd. € aus dem

BUNDESHAUSHALT 2011 - SOLLBERICHT

Haushalt des Bundes zu. Der Betrag wird auf die Länder nach einem gesetzlich festgelegten Schlüssel verteilt. Die Beträge werden von den Ländern für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden eingesetzt.

Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn

AG: Gemäß Artikel 87e Abs. 4 Grundgesetz trägt der Bund die Verantwortung für den Ausbau und Erhalt des Schienennetzes der Eisenbahnen des Bundes. Nach dem Bundesschienenwegeausbaugesetz finanziert der Bund Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen. Diese Investitionen umfassen sowohl Ersatzinvestitionen als auch Neu- und Ausbaumaßnahmen.

Bundeseisenbahnvermögen: Das

Bundeseisenbahnvermögen ist ein Sondervermögen des Bundes und wurde im Zuge der ersten Stufe der Bahnreform im Jahr 1994 aus den Sondervermögen Deutsche Bundesbahn und Deutsche Reichsbahn zusammengeführt. Anschließend wurde der unternehmerische Bereich aus dem Bundeseisenbahnvermögen ausgegliedert und in die Deutsche Bahn AG umgewandelt. Das Bundeseisenbahnvermögen ist Dienstherr der der Deutschen Bahn AG zugewiesenen Beamten und verwaltet und verwertet die nicht bahnnotwendigen Liegenschaften. Das Bundeseisenbahnvermögen stellt jährlich einen Wirtschaftsplan auf. Die nicht durch eigene Einnahmen gedeckten Verwaltungsausgaben werden aus dem Bundeshaushalt getragen.

4.5 Wirtschaftsförderung

Tabelle 8 zeigt die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für Wirtschaftsförderung in den Bereichen Gewerbe und Dienstleistungen, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie bei Energie- und Wasserwirtschaft. Für Wirtschaftsförderung sind im Bundeshaushalt 2011 insgesamt 6,5 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 2,1% an den Gesamtausgaben.

Tabelle 8: Wirtschaftsförderung

Aufgabenbereich	Soll 2011	Ist 2010	Abweichung	g des Soll 2011 zum Ist 2010	Anteil an den Ausgaben des Bundes
		in Mrd. € ¹		in	%
Wirtschaftsförderung gesamt	6,5	5,7	+0,8	+14,4	2,1
Regionale Förderungsmaßnahmen	0,7	0,8	-0,1	-8,8	0,2
${\sf Gemeinschaftsaufgabe"RegionaleWirtschaftsstruktur"}$	0,7	0,8	-0,1	-13,7	0,2
Förderung des Steinkohlenbergbaus	1,5	1,4	+0,05	+3,3	0,5
Mittelstandsförderung ²	1,1	0,9	+0,2	+17,4	0,4
Förderung erneuerbarer Energien ²	0,7	0,7	-0,02	-3,4	0,2
Gewährleistungen	1,8	0,8	+1,0	+120,0	0,6
Landwirtschaft	1,2	1,2	-0,03	-2,9	0,4
Gemeinschaftsaufgabe "Agrarstruktur und Küstenschutz"	0,6	0,7	-0,1	-11,6	0,2

¹Bei der im Bericht verwendeten Darstellung in Mrd. € können Rundungsdifferenzen entstehen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

² Enthalten auch Forschungsmittel aus Hauptfunktion 1. Aus diesem Grund ist die Summe der Unterpositionen größer als der Betrag für Wirtschaftsförderung.

BUNDESHAUSHALT 2011 - SOLLBERICHT

Regionale Förderungsmaßnahmen: Den größten Anteil hat die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW). Mit der GRW wird die Schaffung und Sicherung von dauerhaft wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen durch Gewährung von Investitionszuschüssen an Unternehmen und Finanzhilfen für die wirtschaftsnahe Infrastruktur gefördert. Die Länder stellen Mittel in gleicher Höhe bereit. Aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) stehen den neuen Ländern in der Förderperiode 2007 bis 2013 Mittel in Höhe von insgesamt rund 9,25 Mrd. € zur Verfügung, die zum Teil auch innerhalb der GRW eingesetzt werden. Darüber hinaus kann ein Teil der alten Länder ebenfalls EFRE-Mittel in Anspruch nehmen. Dafür stehen den alten Ländern in der Förderperiode 2007 bis 2013 insgesamt rund 5,3 Mrd. € zur Verfügung. Diese sind nicht in das Haushaltssoll des Bundes eingerechnet.

Förderung des Steinkohlenbergbaus: Der deutsche Untertage-Steinkohlenbergbau ist seit vielen Jahren international nicht wettbewerbsfähig. Die Produktionskosten übersteigen vor allem aufgrund der ungünstigen geologischen Bedingungen den Weltmarktpreis ganz erheblich. Der Beitrag, den der deutsche Steinkohlenbergbau zur Versorgung der deutschen Wirtschaft leistet, steht nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis zum erforderlichen Subventionsaufwand. Daher wurde mit dem Steinkohlefinanzierungsgesetz vom 20. Dezember 2007 zwischen dem Bund, dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Saarland die sozialverträgliche Beendigung der subventionierten Förderung der Steinkohle bis zum Ende des Jahres 2018 beschlossen. Das Steinkohlefinanzierungsgesetz regelt die Steinkohlebeihilfen des Bundes ab 2009.

Mittelstandsförderung: Die Bundesregierung verbessert durch verschiedene Maßnahmen die Rahmenbedingungen für den Mittelstand. Erwähnt seien hier das Erste und Zweite Mittelstandsentlastungsgesetz, die Mittelstandsinitiative, Entlastungen durch

das Unternehmensteuerreformgesetz 2008 und Maßnahmen zum Bürokratieabbau. Mit dem Ziel der Stärkung der Leistungsund Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft fördert die Bundesregierung darüber hinaus Forschung, Entwicklung und Innovationen im Bereich des Mittelstandes mit einer Vielzahl von Förderprogrammen aus dem Bundeshaushalt. Kernstücke sind die Technologie- und Innovationsförderung im Mittelstand, bestehend insbesondere aus dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) und der Förderung der Forschungsinfrastruktur, sowie die Förderung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen z.B. mit Zinszuschüssen im Rahmen von ERP-Förderprogrammen und die Förderung der Forschung, Entwicklung und Anwendung auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnik.

Förderung erneuerbarer Energien: Mit dem Ziel einer wirtschaftlichen, sicheren und umweltverträglichen Energieversorgung in Deutschland fördert die Bundesregierung Technologien im Bereich der nichtnuklearen Energieforschung mit einem breiten Spektrum von Maßnahmen. Die Mittel werden für verschiedene Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, die Erschließung beziehungsweise Weiterentwicklung erneuerbarer Energien, der Förderung der rationellen und sparsamen Energieverwendung sowie der umweltfreundlichen Umwandlungsund Verbrennungstechnik verwendet. Der Einsatz erneuerbarer Energien wird über steuerliche Vergünstigungen für Biokraft- und Bioheizstoffe hinaus durch zinsverbilligte Darlehen und/oder Investitionskostenzuschüsse im Rahmen des Marktanreizprogramms zugunsten erneuerbarer Energien im Wärmemarkt unterstützt. Gefördert werden insbesondere Anlagen zur Wärmeerzeugung aus Solarthermie, Biomasse und Geothermie sowie effiziente Wärmepumpen.

BUNDESHAUSHALT 2011 - SOLLBERICHT

Gewährleistungen: Durch die Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen ermöglicht der Bund die Fremdfinanzierung von förderungswürdigen Vorhaben, insbesondere von Handels- und Kreditgeschäften, sowohl im außen- als auch im binnenwirtschaftlichen Bereich. Von den im Jahre 2011 erwarteten Ausgaben für Gewährleistungen in Höhe von 1770 Mio. € entfallen 1000 Mio. € auf den Binnenwirtschaftsbereich und 770 Mio. € auf den Außenwirtschaftsbereich.

Landwirtschaft: Im Bereich der Agrarpolitik liegt der finanzielle Schwerpunkt bei den von der Europäischen Union gezahlten Beihilfen. Im nationalen Bereich nimmt neben der landwirtschaftlichen Sozialpolitik (siehe auch Tabelle 4 "Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung") die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" einen großen Anteil der Bundeshilfen ein. Die Gemeinschaftsaufgabe ist das wichtigste Instrument der Bundesregierung

zur Koordinierung und Vereinheitlichung der Agrarstrukturpolitik in Deutschland. Sie bildet eine wichtige inhaltliche und finanzielle Grundlage der Länderprogramme zur ländlichen Entwicklung für die EU-Förderperiode 2007 bis 2013 und wurde dazu als nationale Rahmenregelung von der Europäischen Kommission genehmigt. Der Bund beteiligt sich an der Finanzierung von Fördermaßnahmen im Bereich der Agrarstrukturverbesserung mit 60 % und bei Maßnahmen zur Verbesserung des Küstenschutzes mit 70 %.

4.6 Übrige Ausgaben

Tabelle 9 gibt einen Überblick über die übrigen Ausgaben des Bundes im Jahr 2011. Im Wesentlichen handelt es sich um Aufwendungen des Bundes in den Aufgabenbereichen Wohnungswesen, Gesundheit und Sport und allgemeine Finanzwirtschaft sowie der Zinszahlungen auf die Bundesschuld.

Tabelle 9: Übrige Ausgaben

Aufgabenbereich	Soll 2011	Ist 2010	Abweichung	des Soll 2011 zum Ist 2010	Anteil an den Ausgaben des Bundes
		in Mrd. € ¹		in	%
Zinsen	35,4	33,1	+2,3	+6,8	11,6
Wohnungswesen	1,4	1,4	-0,002	-0,2	0,4
Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur Sozialen Wohnraumförderung	0,5	0,5	-	-	0,2
Energetische Sanierungs- und Wohnraummodernisierungsprogramme der KfW	0,7	0,7	+0,01	+1,5	0,2
Städtebauförderung	0,7	0,7	-0,01	-1,8	0,2
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	1,6	1,3	+0,3	+25,9	0,5
Gesundheit	0,4	0,4	+0,1	+14,4	0,1
Umweltschutz	0,4	0,4	+0,01	+2,4	0,1
Sport und Erholung	0,1	0,1	-0,003	-2,0	0,0
Postbeamtenversorgungskasse	6,5	6,2	+0,3	+4,7	2,1
Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt	0,2	0,3	-0,04	-15,9	0,1

¹Bei der im Bericht verwendeten Darstellung in Mrd. € können Rundungsdifferenzen entstehen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

BUNDESHAUSHALT 2011 - SOLLBERICHT

Zinsen: Die Zinsausgaben sind abhängig von der Steigerung der Bundesschuld durch die jährliche Nettokreditaufnahme, vom Zinsniveau und von den Konditionen der Anschlussfinanzierungen im Vergleich zu den Tilgungsleistungen. Die Haushaltsansätze für Zinsausgaben des Bundeshaushalts basieren auf dem bestehenden Schuldenportfolio, der zur Finanzierung der Tilgungen und des Nettokreditbedarfs geplanten neuen Kreditaufnahme, den bestehenden und geplanten Swapverträgen und auf der voraussichtlichen Kassenfinanzierung.

Wohnungswesen: Die Wohnungsversorgung in Deutschland ist - abgesehen von vereinzelten, von starkem Zuzug geprägten Ballungszentren - gut und ausreichend. Im Rahmen der durch die Föderalismusreform vollzogenen Entflechtung von Mischfinanzierungstatbeständen hat sich der Bund ab 2007 vollständig aus der sozialen Wohnraumförderung zurückgezogen. Die Verantwortung für die soziale Wohnraumförderung ging vollständig auf die Länder über. Die Länder erhalten als befristeten Ausgleich für den Wegfall der bisherigen Bundesmittel zunächst bis zum Jahr 2013 jährliche Kompensationszahlungen in Höhe von 518,2 Mio. €, die zweckgebunden für investive Maßnahmen der sozialen Wohnraumförderung einzusetzen sind.

Städtebauförderung: Zur Förderung des Städtebaus gewährt der Bund den Ländern gemäß Artikel 104b Grundgesetz Finanzhilfen. Die Förderung erfolgt bundesweit im Rahmen von Sanierungsund Entwicklungsmaßnahmen. Daneben gibt es weitere Programme zur Lösung spezieller Problemlagen, wie "Die Soziale Stadt", "Stadtumbau West" und "Stadtumbau Ost", "Denkmalschutz Ost und West", "Innenentwicklung der Städte und Gemeinden", "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren" sowie "Kleinere Städte und Gemeinden". Daneben leistet der Bund im Rahmen der Altschuldenhilfeverordnung einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung der Wohnungswirtschaft in den neuen Ländern (rund 1,1 Mrd. € bis 2013).

Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung: Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens werden insbesondere das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte, das Robert Koch-Institut, das Paul-Ehrlich-Institut, das Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in ihrer Arbeit unterstützt und gefördert. Ziel der Umweltpolitik ist die ökologische Modernisierung, die sich am Leitbild der Nachhaltigkeit orientiert. Die Verbesserung der sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen für alle Menschen muss in Einklang gebracht werden mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen unter Berücksichtigung der Belange künftiger Generationen.

Postbeamtenversorgungskasse:

Ehemalige Postbeamte erhalten Versorgungs- und Beihilfeleistungen von der Postbeamtenversorgungskasse. Die Finanzierung der Gesamtleistungen tragen der Bund und die Postnachfolgeunternehmen. Der größere Finanzierungsanteil entfällt hierbei auf den Bund, der gesetzlich zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit der Postbeamtenversorgungskasse verpflichtet ist. Durch die Verwertung des überwiegenden Teils der Forderungen gegenüber den Postnachfolgeunternehmen und die Verwendung der Verwertungserlöse zur Finanzierung der Versorgungs- und Beihilfeleistungen wurde der Bundeshaushalt in der Vergangenheit entsprechend entlastet. Im aktuellen Finanzplanungszeitraum sind die Versorgungsleistungen fast vollständig aus dem Bundeshaushalt zu erbringen.

Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt: Die Treuhandanstalt hat bereits Ende 1994 ihre Kernaufgabe abgeschlossen, die Privatisierung ostdeutscher Unternehmen. Seit 1995 wird der Finanzbedarf der Treuhandnachfolgeeinrichtungen direkt

BUNDESHAUSHALT 2011 - SOLLBERICHT

aus dem Bundeshaushalt gedeckt. Die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) hat die Aufgaben, die sie von der Treuhandanstalt übernommen hat, inzwischen fast vollständig erledigt. Die Zuwendungen gehen an die Lausitzer- und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, die Energiewerke Nord GmbH und die Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben mbH.

5 Darstellung der Einnahmenstruktur des Bundes

Tabelle 10 zeigt die Einnahmen des Bundes im Jahr 2011. Die Bundeseinnahmen ohne Finanzierungsvorgänge wie Nettokreditaufnahme und Münzeinnahmen sind im Haushalt 2011 auf 257,0 Mrd. € veranschlagt. Die Steuereinnahmen bilden mit 229,2 Mrd. € die größte Einnahmequelle des Bundes. Im Haushalt 2011 sind 74,9 % der Ausgaben über Steuereinnahmen finanziert. Auch die Kreditfinanzierungsquote liegt 2011 mit 15,8 % hoch.

Tabelle 10: Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2011	Ist 2010	Abweichung des So	oll 2011 zum Ist 2010
Limbinicale			in %	
Steuereinnahmen	229,2	226,2	+3,0	+1,3
darunter				
Bundesanteile an Gemeinschaftlichen Steuern und Gewerbesteuerumlage	184,4	181,5	+2,9	+1,6
Lohnsteuer	55,8	54,8	+1,0	+1,9
Veranlagte Einkommensteuer	11,9	13,3	- 1,3	-10,0
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	6,9	6,5	+0,4	+6,2
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3,6	3,8	-0,3	- 6,9
Körperschaftsteuer	6,6	6,0	+0,6	+10,0
Steuern vom Umsatz	98,7	95,9	+2,8	+2,9
Gewerbesteuerumlage	1,4	1,3	+0,1	+9,3
Bundessteuern	93,3	93,4	- 0,1	- 0,1
Energiesteuer	39,5	39,8	-0,3	- 0,8
Tabaksteuer	13,2	13,5	-0,3	- 2,2
Solidaritätszuschlag	11,9	11,7	+0,1	+1,2
Versicherungsteuer	10,6	10,3	+0,3	+3,3
Stromsteuer	6,2	6,2	0,0	0,0
Branntweinsteuer	2,0	2,0	-0,03	- 1,5
Kraftfahrzeugsteuer	8,4	8,5	-0,04	-0,5
Kaffeesteuer	1,0	1,0	+0,03	2,8
Schaumweinsteuer	0,5	0,4	+0,02	3,6
Sonstige Bundessteuern	0,003	0,002	+0,001	82,5
Veränderungen aufgrund steuerlicher Maßnahmen	3,8	-	-	

BUNDESHAUSHALT 2011 - SOLLBERICHT

noch Tabelle 10: Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2011	Ist 2010	Abweichung des Soll 2	Abweichung des Soll 2011 zum Ist 2010	
Limanneare		in Mrd. € ¹		in %	
Abzugsbeträge	-52,3	-48,7	- 3,6	+7,3	
Ergänzungszuweisungen an Länder	-12,2	-12,9	+0,7	- 5,6	
Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Energiesteueraufkommen	-7	-6,9	-0,1	+1,5	
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2,3	-1,8	- 0,5	+25,2	
BNE-Eigenmittel der EU	-21,9	-18,2	-3,7	+20,5	
Kompensationszahlungen an die Länder zum Ausgleich der weggefallenen Einnahmen aus Kfz-Steuer und Lkw-Maut	-9	-9	0,0	0,0	
Sonstige Einnahmen	27,9	33,1	- 5,2	- 15,8	
Darunter:					
Abführung Bundesbank	3,0	3,5	-0,5	-14,3	
Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen, Darlehensrückflüsse sowie Privatisierungserlöse	4,2	4,4	-0,2	- 3,5	
Eingliederungsbeitrag der Bundesagentur für Arbeit	4,6	5,3	-0,7	- 12,5	
Einnahmen aus der streckenbezogenen Lkw- Maut	4,6	4,5	+0,1	+2,7	

¹Sollbeträge werden in der Einheit 1 000 € geplant. Kassenergebnisse werden centgenau gerechnet. Bei der im Bericht verwendeten Darstellung in Mrd. € können Rundungsdifferenzen entstehen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

5.1 Steuereinnahmen

Basis der Einnahmenplanung des Bundes für 2011 war die die 137. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom November 2010. Geschätzt wurden die Steuereinnahmen für die Jahre 2010 bis 2012. Die Schätzung geht vom geltenden Steuerrecht aus. Gegenüber der vorangegangenen Schätzung vom Mai 2010 waren die finanziellen Auswirkungen des Ersten Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zu berücksichtigen. Ferner waren die Neuregelung der einkommensteuerlichen Behandlung von Berufsausbildungskosten sowie die Nichtanwendung der Sanierungsklausel bei der Verlustverrechnungsbeschränkung bei Körperschaften einzubeziehen. Der Steuerschätzung wurden die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der

Herbstprojektion 2010 der Bundesregierung zugrunde gelegt.

Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage: Die

Bundesanteile an den Gemeinschaftsteuern sind die Hauptfinanzierungsquelle des Bundes. Die Gemeinschaftsteuern umfassen die Lohn- und Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag sowie die Steuern vom Umsatz und die Abgeltungsteuer auf Zinsund Veräußerungserträge. Grundlage für die Aufteilung des Steueraufkommens ist Artikel 106 Grundgesetz. Die Erträge der Gemeinschaftsteuern werden auf Basis unterschiedlicher Vergabeschlüssel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt.

Tabelle 11 zeigt den rechnerischen Anteil der Gebietskörperschaften am

BUNDESHAUSHALT 2011 - SOLLBERICHT

Tabelle 11: Anteil an den Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage in %

Gemeinschaftsteuer nach Artikel 106 Grundgesetz	Bund	Länder	Gemeinden
Lohn- und Einkommensteuer	42,5	42,5	15,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	50,0	50,0	-
Steuern vom Umsatz	53,2	44,8	2,0
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	44,0	44,0	12,0
Körperschaftsteuer	50,0	50,0	-
Gewerbesteuerumlage	41,4	58,6	-

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aufkommen der Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage im Jahr 2011 in Prozent:

Bundessteuern: Das Steueraufkommen der Bundessteuern steht allein dem Bund zu. Hierbei handelt es sich insbesondere um das Steueraufkommen aus den Verbrauchsteuern, der Versicherungsteuer und dem Solidaritätszuschlag. Dieser wird als Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer in Höhe von 5,5 % erhoben.

Abzugsbeträge sind Zahlungen, die aus dem Steueraufkommen des Bundes geleistet werden. Hierzu zählen:

Bundesergänzungszuweisungen an die Länder: Seit dem 1. Januar 2005 kommt das Ausgleichssystem auf der Grundlage des Maßstäbegesetzes und des neuen Finanzausgleichsgesetzes zur Anwendung. Das Finanzausgleichsgesetz sieht vor, dass der Bund Ergänzungszuweisungen an bestimmte leistungsschwache Länder leistet. Leistungsschwache Länder, deren Finanzkraft nach Länderfinanzausgleich unter 99,5 % der Finanzkraft der Ländergesamtheit liegt, erhalten allgemeine Bundesergänzungszuweisungen. Darüber hinaus werden drei Arten von Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen gewährt:

 zur Deckung von teilungsbedingten Sonderlasten aus dem bestehenden starken infrastrukturellen Nachholbedarf und zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft,

- zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit und der daraus entstehenden überproportionalen Lasten bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe,
- wegen überdurchschnittlich hoher Kosten der politischen Führung.

Zuweisungen an die Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Energiesteueraufkommen: Im Rahmen der Bahnstrukturreform sind ab 1996 die Aufgabenverantwortung und damit die Ausgabenverantwortung für den Schienenpersonennahverkehr der Deutschen Bahn AG vom Bund auf die Länder übergegangen. Dafür steht ihnen gemäß Artikel 106a Grundgesetz ein Anteil aus dem Energiesteueraufkommen des Bundes zu.

Zuweisungen an die Europäische Union nach Bruttonationaleinkommen (BNE):
Neben den Zöllen, den Agrarabgaben und den Mehrwertsteuer-Eigenmitteln gehören die BNE-Eigenmittel zu den eigenen Einnahmen der Europäischen Union. Die Eigenmittelobergrenze ist mit 1,23 % des EU-Bruttonationaleinkommens (BNE) festgeschrieben.

Kompensationszahlungen Kfz-Steuer: Zum 1. Juli 2009 ist die Ertragshoheit der Kraftfahrzeugsteuer von den Ländern auf den Bund übergegangen. Die Länder erhalten hierfür als Ausgleich eine Kompensationszahlung vom Bund.

BUNDESHAUSHALT 2011 - SOLLBERICHT

5.2 Sonstige Einnahmen

Bundesbankgewinn: Gemäß § 27 Bundesbankgesetz (BBankG) hat die Deutsche Bundesbank den vollen jährlichen Reingewinn an den Bund abzuführen. Die Abführung erfolgt nach der Gewinnfeststellung im 1. Quartal des dem Geschäftsjahr folgenden Jahres (Geschäftsjahr der Bank ist das Kalenderjahr). Bis 2009 wurde der 3,5 Mrd. € übersteigende Teil der Abführung dem Erblastentilgungsfonds (ELF) zugeführt (vgl. § 6 Abs. 1 Nr. 1 Erblastentilgungsfonds-Gesetz, ELFG). Seit 2010 wird der Anteil des Bundesbankgewinns, der den Haushaltsansatz übersteigt und auch nicht zur Tilgung der Schulden des ELF benötigt wird, zur Tilgung der Verbindlichkeiten des Sondervermögens "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF) herangezogen. Der im Bundeshaushalt zu veranschlagende Anteil am Bundesbankgewinn ist für das Jahr 2011 auf maximal 3,0 Mrd. € und vom Jahr 2012 an bis zur Tilgung aller Verbindlichkeiten des ITF auf maximal 2,5 Mrd. € zu begrenzen

(vergleiche § 6 des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens "Investitions- und Tilgungsfonds", ITFG).

Eingliederungsbeitrag der BA: Die BA leistet seit dem Jahr 2008 an den Bund einen Eingliederungsbeitrag. Dieser Beitrag beträgt 50 % der jeweiligen Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten der Grundsicherung für Arbeitssuchende.

Streckenbezogene Lkw-Maut: Seit dem
1. Januar 2005 wird in Deutschland die
Autobahnbenutzungsgebühr aufgrund
des Gesetzes über die Erhebung von
streckenbezogenen Gebühren für die
Benutzung von Bundesautobahnen mit
schweren Nutzfahrzeugen erhoben. Die
Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft
(VIFG) hat die Verteilung der Mittel aus den
Maut-Einnahmen zur Finanzierung von
Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen (ab 2011
nur noch Straße) übernommen.

ZOLLBILANZ 2010

Zollbilanz 2010

Jahrespressekonferenz vom 11. März 2011

1	Einleitung	61
2	Erhebung von Abgaben und Verbrauchsteuern	
3	Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung	62
4	Bekämpfung der Marken- und Produktpiraterie	
5	Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität	
6	Bekämpfung des Zigarettenschmuggels	
7	Erhalt der Artenvielfalt	
8	Vollstreckung	67

- Die Zollverwaltung überzeugt mit einer ausgezeichneten Jahresbilanz 2010.
- Es konnten Einnahmen von rund 112 Mrd. € erzielt werden.
- Über 510 000 Personen wurden kontrolliert und eine Schadenssumme von 711 Mio. € aufgedeckt.

1 Einleitung

Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble stellte am 11. März 2011 in Berlin die Bilanz der Deutschen Zollverwaltung für das Jahr 2010 vor. Er würdigte die Leistungen der Zöllnerinnen und Zöllner und stellte fest, dass sie Außerordentliches für die deutschen Unternehmen sowie für die Bürger geleistet haben.

Heute geht das Aufgabenspektrum des Zolls weit über die klassischen Kontrollen an Ländergrenzen, Flug- und Seehäfen hinaus. Die Zollverwaltung ist ein verlässlicher und starker Partner für die deutschen Unternehmen und damit ein überaus wichtiger Standortfaktor für eine Wirtschaftsnation wie Deutschland. Denn mit einem jährlichen Ein- und Ausfuhrvolumen in Nicht-EU-Staaten von 675 Mrd. € (Einfuhr 293,8 Mrd. €, Ausfuhr 381,2 Mrd. €) ist eine einfache, schnelle und risikoorientierte Zollabfertigung von Waren unverzichtbar.

Eine Logistik-Studie¹ der Weltbank bescheinigt der deutschen Zollverwaltung ihre hohe Leistungsfähigkeit. Sie steht in der Kategorie "Effizienz der Zollabwicklung" nach Luxemburg und Singapur auf Rang 3 und damit an der Spitze unter den großen Industrienationen.

Neben der Erhebung von Abgaben und Verbrauchsteuern zählten die Bekämpfung von Schwarzarbeit, Marken- und Produktpiraterie, Rauschgiftkriminalität und Zigarettenschmuggel, der Erhalt der Artenvielfalt sowie die Vollstreckung von öffentlich-rechtlichen Forderungen zu den Tätigkeitsschwerpunkten der Zollverwaltung im vergangenen Jahr.

2 Erhebung von Abgaben und Verbrauchsteuern

Die deutsche Zollverwaltung vereinnahmte 2010 insgesamt 111,6 Mrd. € (siehe Tabelle 1).

¹ Vergleiche Weltbank, International Logistics Performance Index: Ranking, http://info.worldbank. org/etools/tradesurvey/mode1b.asp

ZOLLBILANZ 2010

Tabelle 1: Erhobene Abgaben insgesamt in Mrd. €

	2008	2009	2010
I. Einnahmen der EG			
Zölle	4,0	3,6	4,4
II. Nationale Einnahmen			
Verbrauchsteuern	63,4	63,8	63,6
Einfuhrumsatzsteuer	45,2	35,1	43,6
Insgesamt	112,6	102,5	111,6

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 2: Erhobene Verbrauchsteuern in Mrd. €

	2008	2009	2010
Energiesteuer	39,2	39,8	39,8
Stromsteuer	6,3	6,3	6,2
Tabaksteuer	13,6	13,4	13,5
Branntweinsteuer	2,1	2,1	2,0
Alkopopsteuer	0,003	0,002	0,002
Kaffeesteuer	1,0	1,0	1,0
Biersteuer ¹	0,8	0,7	0,7
Schaumweinsteuer	0,4	0,4	0,4
Zwischenerzeugnissteuer	0,03	0,03	0,03
Insgesamt	63,4	63,8	63,6

¹ Der Ertrag fließt den Ländern zu.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Das entspricht etwa der Hälfte der Steuereinnahmen des Bundes. Der größte Anteil an den Einnahmen entfiel dabei mit 63,6 Mrd. € auf die Verbrauchsteuern. Die aufkommensstärksten Verbrauchsteuern waren mit 39,8 Mrd. € die Energiesteuer und mit 13,5 Mrd. € die Tabaksteuer (siehe Tabelle 2). An Zöllen flossen 4,4 Mrd. € als Einnahmen an die Europäische Union (siehe Tabelle 1).

3 Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung

Zöllnerinnen und Zöllner des Arbeitsbereichs "Finanzkontrolle Schwarzarbeit" konnten

ihre Tätigkeit im vergangenen Jahr nochmals intensivieren. Sie kontrollierten über 510 000 Personen und annähernd 66 000 Arbeitgeber. Dabei deckten sie einen durch Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung verursachten Schaden von 711 Mio. € auf und leiteten 177 000 Ermittlungsverfahren wegen Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten ein. Abgeschlossene Verfahren führten zu Geldstrafen und Geldbußen von 44 Mio. €, die Gerichte verhängten Freiheitsstrafen von insgesamt 1981 Jahren. Hinter diesen Zahlen steht eine klare Botschaft: Schwarzarbeit ist kein Kavaliersdelikt. Der Zoll verfolgt und ahndet Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung weiterhin sehr konsequent und erfolgreich.

ZOLLBILANZ 2010

Tabelle 3: Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung

	2008	2009	2010
Personenbefragungen	481 996	472 542	510 425
Prüfung von Arbeitgebern	46 058	51 600	65 756
Eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen Straftaten	104 567	103 947	117 453
Abgeschlossene Ermittlungsverfahren wegen Straftaten	106 960	104 003	115 980
Summe der Geldstrafen aus Urteilen und Strafbefehlen (in Mio. €)	33,9	33,7	29,8
Summe der erwirkten Freiheitsstrafen (in Jahren)	1 556	1 813	1 981
Eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen Ordnungswidrigkeiten	56517	53 032	59 870
Abgeschlossene Ermittlungsverfahren wegen Ordungswidrigkeiten	63 274	61 531	70 146
Summe der festgesetzten Geldbußen, Verwarnungsgelder u. Verfall (in Mio. €)	56,7	55,3	44,0
Summe der vereinnahmten Geldbußen, Verwarnungsgelder u. Verfall (in Mio. €) ¹	14,2	15,2	14,2
Schadenssumme im Rahmen der straf- und bußgeldrechtlichen Ermittlungen (in Mio. €)	549,7	624,6	710,5
Steuerschäden aus Ermittlungsverfahren der Länderfinanzverwaltungen, die aufgrund von Prüfungs- und	39,1	37,8	42,4
Ermittlungserkenntnissen des Zolls veranlasst wurden (in Mio. €) ²			

¹ Bei diesen Einnahmen handelt es sich ausschließlich um die des Bundes. In welchem Umfang die Länder Einnahmen z.B. aus Bußgeldverfahren, die im Einspruchsverfahren an die Amtsgerichte abgegeben wurden, erzielt haben, ist dem BMF nicht bekannt.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 4: Herkunftsländer vom Zoll aufgegriffener Produktfälschungen in %

	2008	2009	2010
Thailand	17,4	19,6	47,3
China	28,6	28,8	26,3
Hongkong	8,2	15,7	9,1
USA	18,5	10,9	3,6
Türkei	4,5	5,1	2,5
Indien	5,2	6,0	2,3
V.A.E.	1,8	1,6	1,7
Sonstige	15,8	12,3	7,2

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

4 Bekämpfung der Markenund Produktpiraterie

Nach wie vor ist die Marken- und Produktpiraterie für die deutschen Unternehmen, aber auch für den Bürger eine ernste Bedrohung. Die DIHK geht davon aus, dass mindestens 70 000 Arbeitsplätze in Deutschland durch Marken- und
Produktpiraterie verlorengegangen sind. Die
OECD schätzt, dass weltweit jährlich gefälschte
Produkte im Wert von über 250 Mrd. USDollar gehandelt werden. Dabei geht es hier
nicht nur um gefälschte Luxusartikel. Der
Zoll stellte bereits Gegenstände des täglichen
Gebrauchs wie gefälschte Rauchmelder oder
Kfz-Bremsbeläge sicher, die gegenüber den

² Angaben der Länderfinanzverwaltungen, die der Zollverwaltung zur Verfügung gestellt wurden.

ZOLLBILANZ 2010

Tabelle 5: Wert beschlagnahmter gefälschter Waren nach Warenkategorien in Mio. €

Warenkategorie	Wert der aufgegriffenen Ware
Persönliches Zubehör	
Sonnenbrillen und andere Brillen	
Taschen, Handtaschen, Reisegepäck; Brieftaschen, Geldbeutel, Zigarettenetuis und andere in Taschen mitgeführte ähnliche Artikel	28,4
Uhren	
Schmuck und anderes Zubehör	
Kleidung und Zubehör	
Kleidung (Konfektionskleidung)	10.2
Bekleidungszubehör	18,3
Schuhe einschließlich Bestandteile und Zubehör	
Sportschuhe	16.1
Andere Schuhe	16,1
Sonstige	
Maschinen und Werkzeuge	
Fahrzeuge einschließlich Zubehör und Bauteile	
Bürobedarf	
Feuerzeuge	0.3
Etiketten, Anhänger, Aufkleber	8,2
Textile Waren	
Verpackungsmaterialien	
Andere Waren	
Elektrische/Elektronische Ausrüstung und Computerausrüstung	
Audio-/Videogeräte einschließlich technischen Zubehörs und Bauteilen	
Speicherkarten, USB- Speicher	
Druckerpatronen und Toner	8,0
Computerausrüstung (Hardware) einschließlich technischen Zubehörs und Bauteilen	
Andere Elektrogeräte einschließlich technischen Zubehörs und Bauteilen	
Spielzeug, Spiele (einschließlich elektronischer Spielekonsolen) und Sportgeräte	
Spielzeug	
Spiele einschließlich elektronischer Spielekonsolen	6,8
Sportgeräte einschließlich Freizeitartikel	
Mobiltelefone einschließlich technischen Zubehörs und Teilen	
Mobiltelefone	4.2
Bauteile und technisches Zubehör für Mobiltelefone	4,2
Tabakwaren	
Zigaretten	2.2
Andere Tabakerzeugnisse	2,3
Körperpflegeprodukte	
Parfum und Kosmetik	2.2
Andere Körperpflegeprodukte	2,2
Arzneimittel	0,9

ZOLLBILANZ 2010

noch Tabelle 5: Wert beschlagnahmter gefälschter Waren nach Warenkategorien in Mio. €

Warenkategorie	Wert der aufgegriffenen Waren
CDs, DVDs, Kassetten	
Bespielt Musik, Film, Software, Spielesoftware	0.4
Unbespielt	0,4
Gesamt	95,8

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Originalen bedenkliche Sicherheitsmängel aufwiesen. Hinzu kamen gefälschte Arzneimittel, die aus verständlichen Gründen im besonderen Fokus stehen. Viele dieser hauptsächlich über zweifelhafte Adressen im Internet vertriebenen Mittel sind ohne jede Überwachung hergestellt, nicht auf ihre Wirkungen getestet und können so erhebliche Gesundheitsschäden verursachen. Im vergangenen Jahr hat der Zoll gefälschte Waren im Wert von annähernd 96 Mio. € an den Grenzen gestoppt.

Einen Sonderfaktor stellte 2010 die Fußball-WM in Südafrika dar; über das Internet bestellte Fanartikel zogen einen Anstieg der Aufgriffsfälle im Postverkehr von über 170 % nach sich.
Knapp die Hälfte der dabei aufgegriffenen Sendungen kam aus Thailand. Da es sich zumeist um Kleinsendungen handelte, hatten diese im Verhältnis zur insgesamt sichergestellten Warenmenge nur eine untergeordnete Bedeutung. Hauptquelle der sichergestellten Waren war vielmehr mit einem Anteil von über 80 % erneut die Volksrepublik China beziehungsweise Hongkong.

Die Einfuhrkontrollen des Zolls bleiben weiterhin ein wirksames Mittel zum Schutz der deutschen und europäischen Wirtschaft sowie der Bürger vor Plagiaten. Im vergangenen Jahr hat der Zoll in enger Abstimmung mit den Herstellern in 23 713 Fällen verhindert, dass mehr als 2,4 Millionen gefälschte Waren in den Verkehr gebracht werden konnten.

5 Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität

Die Zollverwaltung stellte 2010 erneut große Mengen an Rauschgift sicher: 1,06 t Kokain, 0,22 t Heroin, 2,28 t Marihuana, 1,33 t Haschisch, 0,36 t Amphetamine und 21,49 t andere Rauschgifte. Die Zollverwaltung leistet damit auch weiterhin einen bedeutenden Beitrag zum Schutz der Gesellschaft vor den Gefahren des Rauschgiftmissbrauchs.

6 Bekämpfung des Zigarettenschmuggels

Im vergangenen Jahr verhinderte der Zoll, dass 157 Mio. Zigaretten auf den deutschen Schwarzmarkt gelangen konnten. Das waren rund 44% weniger als im Jahr 2009.

Dieser Rückgang ist das Resultat einer noch engeren Zusammenarbeit aller EU-Zollverwaltungen, die dazu führt, dass abseits von nationalen Egoismen Schmuggeltransporte erst in dem Mitgliedstaat gestoppt werden, in dem die Wahrscheinlichkeit am höchsten ist, kriminelle Strukturen aufzudecken und Drahtzieher dingfest zu machen. Diese in enger Zusammenarbeit aufgedeckte Schmuggelmenge geht dann in die jeweiligen nationalen Statistiken ein.

ZOLLBILANZ 2010

Tabelle 6: Sichergestellte Betäubungsmittel

	2008	2009	2010
		in kg	
Heroin	213	431	218
Opium	30	75	14
Kokain	776	1 383	1 060
Amphetamine	188	668	361
Haschisch	5 738	739	1 3 2 8
Marihuana	6 668	1 738	2 281
Sonstige Betäubungsmittel	25 352	20 141	21 494
		in Stück	
Amphetaminderivate	122940	349 010	230 685
LSD	5 644	9 813	154

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 7: Bekämpfung des Zigarettenschmuggels

	2008	2009	2010
	in Mio. Stück		
Sichergestellte Zigaretten	291	281	157

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Nicht selten handelt es sich bei den Schmuggelzigaretten um Produktfälschungen, die Gesundheitsrisiken in sich bergen. In minderwertigen gefälschten Zigaretten lassen sich regelmäßig Giftstoffe wie Blei, Cadmium oder Arsen finden. Zudem sind manche Zigaretten mit Kot und Milben verunreinigt. Deshalb kann der Zoll – abgesehen von der Steuerhinterziehung – vor dem Konsum von Schmuggelzigaretten nicht oft genug warnen.

7 Erhalt der Artenvielfalt

Noch immer bringen zu viele Reisende artgeschützte Souvenirs aus dem Urlaub mit. Die Sicherstellungszahlen des Zolls aus dem vergangenen Jahr bestätigen dies leider. Die Zollbeamten stellten hauptsächlich an den Flughäfen (siehe Tabelle 8) rund 93 000 Tiere oder Pflanzen geschützter Arten oder daraus hergestellte Waren (siehe Tabelle 9) sicher.

Tabelle 8: Transportmittel und Transportwege

	2008	2009	2010
	in % der Aufgriffe		
Flughafen	84,5	81,2	77,5
Post	8,5	13,9	17,0
Autobahn / Landstraße	6,5	3,8	4,5
Sonstige	0,5	1,1	1,0

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

ZOLLBILANZ 2010

Wie schwierig es ist, internationale
Vereinbarungen zu erreichen, die
Arten wirksam schützen, hat die
15. Vertragsstaatenkonferenz des
Washingtoner Artenschutzübereinkommens
im März 2010 in Doha, Katar gezeigt. Umso
bedeutender ist es, die bestehenden Regeln
zum Schutz von rund 6 000 bedrohten
Tier- und 30 000 Pflanzenarten bei der Einund Ausfuhr wirksam zu überwachen. Die
deutschen Zöllner waren im vergangenen Jahr
mit 1 365 Aufgriffen höchst erfolgreich (siehe
Tabelle 9).

8 Vollstreckung

Rund 2 000 Beschäftigte der Zollverwaltung treiben als Gerichtsvollzieher des Bundes säumige öffentlich-rechtliche Forderungen des Bundes und der Sozialbehörden bei. Die Zollverwaltung hat als Vollstreckungsbehörde für die öffentlichrechtlichen Forderungen des Bundes und der Sozialbehörden im vergangenen Jahr rund 4,1 Mio. Vollstreckungsfälle bearbeitet und dabei fast 1,2 Mrd. € beigetrieben (siehe Tabelle 10).

Tabelle 9: Aufgriffe und Sicherstellungen im Bereich des Artenschutzes

	2008	2009	2010
Aufgriffe	1 028	1 428	1 365
Sicherstellungen (Tiere, Pflanzen, Objekte)	67 353	162 969	93 010

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 10: Einnahmen durch den Vollstreckungsdienst

	2008	2009	2010
		in Mio. €	
Beigetriebene Beträge	1 047	1 024	1 183
davon für			
die Bundesagentur für Arbeit	109	106	107
sonstige Sozialbehörden	623	663	778
die Zollverwaltung und übrige Bereiche	315	255	298
	Anzahl in Tsd		
Vollstreckungsfälle	3 982	4 229	4 096
davon für			
die Bundesagentur für Arbeit	988	1 066	1 100
sonstige Sozialbehörden	2 837	3 017	2 862
die Zollverwaltung und übrige Bereiche	157	146	134

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 18. und 19. Februar 2011 in Paris

Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 18. und 19. Februar 2011 in Paris

1	Einleitung	68
	Lage der Weltwirtschaft	
	G20 Framework for Strong, Sustainable and Balanced Growth	
	Reform des internationalen Währungssystems	
	Rohstoffpreisentwicklung	
	Finanzmarktregulierung	
	Weitere Themen	
	Schlussfolgerungen	

- Zu den beiden Schwerpunktthemen der französischen Präsidentschaft, der Reform des internationalen Währungssystems sowie der Verbesserung der Aufsicht und Regulierung von Rohstoffmärkten, fand ein erster Meinungsaustausch statt.
- Im Rahmen des "G20 Framework for Strong, Sustainable, and Balanced Growth" wurden Indikatoren verabschiedet, die das Aufdecken exzessiver globaler Ungleichgewichte ermöglichen sollen.
- Die Finanzmarktreformen wurden weiter vorangetrieben.

1 Einleitung

Das Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 18. und 19. Februar in Paris war das erste unter französischer G20-Präsidentschaft in diesem Jahr. Für Deutschland nahmen Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble und Bundesbankpräsident Prof. Dr. Axel Weber teil. Zu den beiden Schwerpunktthemen der französischen Präsidentschaft, der Reform des internationalen Währungssystems sowie der Verbesserung der Aufsicht und Regulierung von Rohstoffmärkten, fand ein erster Meinungsaustausch statt. Konkret vorangetrieben wurde die Umsetzung des "G20 Framework for Strong, Sustainable, and Balanced Growth". Zur Aufdeckung exzessiver globaler Ungleichgewichte wurde ein Set von Indikatoren vereinbart, das beim nächsten Treffen im April durch Schwellenwerte ergänzt werden soll. Die G20 sicherte zu, die Diskussion

der Finanzmarktreformen fortzuführen und die Umsetzung bereits beschlossener Maßnahmen voranzutreiben.

2 Lage der Weltwirtschaft

Die weltwirtschaftliche Erholung setzt sich weiter fort. Der Internationale Währungsfonds (IWF) prognostiziert für 2011 ein globales Wachstum von 4,4% und für 2012 von 4,5%. Bei der Diskussion über die Lage der Weltwirtschaft bestand unter der G20 die Überzeugung, dass ungeachtet der aktuellen weltweiten Konjunkturerholung nach wie vor Wachsamkeit und internationale Koordinierung geboten sind. Dabei ist das Wachstumsbild aber noch heterogen. Die Schwellenländer zeichnen sich durch ein hohes Wachstum vor allem aufgrund starker Binnennachfrage aus. Einige Industrieländer wiesen zuletzt ein überraschend kräftiges Wachstum auf - getrieben vor allem durch

Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 18. und 19. Februar 2011 in Paris

die jüngsten expansiven fiskalpolitischen Maßnahmen, wie zum Beispiel in den USA. Der Euroraum verzeichnete eher eine moderate Dynamik. Es besteht weiterhin eine hohe Arbeitslosigkeit in vielen Ländern. Innerhalb der Industriestaaten steht Deutschland allerdings sehr gut da.

Diskutiert wurden auch die unverändert bestehenden Risiken: Probleme in der Euro-Peripherie, unzureichende Haushaltskonsolidierung in einigen Industrieländern, Überhitzungstendenzen in vielen Schwellenländern mit Inflationsdruck und Immobilienpreisblasen sowie steigende Rohstoffpreise. Entsprechend wurden als Herausforderungen identifiziert: Überwindung der Schuldenkrise im Euroraum, fiskalische Konsolidierung und Reformen im Finanzsektor in den Industrieländern – nicht zuletzt in den USA und Japan – sowie Eindämmung von Überhitzungstendenzen in wichtigen Schwellenländern.

Bundesfinanzminister Dr. Schäuble wies darauf hin, dass Deutschland weiter auf gutem Weg sei: Für das laufende Jahr rechne die Bundesregierung mit einem realen BIP-Wachstum von 2,3 %, nach 3,6 % im Jahr 2010. Auch die bereits gute Situation am Arbeitsmarkt werde sich weiter verbessern. Wichtig sei dabei, dass das Wachstum in Deutschland auf zunehmend breiter Basis stehe: Neben Impulsen vom Export trügen auch Investitionen und privater Konsum zunehmend zum Wachstum bei.

3 G20 Framework for Strong, Sustainable and Balanced Growth

Beim jüngsten G20-Gipfel im November 2010 wurde der "Seoul Action Plan" verabschiedet, der nationale und gemeinsame Maßnahmen der G20 für ein starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum enthält. Dazu zählt neben der Haushaltskonsolidierung auch der Abbau von übermäßigen und hartnäckigen globalen Ungleichgewichten.

Zur Identifizierung und zum Abbau dieser Ungleichgewichte sollen nach den Vereinbarungen von Seoul indikative Richtlinien entwickelt werden. Diese beinhalten nach allgemeinem Verständnis geeignete Indikatoren sowie jeweils zugehörige Schwellenwerte.

Die G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure haben sich in Paris jetzt zunächst auf ein Set von Indikatoren für diese Richtlinien verständigt. Dieses beinhaltet das Haushaltsdefizit und den öffentlichen Schuldenstand, die private Sparquote und den privaten Schuldenstand sowie die einzelnen Elemente der Leistungsbilanz.

Für Deutschland ist die Einigung, zu der Bundesfinanzminister Dr. Schäuble aktiv beigetragen hat, ein Erfolg. Denn noch beim Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure im koreanischen Gyeongju im Herbst vergangenen Jahres waren konkrete, quantitative Zielvorgaben einzig für den Leistungsbilanzsaldo im Gespräch. Diese hätten Deutschland wegen seines Leistungsbilanzüberschusses unter Druck gebracht, obwohl dieser Überschuss auf der hohen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen beruht und nicht durch Steigerung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten Dritter durch Manipulationen des Wechselkurses zustande kommt.

Die obengenannten Indikatoren sollen dagegen in einer Gesamtbetrachtung gewürdigt werden; hierfür hatte sich Deutschland im Vorfeld des Treffens intensiv eingesetzt. Diese Gesamtbetrachtung schließt quantitative Analysen zwar nicht aus, aber es werden eben keine spezifischen Zielgrößen für einzelne Indikatoren vorgegeben, die ein Land dann zu erreichen hätte. Vielmehr wird es darum gehen, dass in den relevanten Ländern wirtschaftspolitische Maßnahmen ergriffen werden, die zum Abbau der Ungleichgewichte führen.

Beim Treffen im April sollen die Richtlinien vervollständigt und verabschiedet werden,

Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 18. und 19. Februar 2011 in Paris

indem für jeden Indikator Schwellenwerte festgelegt werden, die eine Identifikation eines dauerhaften globalen Ungleichgewichts ermöglichen sollen. Auf deren Basis sowie mittels einer eingehenden Analyse mithilfe des IWF, die auch Verzerrungen in den Wirtschaftspolitiken der einzelnen Länder beinhaltet, lässt sich dann aufdecken, inwieweit Handlungsbedarf besteht.

Bundesfinanzminister Dr. Schäuble machte deutlich, dass die Bundesregierung den Framework-Prozess weiter durch eine entschlossene Haushaltskonsolidierung und Investitionen in Forschung, Bildung und Infrastruktur unterstützen wird.

4 Reform des internationalen Währungssystems

Die Reform des internationalen Währungssystems ist ein Schwerpunktthema der französischen G20-Präsidentschaft in diesem Jahr. Darauf wies auch Präsident Nicolas Sarkozy in seiner Eröffnungsrede bei dem Treffen hin. Die G20 hat die Auffassung, dass sich das Weltwährungssystem zwar widerstandsfähig gezeigt habe, Anfälligkeiten aber fortbestünden. Auf Spannungen, die in diesem System auftreten, müsse umfassend und möglichst präventiv reagiert werden. Diese Spannungen lägen vor allem in den stark volatilen internationalen Kapitalströmen, der hohen globalen Liquidität sowie in anhaltenden Verzerrungen der Wechselkurse einiger Währungen.

Angesichts dieser Entwicklungen hatten die Staats- und Regierungschefs bereits beim letzten G20-Gipfel in Seoul vereinbart, in diesem Jahr die Stärkung des internationalen Währungssystems auf die Tagesordnung zu setzen.

Deutschland unterstützt die französische G20-Präsidentschaft bei diesem Thema und hat gemeinsam mit Mexiko den Vorsitz einer entsprechenden Arbeitsgruppe "Reform of the International Monetary System" übernommen. Die konstituierende Sitzung fand am 17. Februar ebenfalls in Paris statt.
Beschlossen wurde, zwei Unterarbeitsgruppen zu gründen, die jetzt ihre Arbeit aufnehmen werden. Die eine wird sich mit dem internationalen Kapitalverkehr einschließlich der Verbesserung lokaler Anleihemärkte in Schwellen- und Entwicklungsländern und die andere mit dem internationalen Liquiditätsmanagement befassen.

Bis zum G20-Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Cannes Anfang November soll die Arbeitsgruppe Empfehlungen zu den genannten Themen entwickeln, die insgesamt zu einem stabileren und widerstandsfähigeren internationalen Währungssystem beitragen sollen.

Neben dem IWF werden die Weltbank in Zusammenarbeit mit den regionalen Entwicklungsbanken, das Financial Stability Board (FSB), die OECD und die UNCTAD die Arbeiten zu diesem Themenkomplex gemäß ihrer jeweiligen Expertise unterstützen.

5 Rohstoffpreisentwicklung

Einen zweiten Schwerpunkt seiner diesjährigen G20-Präsidentschaft legt Frankreich auf die aktuelle Rohstoffpreisentwicklung. Dazu fand beim Treffen in Paris eine erste Diskussion statt. Im Mittelpunkt standen Aspekte der Funktionsfähigkeit der Rohstoffmärkte und Maßnahmen zur Reduzierung übermäßiger Preisschwankungen.

Die aktuelle Preisentwicklung auf vielen Rohstoffmärkten zeigt, dass Frankreich hiermit ein wichtiges und aktuelles Thema aufgegriffen hat. Gerade die aktuelle Entwicklung der Nahrungsmittelpreise stellt eine große Herausforderung dar, vor allem für Entwicklungsländer. Die G20 riefen vor diesem Hintergrund erneut zu langfristigen Investitionen im Agrarsektor von Entwicklungsländern auf.

Analysen und Berichte

Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 18. und 19. Februar 2011 in Paris

Darüber hinaus wurde verabredet, die Anstrengungen der G20 zur Reduzierung der Ölpreisvolatilität auf Kohle und Gas auszudehnen. Hierbei soll vor allem die Transparenz der Märkte gesteigert werden.

Beim nächsten Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure im April soll vor allem die Regulierung und Beaufsichtigung der Rohstoffderivatemärkte diskutiert werden. Auch hier will die G20 insbesondere die Transparenz erhöhen und Marktmissbrauch verhindern. Bundesfinanzminister Dr. Schäuble unterstützt Frankreich in seinen Anliegen in diesem Bereich.

6 Finanzmarktregulierung

Die G20 wird ihre Reformagenda auch in diesem Jahr weiter vorantreiben. Dabei gilt es, die Folgen der Finanzmarktkrise aufzuarbeiten und zugleich die Risiken künftiger Krisen zu vermindern. Auf dieses Anliegen wies Bundesfinanzminister Dr. Schäuble erneut hin.

Der Vorsitzende des FSB, der italienische Notenbankpräsident Mario Draghi, gab in Paris einen Zwischenbericht zur Umsetzung der G20-Aufträge von Seoul. Wichtig sei insbesondere, die bereits begonnenen Projekte zu finalisieren.

Im Einzelnen lassen sich folgende Ergebnisse der Diskussion festhalten:

- Die G20 sicherten zu, Basel III vollständig und im geplanten Zeitrahmen umzusetzen. Auch die FSB-Empfehlungen zu OTC-Derivatemärkten und zur Verringerung der Verwendung externer Ratings sollen konsistent umgesetzt werden.
- Sie kamen überein, dass beim Gipfel in Cannes insbesondere die Festlegung der global systemisch bedeutenden Finanzinstitutionen und entsprechender Aufsichts- und Regulierungselemente erfolgen solle. Anschließend sollten auch

die weiteren systemisch bedeutenden Finanzinstitutionen erfasst werden.

- Fortgesetzt werden sollen die Arbeiten zur Verbesserung der makro-prudentiellen Aufsicht, zu besonderen Aspekten der Finanzmarktagenda für Schwellen- und Entwicklungsländer, zur Verbesserung der Marktintegrität sowie zur effektiveren Aufsicht und Regulierung, einschließlich regelmäßiger Stresstests.
- Bis Mitte 2011 soll das FSB Empfehlungen ausarbeiten, wie die Regulierung und Aufsicht des Schattenbankensystems (hierzu gehören z. B. Hedgefonds) ausgestaltet werden sollten.
- Alle Jurisdiktionen wurden aufgerufen, die FSB-Vergütungsstandards vollständig zu implementieren.
- Bei ihrem Treffen im Oktober wollen die G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure Vorschläge für gemeinsame Prinzipien zum Verbraucherschutz für Finanzprodukte diskutieren.
- Die G20-Finanzminister und

 Notenbankgouverneure wiederholten
 ihren Aufruf zur Verbesserung der
 Einhaltung internationaler Standards
 und zur Stärkung des Prozesses zur
 Identifikation nicht-kooperativer
 Jurisdiktionen.
- Beim Treffen im April sollen Vorschläge zur Verbesserung der Governance und Ressourcenausstattung des FSB diskutiert werden.

7 Weitere Themen

Im Anschluss an einen Beitrag von Weltbank-Präsident Robert Zoellick wurden aktuelle Entwicklungsfragen und die Umsetzung des "Seoul Development Consensus on Shared Growth" diskutiert.

Analysen und Berichte

Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 18. und 19. Februar 2011 in Paris

Frankreich setzt hierbei Schwerpunkte im Bereich Infrastrukturinvestitionen in Entwicklungsländern und Ernährungssicherheit.

Die Ergebnisse der Klimakonferenz im mexikanischen Cancun vom Dezember 2010 wurden begrüßt, und es wurde vereinbart, in der G20-Gruppe die Mobilisierung von Finanzierungsquellen für den "Green Climate Fund" zu diskutieren.

Das G20-Bekenntnis zu freiem Handel und Investitionen wurde erneuert.

Ägypten und Tunesien wurde Unterstützung der G20 bei ihren anstehenden Reformen zugesichert.

Die G20 werden ihre Beratungen am 15. April 2011 am Rande der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington D.C. fortsetzen. Ein weiteres Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure findet dann am 14./15. Oktober 2011 erneut in Paris statt. Die französische Präsidentschaft endet mit dem G20-Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 3. und 4. November in Cannes.

8 Schlussfolgerungen

Im Rahmen der Schwerpunktthemen seiner diesjährigen G20-Präsidentschaft, der Reform des internationalen Währungssystems sowie der Verbesserung der Aufsicht und Regulierung von Rohstoffmärkten, hat Frankreich aktuelle und drängende Fragen aufgeworfen. Um Antworten auf diese Fragen zu finden, ist die G20 das geeignete Forum. Der erste Meinungsaustausch hierzu war zumindest vielversprechend.

Gleichzeitig wurde erneut deutlich, dass bei einzelnen Themen wie dem Abbau der globalen Ungleichgewichte unterschiedliche Interessen aufeinandertreffen. Die weiterhin zu beobachtende Geschlossenheit bei den Finanzmarktreformen zeigt aber, dass die G20 auch angesichts neuer Herausforderungen und sich ändernder Rahmenbedingungen handlungs- und entscheidungsfähig sind.

Deutschland wird unter der französischen G20-Präsidentschaft weiter eine aktive Rolle spielen und bei Themen von besonderem Interesse wie der Reform des internationalen Währungssystems und der Verbesserung der Aufsicht und Regulierung von Rohstoffmärkten sowie bei der Fortführung der zentralen Finanzmarktreformen substantiell zur Diskussion beitragen.

Über	sichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	74
1	Kreditmarktmittel	74
2	Gewährleistungen	75
3	Bundeshaushalt 2009 bis 2014	75
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
	2009 bis 2014	76
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen	
	Ist 2010	
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2011	82
7	Öffentlicher Gesamthaushalt von 2004 bis 2010	84
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	86
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	88
10	Entwicklung der Staatsquote	89
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	91
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	93
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011	
Über	sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	100
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2010 im Vergleich zum Jahressoll 2010	100
Abb. 1	l Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2009/2010	100
2	Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Dezember 2010	101
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2010	
Kenn	zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	107
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	107
2	Preisentwicklung	108
3	Außenwirtschaft	119
4	Einkommensverteilung	110
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	111
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	112
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	113
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	114
Abb. 1	l Entwicklung von DAX und Dow Jones	115
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	116
10	Vorausschätzungen zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	117
11	Vorausschätzungen zu Haushaltssalden. Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	121

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:
	31. Dezember 2010			31. Januar 2010
		in M	lio.€	
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere ¹	38 000	1 000	0	39 000
Anleihen ²	635 986	7 000	23 250	619 736
Bundesobligationen	189 000	6 000	0	195 000
Bundesschatzbriefe ³	8 704	72	187	8 589
Bundesschatzanweisungen	131 000	6 000	0	137 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	85 810	9 9 4 5	10 952	84 803
Finanzierungsschätze ⁴	599	31	52	578
Tagesanleihe	1975	35	86	1 924
Schuldscheindarlehen	12 445	0	0	12 445
Medium Term Notes Treuhand	51	0	0	51
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	1 480	0	0	1 480
Kreditmarktmittel insgesamt	1 105 050			1 100 606

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:
	31. Dezember 2010			31. Januar 2010
		in N	⁄lio.€	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	234986			239 055
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	335 073			338 972
langfristig (mehr als 4 Jahre)	534991			522 579
Kreditmarktmittel insgesamt	1 105 050			1 100 606

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹5- und 10-jährige ILB.

 $^{^2}$ 10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und EURO-Gegenwert der USD-Anleihe.

³Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

 $^{^4}$ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungstatbestände	Belegung am 31. Dezember 2010	Belegung am 31. Dezember 2009
		in Mrd. €	
Ausfuhren	120,0	109,8	109,9
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, ElB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am ElF	40,0	34,9	30,3
Bilaterale FZ-Vorhaben	4,6	2,3	1,3
Ernährungsbevorratung	7,5	7,5	7,5
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	240,0	106,0	136,8
Internationale Finanzierungsinstitutionen	58,0	53,3	50,6
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	6,0	6,0	4,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	-
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	123,0	-	-

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2009 bis 2014 Gesamtübersicht

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Ist	Soll		Finanzplanung	
			Mr	d.€		
1. Ausgaben	292,3	303,7	305,8	301,0	301,5	301,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,5	3,9	+0,7	- 1,6	+0,2	- 0,1
2. Einnahmen ¹	257,7	259,3	257,0	260,6	269,6	276,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-4,7	0,6	- 0,9	+1,4	+3,5	+2,6
darunter:						
Steuereinnahmen	227,8	226,2	229,2	232,8	241,8	250,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-4,8	-0,7	+1,3	+1,6	+3,8	+3,5
3. Finanzierungssaldo	-34,5	-44,4	- 48,8	- 40,5	- 32,0	- 24,5
in % der Ausgaben	11,8	14,6	16,0	13,4	10,6	8,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme ² (-)	269,0	289,0	317,9	318,7	321,1	308,0
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	+ 6,4	- 5,0	- 3,7	- 0,7	+ 0,0	- 0,2
6. Tilgungen (+)	228,5	240,0	273,1	279,2	289,5	284,2
7. Nettokreditaufnahme	-34,1	-44,0	- 48,4	- 40,1	- 31,6	- 24,1
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	27,1	26,1	33,8	29,0	26,4	25,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+11,5	-3,8	+29,8	-10,2	-9,1	- 1,7
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	3,0	2,5	2,5	2,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Januar 2011.

¹ Gem. BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

 $^{^2\,} Nach\, Abzug\, der\, Finanzierung\, der\, Eigenbestandsveränderung.$

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2009 bis 2014

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Ausgabeart	Ist	Ist	Soll		Finanzplanung	
			in Mi	o. €		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	27 939	28 196	27 799	27 699	27 550	27 421
Aktivitätsbezüge	20977	21 117	20 749	20611	20 454	20313
Ziviler Bereich	9 2 6 9	9 443	9 2 4 8	9 2 5 6	9 267	9 289
Militärischer Bereich	11 708	11 674	11 501	11 355	11 187	11 024
Versorgung	6 962	7 079	7 050	7 088	7 096	7 108
Ziviler Bereich	2 462	2 459	2 443	2 445	2 431	2 407
Militärischer Bereich	4 500	4 620	4606	4 643	4 665	4 701
Laufender Sachaufwand	21 395	21 494	22 336	22 331	22 554	22 565
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 478	1 544	1 350	1 328	1311	1 313
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 281	10 442	10 429	10 305	10 497	10 453
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 635	9 508	10557	10 699	10746	10 798
Zinsausgaben	38 099	33 108	35 343	36 354	40 520	48 016
an andere Bereiche	38 099	33 108	35 343	36 354	40 520	48 016
Sonstige	38 099	33 108	35 343	36 354	40 520	48 016
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	38 054	33 058	35 302	36313	40 479	47 975
an Ausland	3	8	0	0	0	C
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	177 289	194 377	188 756	186 513	186 057	185 563
an Verwaltungen	14396	14114	15 094	14563	14800	14783
Länder	8 754	8 579	9354	8 729	8 972	8 982
Gemeinden	18	17	18	9	8	8
Sondervermögen	5 624	5 518	5 721	5824	5 8 1 9	5 793
Zweckverbände	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	162 892	180 263	173 662	171 950	171 257	170 780
Unternehmen	22 951	24212	25 056	24767	24919	25 732
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 699	29 665	28 159	27 889	26 350	23 828
an Sozialversicherung	105 130	120 831	114657	113 755	114 436	115 667
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 249	1 336	1 584	1 572	1 596	1 604
an Ausland	3 858	4216	4 2 0 5	3 966	3 954	3 948
an Sonstige	5	3	2	2	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	264 721	277 175	274 234	272 897	276 681	283 566
Ausgaben der Kapitalrechnung ^a						
Sachinvestitionen	8 504	7 660	7 499	7 505	7 366	7 307
Baumaßnahmen	6 8 3 0	6 242	6014	5 9 6 0	5 745	5 707
Erwerb von beweglichen Sachen	1 030	916	910	898	882	895
Grunderwerb	643	503	576	647	740	704

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2009 bis 2014

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Ausgabeart	Ist	Ist	Soll		Finanzplanung	
			in Mic	o. €		
Vermögensübertragungen	15 619	15 350	14 975	14 773	14 591	14 415
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	15 190	14944	14 581	14416	14 234	14 059
an Verwaltungen	5 852	5 209	5 092	4927	4786	4 640
Länder	5 8 0 4	5 142	5 0 3 1	4848	4 693	4547
Gemeinden und Gemeindeverbände	48	68	59	77	91	91
Sondervermögen	0	0	2	2	2	2
an andere Bereiche	9 338	9 735	9 489	9 489	9 449	9419
Sonstige - Inland	6 462	6 599	6 179	6410	6379	6376
Ausland	2 876	3 136	3 3 1 0	3 079	3 069	3 043
Sonstige Vermögensübertragungen	429	406	394	358	356	356
an andere Bereiche	429	406	394	358	356	356
Sonstige - Inland	148	137	157	138	136	136
Ausland	282	269	237	220	220	220
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 409	3 473	10 250	7 120	4 798	4 582
Darlehensgewährung	2 490	2 663	9 444	6 189	3 864	3 760
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1
Länder	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 490	2 662	9 443	6 188	3 863	3 760
Sozialversicherung	0	0	5 400	2 150	0	0
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	872	1 075	2 3 6 8	2 527	2 439	2 228
Ausland	1618	1 587	1 675	1 511	1 425	1 532
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	919	810	806	931	934	822
Inland	13	13	1	1	1	1
Ausland	905	797	805	931	933	822
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung ^a	27 532	26 483	32 724	29 399	26 755	26 305
^a Darunter: Investive Ausgaben	27 103	26 077	32 330	29 041	26 398	25 948
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	0	-1 158	-1 296	-1 936	-8 771
Ausgaben zusammen	292 253	303 658	305 800	301 000	301 500	301 100

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2010

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe		Reclining		in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	54 227	48 129	25 376	17 036	-	5 717
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	6 2 4 0	5 958	3 947	1 240	-	771
2	Auswärtige Angelegenheiten	8 695	3 851	491	156	-	3 205
3	Verteidigung	31 707	31 426	16 294	14128		1 005
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 486	3 118	2 041	916		161
5	Rechtsschutz	373	350	253	82	-	15
6	Finanzverwaltung	3 727	3 426	2 3 5 1	514	-	561
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	14 896	11 807	535	751	-	10 521
13	Hochschulen	2 689	1817	9	9	-	1 798
14	Förderung von Schülern, Studenten	2014	2014	-		-	2 014
15	Sonstiges Bildungswesen	547	472	10	69	-	394
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	8 940	6 991	516	668	-	5 807
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	705	512	1	4	-	507
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	163 431	162 517	231	350	-	161 936
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	110 596	110 596	60	-	-	110 536
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	6 873	6 873	-	-	-	6 873
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 722	2 446	-	38	-	2 408
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	41 540	41 429	44	249	-	41 136
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	192	192	-	-	-	192
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 509	982	127	63	-	792
3	Gesundheit und Sport	1 255	886	284	266	-	336
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	388	363	155	154	-	53
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	388	363	155	154	-	53
32	Sport	135	115	-	6	-	109
33	Umwelt- und Naturschutz	400	271	83	54	-	133
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	332	138	45	51	-	41
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 114	701	-	31	-	671
41	Wohnungswesen	1 356	678	-	7	-	671
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	12	-	-	-	-	-
44	Städtebauförderung	745	22	-	22	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 198	684	29	144	-	510
52	Verbesserung der Agrarstruktur	645	170	-	1	-	169
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	334	334	-	62	-	273
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	334	334	-	62	_	273
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	219	180	29	82		69

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, lst 2010

Funktion	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen in Mio. €	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
0	Allgemeine Dienste	933	2 578	2 587	6 098	6 072
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	279	2	-	282	282
2	Auswärtige Angelegenheiten	72	2 388	2384	4844	4843
3	Verteidigung	221	60	-	280	255
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	240	128	-	368	368
5	Rechtsschutz	22	1	-	23	23
6	Finanzverwaltung	99	0	203	301	301
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	237	2 841	11	3 089	3 089
13	Hochschulen	0	872	-	873	873
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	75	-	75	75
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	216	1 722	11	1 949	1 949
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	21	172	-	193	193
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	9	904	1	913	534
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	-	-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	274	1	276	2
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	106	-	111	5
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3	524	-	527	527
3	Gesundheit und Sport	211	158	-	370	370
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	18	8	-	26	26
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	18	8	-	26	26
32	Sport	-	20	-	20	20
33	Umwelt- und Naturschutz	7	123	-	130	130
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	186	9	-	195	195
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 411	2	1 413	1 413
41	Wohnungswesen	-	676	2	678	678
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	-	-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	12	-	12	12
44	Städtebauförderung	-	723	-	723	723
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	11	502	0	514	514
52	Verbesserung der Agrarstruktur		474	0	474	474
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	-	-	-	-	-
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	11	28	-	39	39

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2010

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe			ir	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 480	2 675	62	626	-	1 987
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	768	637	-	448	-	190
621	Kernenergie	238	164	-	-	-	164
622	Erneuerbare Energieformen	53	27	-	2	-	25
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	478	447	-	446	-	1
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 591	1 574	-	6	-	1 569
64	Handel	123	123	-	66	-	57
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	811	18	-	15	-	3
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 186	322	62	92	-	168
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 735	3 810	1 033	2 013	-	763
72	Straßen	7 677	1 078	-	998	-	81
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 853	917	511	340	-	67
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	335	4	-	-	-	4
75	Luftfahrt	181	180	43	18	-	119
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 690	1 630	480	658	-	492
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16 073	11 756	-	10	-	11 746
81	Wirtschaftsunternehmen	10 850	6 532	-	10	-	6 5 2 3
832	Eisenbahnen	4304	78	-	1	-	77
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6 5 4 6	6 455	-	9	-	6 446
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 223	5 223	-	-	-	5 223
873	Sondervermögen	5 223	5 223	-	-	-	5 2 2 3
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	34 249	34 210	644	269	33 108	190
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	228	189	-	-	-	189
92	Schulden	33 113	33 113	-	5	33 108	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	908	908	644	264	-	0
Summe al	ller Hauptfunktionen	303 658	277 175	28 196	21 494	33 108	194 377

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2010

		Sachin- vestitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter Investive Ausgaben
Funktion	0 0			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	114	832	859	1 805	1 805
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	74	57	-	131	131
621	Kernenergie	74	-	-	74	74
622	Erneuerbare Energieformen	-	26	-	26	26
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	31	-	31	31
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	16	-	16	16
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	39	755	-	793	793
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	4	859	864	864
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 145	1 780	-	7 926	7 926
72	Straßen	5 163	1 435	-	6 598	6 598
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	935	-	-	935	935
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	331	-	331	331
75	Luftfahrt	1	-	-	1	1
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	46	14	-	60	60
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	4 304	13	4 318	4 318
81	Wirtschaftsunternehmen	-	4304	13	4318	4318
832	Eisenbahnen	-	4226	-	4226	4 2 2 6
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	78	13	91	91
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	-	-	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
Summe a	ller Hauptfunktionen	7 660	15 350	3 473	26 483	26 077

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2011 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000
				Ist-Erg	jebnisse			
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,0	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche								
Vergleichsdaten Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5
5	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7
Veränderung gegenüber Vorjahr								
Anteil an den Bundesausgaben Anteil a. d. Personalausgaben des	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9
öffentl. Gesamthaushalts ³								
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1
Anteil am gesamten								
Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	0,0	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	0,0	55,8	50,4	55,3		51,2	62,0
nachrichtlich: Schuldenstand ³								
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1210,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2011 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

	Einheit	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Gegenstand der Nachweisung	Ellilleit	2005		st-Ergebnisse		2009	2010	Soll
I. Gesamtübersicht				<u> </u>				
Ausgaben	Mrd.€	259,8	261,0	270,4	282,3	292,3	303,7	305,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	0,7
Einnahmen	Mrd.€	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	257,0
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,8	1,9	9,8	5,8	- 4,7	0,6	- 0,9
Finanzierungssaldo	Mrd.€	-31,4	-28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 48,8
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 48,4
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,2	- 0,3	-0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,4
Rücklagenbewegung	Mrd.€					_		
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€							
	Wird.e				-		-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten								
Personalausgaben	Mrd.€	26,4	26,1	26,0	27,0	27,9	28,2	27,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,4	- 1,0	- 0,3	3,7	3,4	0,9	- 1,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,1	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9,
Anteil a. d. Personalausgaben des	0/	15.2	147	140	15.1	144	142	
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	15,3	14,7	14,8	15,1	14,4	14,2	
Zinsausgaben	Mrd.€	37,4	37,5	38,7	40,2	38,1	33,1	35,3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,0	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 13,1	6,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,4	14,3	14,2	13,0	10,9	11,6
Anteil an den Zinsausgaben des	%	58,3	57,9	58,6	60,9	60,8	56,5	
öffentl. Gesamthaushalts ³	Mrd.€	23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	26,1	32,3
Investive Ausgaben								
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	6,2	-4,4	15,4	-7,2	11,5	-3,8	24,0
Anteil an den Bundesausgaben Anteil a. d. investiven Ausgaben des	%	9,1	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	10,6
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,2	33,7	39,9	37,0	25,7	29,7	
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	226,2	229,2
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,7	7,2	12,8	4,0	- 4,8	-0,7	1,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	73,2	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	74,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	83,2	87,6	90,0	88,4	88,4	87,2	89,2
Anteil am gesamten								
Steueraufkommen ³	%	42,1	41,7	42,8	42,6	43,5	43,0	
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	-34,1	- 44,0	- 48,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,0	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	15,8
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	131,3	122,8	54,7	47,4	126,0	168,8	149,7
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des	%	58,6	60,2	103,7	60,5	39,0	61,0	
öffentl. Gesamthaushalts ³ nachrichtlich: Schuldenstand ³								
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1 489,9	1 545,4	1 552,4	1 577,9	1694 1/2		
darunter: Bund	Mrd.€	903,3	950,3	957,3	985,7	1054		

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 Gesamtdeutschland.

³ Stand Finanzplanungsrat Dezember 2010; 2010 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschl. Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2004 bis 2010

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
				in Mrd.€			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	614,7	627,0	638,2	649,2	675,0	727,1	734 1/2
Einnahmen	549,2	574,5	597,7	648,5	667,7	634,8	645 1/2
Finanzierungssaldo	-65,5	-52,5	-40,5	-0,6	-7,3	-92,2	-89
darunter:							
Bund ²							
Ausgaben	251,6	259,9	261,0	270,5	282,3	292,3	303,7
Einnahmen	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3
Finanzierungssaldo	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3
Länder ³							
Ausgaben	257,1	260,0	260,0	265,5	275,1	286,7	287
Einnahmen	233,5	237,2	250,1	273,1	274,9	259,5	263
Finanzierungssaldo	-23,5	-22,7	-10,1	7,6	-0,2	-27,2	-23 1/2
Gemeinden ⁴							
Ausgaben	150,1	153,2	157,4	161,5	168,0	177,2	182
Einnahmen	146,2	150,9	160,1	169,7	176,4	170,0	170 1/2
Finanzierungssaldo	-3,9	-2,2	2,8	8,2	8,4	-7,2	-11
			Veränderu	ngen gegenüb	er Vorjahrin%		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	-0,9	2,0	1,8	1,7	4,0	7,7	1
Einnahmen	-0,6	4,6	4,0	8,5	3,0	-4,9	1 1/2
darunter:							
Bund							
Ausgaben	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9
Einnahmen	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8	-4,7	0,6
Länder							
Ausgaben	-1,0	1,1	0,0	2,1	3,6	4,2	0
Einnahmen	1,9	1,6	5,4	9,2	0,7	-5,6	1 1/2
Gemeinden							
Ausgaben	0,1	2,0	2,8	2,6	4,0	5,4	2 1/2
Einnahmen	3,3	3,3	6,0	6,0	3,9	-3,6	1/2

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2004 bis 2010

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
				Anteile in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-3,0	-2,3	-1,7	-0,0	-0,3	-3,8	-3 1/2
darunter:							
Bund	-1,8	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5	-1,4	-1,8
Länder	-1,1	-1,0	-0,4	0,3	-0,0	-1,1	-1
Gemeinden	-0,2	-0,1	0,1	0,3	0,3	-0,3	- 1/2
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-10,7	-8,4	-6,4	-0,1	-1,1	-12,7	-12
darunter:							
Bund	-15,8	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8	-14,6
Länder	-9,1	-8,7	-3,9	2,9	-0,1	-9,5	-8 1/2
Gemeinden	-2,6	-1,5	1,8	5,1	5,0	-4,0	-6
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	27,8	28,0	27,4	26,7	27,2	30,3	29 1/2
darunter:							
Bund	11,4	11,6	11,2	11,1	11,4	12,2	12,2
Länder	11,6	11,6	11,2	10,9	11,1	12,0	11 1/2
Gemeinden	6,8	6,8	6,8	6,6	6,8	7,4	7 1/2

¹ Bund, Länder, Gemeinden und ihre Extrahaushalte. Der ÖGH ist um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnet sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: Februar 2011.

² Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.

 $^{^3\,\}text{Kernhaushalte}; bis\,2007\,\text{Rechnungsergebnisse}; 2008\,\text{und}\,2009; Kassenergebnisse}; 2010; Sch\"{a}tzung.$

⁴ Kernhaushalte; bis 2008 Rechnungsergebnisse; 2009: Kassenergebnis; 2010: Schätzung.

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen		
	: -		dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	esrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	. Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublil	Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen							
	insgesamt	davon								
	ilisgesailit	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern					
Jahr		in Mrd. €		in%						
		Bundesrepubli	k Deutschland							
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9					
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0					
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1					
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5					
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2					
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6					
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5					
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4					
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3					
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6					
2010 ²	525,5	251,9	273,6	47,9	52,1					
2011 ²	537,3	260,1	277,3	48,4	51,6					
2012 ²	563,2	281,1	282,1	49,9	50,1					

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: November 2010.

² Steuerschätzung vom 2. bis 4. November 2010.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volk Gesamtrech		Abgrenzung der F	inanzstatistik ³
Jahr	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
		in Relation zui	m BIP in %	
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,0	34,8	22,4	33,5
1975	22,8	38,1	23,1	37,9
1976	23,7	39,5	23,4	38,9
1977	24,6	40,4	24,5	39,8
1978	24,2	39,9	24,4	39,4
1979	23,9	39,6	24,3	39,3
1980	23,8	39,6	24,3	39,7
1981	22,8	39,1	23,7	39,5
1982	22,5	39,1	23,3	39,4
1983	22,5	38,7	23,2	39,0
1984	22,6	38,9	23,2	38,9
1985	22,8	39,1	23,4	39,2
1986	22,3	38,6	22,9	38,7
1987	22,5	39,0	22,9	38,8
1988	22,2	38,6	22,7	38,5
1989	22,7	38,8	23,4	39,0
1990	21,6	37,3	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002	22,3	40,5	20,6	37,8
2003	22,3	40,6	20,4	37,7
2004	21,8	39,7	20,1	37,0
2005	22,0	39,7	20,2	36,8
2006	22,8	40,0	21,0	37,9
2007	23,7	40,1	22,1	37,5
2008	23,8	40,2	22,6	38,0
2009	23,5	40,6	21,9	37,9
2010	22,7	39,6	21,1	36,9

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2009 vorläufiges Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: August 2010. 2010: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2011.

³ Bis 2007 Rechnungsergebnisse. 2008 und 2009 Kassenergebnisse. 2010 Schätzung; Stand: Februar 2011.

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

		Ausgaben des Staates	
labr	incoccamt	darunte	er
Jahr	insgesamt	Gebietskörperschaften³	Sozialversicherung ³
		in Relation zum BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1976	48,3	30,5	17,8
1977	47,9	30,1	17,8
1978	47,0	29,4	17,6
1979	46,5	29,3	17,2
1980	46,9	29,6	17,3
1981	47,5	29,7	17,9
1982	47,5	29,4	18,1
1983	46,5	28,8	17,7
1984	45,8	28,2	17,6
1985	45,2	27,8	17,4
1986	44,5	27,4	17,1
1987	45,0	27,6	17,4
1988	44,6	27,0	17,6
1989	43,1	26,4	16,7
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,3	28,2	18,0
1992	47,2	28,0	19,2
1993	48,2	28,3	19,9
1994	47,9	27,8	20,0
1995	48,1	27,6	20,6
1996	49,3	27,9	21,4
1997	48,4	27,1	21,2
1998	48,0	27,0	21,1
1999	48,1	26,9	21,1

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote 1,2

		Ausgaben des Staates					
	incocamt	darunter					
	insgesamt	Gebietskörperschaften³	Soziaversicherungen ³				
Jahr		in Relation zum BIP in %					
2000	47,6	26,5	21,1				
2000 ⁴	45,1	24,0	21,1				
2001	47,6	26,3	21,3				
2002	48,1	26,4	21,7				
2003	48,5	26,5	22,0				
2004	47,1	25,9	21,2				
2005	46,8	26,1	20,8				
2006	45,3	25,4	19,9				
2007	43,6	24,5	19,1				
2008	43,8	24,7	19,0				
2009	47,5	26,6	20,9				
2010 ⁴	46,6	26,2	20,4				

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).
2006 bis 2009 vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: August 2010.
2010: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2011.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamt-rechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
				Schulden	(Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 882	1 694 368	1 998 81
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 750	1 053 814	1 284 12
Kernhaushalte	767 697	812 082	887915	919 304	940 187	959 918	991 283	1 034 71
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734	969 21
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 549	1197
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	31 034	17082	25 832	62 530	249 40
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	59 533	246 60
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998	2 80
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 745	595 31
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 346	595 31
Kreditmarktmittel iwS	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009	577 43
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 180	2 3 3 7	1787
Extrahaushalte	-	-	-	996	1 124	1 350	21 399	
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	986	1 124	1 325	20 827	
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	571	
Gemeinden	107 531	111796	115 232	112 243	110 627	108 864	113 810	11938
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	111 039	11938
Kreditmarktmittel iwS	84069	84257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 386	79 24
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 653	40 13
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 771	
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 560	2 626	2724	
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	48	
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	531 197	560 418	586 571	595 026	595 102	592 132	640 555	71469
Maastricht-Schuldenstand	1384000	1 454 000	1 524 000	1 572 000	1 579 000	1 644 000	1 761 000	
nachrichtlich:								
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	59 533	246 60
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-	-	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100		0	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	15 500	15 500	15 500	15 500	1450
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998	2 80
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 540	28 55
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	7 493	13 99
FMS Wertmanagement	_	_	_	_	_	_	_	189 55

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
			,	Anteil an den S	schulden (in %)			
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2	64,2
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5	51,8
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6	3,7	12,5
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6 31,1		29,8
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7	6,0
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8	35,8
			Ar	nteil der Schuld	den am BIP (in	%)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	62,7	64,7	66,4	66,4	63,8	63,6	70,7	80,0
Bund	38,2	39,3	40,3	40,8	39,4	39,7	44,0	51,4
Kernhaushalte	35,5	36,7	39,6	39,5	38,7	38,7	41,4	41,4
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	2,6	10,0
Länder	19,6	20,3	21,0	20,8	19,9	19,5	22,0	23,8
Gemeinden	5,0	5,1	5,1	4,8	4,5	4,4	4,7	4,8
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	24,5	25,3	26,2	25,6	24,5	23,9	26,7	28,0
Maastricht-Schuldenstand	63,9	65,8	68,0	67,6	64,9	66,3	73,4	82 1/2
				Schulden in	sgesamt (€)			
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698	24 450
nachrichtlich:								
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 163,8	2 210,9	2 242,2	2 326,5	2 432,4	2 481,2	2 397,1	2 498,
Einwohner 30.06.	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862	81 750 71

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzui	ng der Volkswirtsch	aftlichen Gesam	ntrechungen²		Abgrenzung de	er Finanzstatisti
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher G	esamthaushalt
		in Mrd. €		iı	n Relation zum BIP i	n%	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9		
965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
976	-20,4	-20,1	-0,3	-3,4	-3,4	-0,1	-24,6	-4,1
977	-15,9	-13,1	-2,8	-2,5	-2,1	-0,4	-15,9	-2,5
978	-17,5	-15,8	-1,7	-2,6	-2,3	-0,3	-20,3	-3,0
979	-19,6	-19,0	-0,6	-2,7	-2,6	-0,1	-23,8	-3,2
980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7
982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2
983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1
984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5
985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1
987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5
988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4
989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2
990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
991	-43,8	-54,7	10,9	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
992	-40,7	-39,1	-1,6	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,6
993	-50,9	-53,9	3,0	-3,0	-3,2	0,2	-70,5	-4,2
994	-40,9	-42,9	2,0	-2,3	-2,4	0,1	-59,5	-3,3
995	-59,1	-51,4	-7,7	-3,2	-2,8	-0,4	-55,9	-3,0
996	-62,5	-56,1	-6,4	-3,3	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
997	-50,6	-52,1	1,5	-2,6	-2,7	0,1	-48,1	-2,5
998	-42,7	-45,7	3,0	-2,2	-2,3	0,2	-28,8	-1,5
999	-29,3	-34,6	5,3	-1,5	-1,7	0,3	-26,9	-1,3
2000	-23,7	-24,3	0,6	-1,2	-1,2	0,0	-34,0	-1,6
2000 ⁴	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	-	-
2001	-59,6	-55,8	-3,8	-2,8	-2,6	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-78,3	-71,5	-6,8	-3,7	-3,3	-0,3	-57,0	-2,7
2003	-87,2	-79,5	-7,7	-4,0	-3,7	-0,4	-67,9	-3,1
2004	-83,5	-82,3	-1,2	-3,8	-3,7	-0,1	-65,5	-3,0
2005	-74,1	-70,2	-3,9	-3,3	-3,1	-0,2	-52,5	-2,3
2006	-37,1	-42,2	5,1	-1,6	-1,8	0,2	-40,5	-1,7
2007	6,3	-4,6	10,9	0,3	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	2,8	-6,0	8,9	0,3	-0,2	0,4	-7,3	-0,3
2009	-72,7	-59,3	-13,3	-3,0	-2,5	-0,6	-92,2	-3,8
20104	-82,0	-85,0	3,0	-3,3	-3,4	0,1	-89	-3 1/2

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2009 vorläufiges Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: August 2010. 2010: Vorläufiges Jahresergebnis; Stand: Februar 2011.

³ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser. 2008 und 2009 Kassenergebnisse. 2010 Schätzung; Stand: Februar 20114.

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land						in%de	es BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-3,2	-1,2	-3,3	0,3	0,1	-3,0	-3,7	-2,7	-1,8
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,8	-0,3	-1,3	-6,0	-4,8	-4,6	-4,7
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	2,5	-2,8	-1,7	-1,0	-1,9	-2,7
Griechenland	-	-	-14,0	-9,1	-3,7	-5,2	-6,4	-9,4	-15,4	-9,6	-7,4	-7,6
Spanien	-	-	-	-6,5	-1,1	1,0	1,9	-4,2	-11,1	-9,3	-6,4	-5,5
Frankreich	-0,1	-3,0	-2,4	-5,5	-1,5	-2,9	-2,7	-3,3	-7,5	-7,7	-6,3	-5,8
Irland	-	-10,7	-2,8	-2,1	4,7	1,6	0,0	-7,3	-14,4	-32,3	-10,3	-9,1
Italien	-7,0	-12,4	-11,4	-7,4	-2,0	-4,3	-1,5	-2,7	-5,3	-5,0	-4,3	-3,5
Zypern	-	-	-	-0,8	-2,3	-2,4	3,4	0,9	-6,0	-5,9	-5,7	-5,7
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	3,7	3,0	-0,7	-1,8	-1,3	-1,2
Malta	-	-	-	-4,2	-6,2	-3,0	-2,3	-4,8	-3,8	-4,2	-3,0	-3,3
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-0,3	0,2	0,6	-5,4	-5,8	-3,9	-2,8
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-1,7	-0,4	-0,5	-3,5	-4,3	-3,6	-3,3
Portugal	-6,9	-8,4	-6,1	-5,0	-3,2	-5,9	-2,8	-2,9	-9,3	-7,3	-4,9	-5,1
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-1,8	-2,1	-7,9	-8,2	-5,3	-5,0
Slowenien	-	-	-	-8,4	-3,7	-1,4	0,0	-1,8	-5,8	-5,8	-5,3	-4,7
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,8	2,7	5,2	4,2	-2,5	-3,1	-1,6	-1,2
Euroraum	-	-	-	-5,0	-1,1	-2,5	-0,6	-2,0	-6,3	-6,3	-4,6	-3,9
Bulgarien	-	-	-	-7,4	-0,5	1,0	1,1	1,7	-4,7	-3,8	-2,9	-1,8
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	4,8	3,2	-2,7	-5,1	-4,3	-3,5
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-0,3	-4,2	-10,2	-7,7	-7,9	-7,3
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-1,0	-3,3	-9,2	-8,4	-7,0	-6,9
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-1,9	-3,7	-7,2	-7,9	-6,6	-6,0
Rumänien	-	-	-	-2,1	-4,7	-1,2	-2,6	-5,7	-8,6	-7,3	-4,9	-3,5
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	3,6	2,2	-0,9	-0,9	-0,1	1,0
Tschechien	-	-	-	-13,4	-3,7	-3,6	-0,7	-2,7	-5,8	-5,2	-4,6	-4,2
Ungarn	-	-	-	-8,7	-3,0	-7,9	-5,0	-3,7	-4,4	-3,8	-4,7	-6,2
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-2,7	-5,0	-11,4	-10,5	-8,6	-6,4
EU	-	-	-	-5,1	-0,4	-2,5	-0,9	-2,3	-6,8	-6,8	-5,1	-4,2
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,6	-6,7	-2,4	-2,1	-6,3	-6,5	-6,4	-6,3
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-2,8	-6,2	-11,2	-11,3	-8,9	-7,9

¹Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Ouellen:

Für die Jahre 1980 bis 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2010. Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2010.

Stand: November 2010.

 $^{^2 \}mbox{Alle}$ Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in% des BIP												
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012	
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	68,0	64,9	66,3	73,4	75,7	75,9	75,2	
Belgien	74,1	115,2	125,7	130,4	107,9	92,1	84,2	89,6	96,2	98,6	100,5	102,1	
Estland	-	-	-	9,0	5,1	4,6	3,7	4,6	7,2	8,0	9,5	11,7	
Griechenland	22,3	47,9	71,0	97,0	103,4	100,3	105,0	110,3	126,8	140,2	150,2	156,0	
Spanien	16,8	42,3	43,6	63,3	59,3	43,0	36,1	39,8	53,2	64,4	69,7	73,0	
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,5	57,3	66,4	63,8	67,5	78,1	83,0	86,8	89,8	
Irland	69,0	100,6	93,1	82,1	37,8	27,4	25,0	44,3	65,5	97,4	107,0	114,3	
Italien	56,9	80,5	94,7	121,5	109,2	105,8	103,6	106,3	116,0	118,9	120,2	119,9	
Zypern	-	-	-	40,6	48,7	69,1	58,3	48,3	58,0	62,2	65,2	68,4	
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	6,7	13,6	14,5	18,2	19,6	20,9	
Malta	-	-	-	35,3	55,9	69,9	61,7	63,1	68,6	70,4	70,8	70,9	
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	45,3	58,2	60,8	64,8	66,6	67,3	
Österreich	35,3	48,0	56,1	68,3	66,5	63,9	59,3	62,5	67,5	70,4	72,0	73,3	
Portugal	29,6	56,5	53,3	59,2	48,7	61,7	62,7	65,3	76,1	82,8	88,8	92,4	
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	29,6	27,8	35,4	42,1	45,1	47,4	
Slowenien	-	-	-	-	-	27,0	23,4	22,5	35,4	40,7	44,8	47,6	
Finnland	11,3	16,0	14,1	56,6	43,8	41,7	35,2	34,1	43,8	49,0	51,1	53,0	
Euroraum	33,5	50,3	56,6	72,5	69,4	70,0	66,0	69,7	79,1	84,1	86,5	87,8	
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	17,2	13,7	14,7	18,2	20,2	20,8	
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	27,3	34,1	41,5	44,9	47,5	49,2	
Lettland	-	-	-	15,1	12,3	12,4	9,0	19,7	36,7	45,7	51,9	56,6	
Litauen	-	-	-	11,5	23,7	18,4	16,9	15,6	29,5	37,4	42,8	48,3	
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	45,0	47,1	50,9	55,5	57,2	59,6	
Rumänien	-	-	-	7,0	22,5	15,8	12,6	13,4	23,9	30,4	33,4	34,1	
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,2	53,2	50,2	40,0	38,2	41,9	39,9	38,9	37,5	
Tschechien	-	-	-	14,6	18,5	29,7	29,0	30,0	35,3	40,0	43,1	45,2	
Ungarn	-	-	-	85,4	54,9	61,8	66,1	72,3	78,4	78,5	80,1	81,6	
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	51,2	41,0	42,5	44,5	52,1	68,2	77,8	83,5	86,6	
EU	-	-	-	69,7	63,1	62,7	58,8	61,8	74,0	79,1	81,8	83,3	
Japan	51,5	67,7	68,0	92,4	142,1	191,6	187,7	194,7	188,9	192,3	195,9	199,0	
USA	42,4	56,1	64,3	71,6	55,1	61,9	62,4	71,5	84,7	92.2	98,4	102,1	

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2010; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2010.

Stand: November 2010.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

l a a d					Ste	uern in % des	BIP				
Land	1965	1975	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland ^{2,3}	23,1	22,6	22,9	21,8	22,7	22,7	20,9	21,8	22,8	23,1	22,6
Belgien	21,3	27,6	30,3	28,0	29,2	30,9	30,9	30,8	30,2	30,2	28,8
Dänemark	28,8	38,2	44,8	45,6	47,7	47,6	49,7	48,6	48,0	47,2	47,2
Finnland	28,3	29,1	31,1	32,5	31,6	35,3	31,9	31,6	31,1	31,0	30,3
Frankreich	22,4	21,0	24,3	23,5	24,5	28,4	27,7	27,7	27,4	27,1	25,5
Griechenland	12,2	13,7	16,4	18,3	19,5	23,6	20,5	20,5	20,6	20,3	19,4
Irland	23,3	24,8	29,5	28,2	27,8	27,1	25,8	27,2	26,2	23,7	22,3
Italien	16,8	13,7	22,0	25,4	27,5	30,2	28,3	29,8	30,4	29,8	29,7
Japan	14,2	14,8	18,9	21,3	17,8	17,5	17,3	17,7	18,0	17,3	
Kanada	24,3	28,8	28,1	31,5	30,6	30,8	28,4	28,4	28,2	27,6	26,1
Luxemburg	18,8	23,1	29,0	26,0	27,3	29,1	27,1	25,8	25,8	25,5	26,2
Niederlande	22,7	25,1	23,7	26,9	24,1	24,2	25,4	25,1	25,3	24,6	
Norwegen	26,1	29,5	33,8	30,2	31,3	33,7	34,6	35,2	34,7	33,7	31,2
Österreich	25,4	26,5	27,8	26,6	26,5	28,5	27,8	27,4	27,9	28,4	27,9
Polen	-	-	-	-	25,2	19,8	20,7	21,8	22,8	22,9	
Portugal	12,4	12,5	18,1	19,6	21,5	22,9	22,7	23,4	23,9	23,7	
Schweden	29,3	33,3	35,6	38,0	34,4	37,9	35,8	36,0	35,0	34,8	35,1
Schweiz	14,9	18,6	19,7	19,7	20,2	22,7	22,2	22,5	22,2	22,4	23,2
Slowakei	-	-	-	-	-	20,0	18,8	17,7	17,7	17,4	16,7
Spanien	10,5	9,7	16,3	21,0	20,5	22,2	23,7	24,6	25,2	21,1	18,6
Tschechien	-	-	-	-	22,0	19,7	21,5	20,8	21,1	20,0	19,5
Ungarn	-	-	-	-	26,6	27,2	25,7	25,2	26,7	27,1	26,8
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	29,5	28,0	30,2	29,0	29,8	29,5	28,9	27,5
USA	21,4	20,3	19,1	20,5	20,9	22,6	20,5	21,3	21,4	19,5	17,5

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2009, Paris 2010.

Stand: Dezember 2010.

 $^{^2} Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ der \ deutschen \ Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgaben quoten im internationalen Vergleich¹

Land				Steuern	und Sozialat	ogaben in % de	es BIP			
Lanu	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland ^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,2	37,2	34,8	35,4	36,0	37,0	37,0
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,7	44,6	44,3	43,8	44,2	43,2
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	50,8	49,6	49,0	48,2	48,2
Finnland	31,6	35,8	43,7	45,7	47,2	43,9	43,8	43,0	43,1	43,1
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	43,9	44,0	43,5	43,2	41,9
Griechenland	20,0	21,6	26,2	28,9	34,0	31,8	31,7	32,3	32,6	29,4
Irland	28,5	31,0	33,1	32,5	31,3	30,4	31,8	30,9	28,8	27,8
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,2	40,8	42,3	43,4	43,3	43,5
Japan	19,6	25,1	29,0	26,8	27,0	27,4	28,0	28,3	28,1	
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,4	33,3	33,0	32,3	31,1
Luxemburg	23,5	35,6	35,7	37,1	39,1	37,6	35,6	35,7	35,5	37,5
Niederlande	35,6	42,9	42,9	41,5	39,6	38,4	39,1	38,7	39,1	
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	43,5	44,0	43,8	42,6	41,0
Österreich	33,8	38,9	39,7	41,4	43,2	42,4	41,9	42,1	42,7	42,8
Polen	-	-	-	36,2	32,8	33,0	34,0	34,8	34,3	
Portugal	17,8	22,2	26,9	32,1	32,8	33,7	34,4	35,2	35,2	
Schweden	37,9	46,5	52,2	47,5	51,4	48,9	48,3	47,4	46,3	46,4
Schweiz	19,3	24,7	25,8	27,7	30,0	29,2	29,3	28,9	29,1	30,3
Slowakei	-	-	-	-	34,1	31,5	29,4	29,4	29,3	29,3
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	35,7	36,6	37,3	33,3	30,7
Tschechien	-	-	-	37,5	35,3	37,5	37,0	37,3	36,0	34,8
Ungarn	-	-	-	41,3	38,5	37,4	37,2	39,7	40,2	39,1
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	34,0	36,4	35,7	36,5	36,2	35,7	34,3
USA	27,0	26,4	27,4	27,9	29,5	27,1	27,9	27,9	26,1	24,0

 $^{^{1}}$ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2009, Paris 2010.

Stand: Dezember 2010.

 $^{^2 \,} Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

					Gesamtau	sgaben des	s Staates in :	% des BIP				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland ¹	45,2	43,6	48,3	45,1	46,8	45,3	43,5	43,8	47,5	46,7	45,6	44,5
Belgien	58,5	52,3	52,2	49,1	52,1	48,6	48,4	50,1	54,1	53,1	52,9	53,0
Estland	-	-	41,3	36,1	33,6	33,6	34,4	39,9	45,1	42,5	42,0	41,4
Finnland	46,5	48,2	61,4	48,3	50,0	48,9	47,2	49,3	55,8	55,8	54,9	55,0
Frankreich	51,8	49,5	54,4	51,6	53,3	52,7	52,3	52,8	56,0	56,5	56,1	55,8
Griechenland	-	44,8	45,7	46,6	43,8	44,9	46,2	49,1	53,2	49,8	49,3	49,2
Irland	53,2	42,8	41,1	31,3	34,0	34,5	36,8	42,7	48,9	67,5	45,2	43,8
Italien	49,8	52,9	52,5	46,1	48,1	48,7	47,9	48,9	51,9	51,0	50,0	49,4
Luxemburg	-	37,7	39,7	37,6	41,5	38,6	36,2	36,9	42,2	42,9	42,7	42,7
Malta	-	-	39,7	41,0	44,8	43,8	42,4	44,8	43,9	44,6	44,1	44,3
Niederlande	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,5	45,2	46,0	51,4	51,7	50,7	49,5
Österreich	53,5	51,5	56,2	52,0	50,1	49,3	48,3	48,7	52,3	52,7	52,3	52,1
Portugal	37,5	38,5	41,5	41,1	45,8	44,5	43,7	43,5	48,1	49,3	46,8	46,9
Slowenien	-	-	52,6	46,7	45,2	44,5	42,4	44,1	49,0	49,7	49,0	48,3
Spanien	-	-	44,4	39,1	38,4	38,4	39,2	41,3	45,8	45,7	43,4	42,9
Zypern	-	-	33,1	37,0	43,6	43,4	42,2	42,5	45,8	46,1	46,1	46,2
Euroraum	-	-	50,5	46,2	47,3	46,6	45,9	46,9	50,8	50,8	49,4	48,7
Bulgarien	-	-	45,4	41,3	39,7	34,4	39,7	37,6	40,6	38,0	37,1	36,0
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	51,5	50,8	51,9	58,3	57,9	56,9	56,1
Lettland	-	31,6	38,6	37,3	35,6	38,1	35,7	38,8	43,9	42,7	41,7	39,7
Litauen	-	-	34,4	39,1	33,3	33,6	34,8	37,4	43,6	42,7	41,5	41,8
Polen	-	-	47,7	41,1	43,4	43,9	42,2	43,2	44,4	46,2	45,5	44,6
Rumänien	-	-	36,5	38,6	33,6	35,5	36,2	38,2	41,0	40,2	37,2	36,4
Schweden	-	-	65,0	55,1	53,6	52,6	50,9	51,5	54,6	52,9	51,6	50,5
Slowakei	-	-	48,6	52,1	38,0	36,6	34,3	35,0	41,5	40,0	38,0	37,4
Tschechien	-	-	54,5	41,8	45,0	43,8	42,5	42,9	46,0	45,8	44,9	44,1
Ungarn	-	-	55,7	46,7	50,2	52,0	50,0	48,9	50,5	48,9	47,4	46,9
Vereinigtes Königreich	48,7	41,1	43,9	36,8	44,1	44,2	43,9	47,5	51,7	51,1	49,5	47,9
EU-27	-	-	50,2	44,8	46,8	46,3	45,6	46,9	50,8	50,6	49,2	48,4
USA	36,8	37,2	37,1	33,9	36,3	36,0	36,8	38,9	42,2	43,2	41,2	40,3
Japan	32,7	31,6	36,0	39,0	38,4	36,2	35,9	37,1	40,2	40,4	40,7	41,4

¹1985 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Stand: November 2010.

Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011

		EU-Haush	nalt 2010 ¹			EU-Hau:	shalt 2011 ²	
	Verpflicht	ungen	Zahlun	gen	Verpflicht	tungen	Zahluı	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	64 249,4	45,4	47 714,1	38,8	64501,2	45,5	53 328,2	42,1
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4	-	-	500,0	0,4	47,7	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	59 498,8	42,1	58 135,6	47,3	58 659,2	41,4	56 409,3	44,6
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 687,5	1,2	1 411,0	1,1	1 821,9	1,3	1 460,2	1,2
4. Die EU als globaler Akteur	8 141,0	5,8	7 787,7	6,3	8 754,3	6,2	7 249,0	5,7
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	248,9	0,2	248,9	0,2	253,9	0,2	100,0	0,1
5. Verwaltung	7 908,0	5,6	7 907,5	6,4	8 081,7	5,7	8 080,4	6,4
Gesamtbetrag	141 484,8	100,0	122 955,9	100,0	141 818,3	100,0	126 574,8	100,0

¹ EU-Haushalt 2010 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-7/2010).

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011

	Differe	nz in %	Differen	z in Mio. €
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
Rubrik	10	11	12	13
1. Nachhaltiges Wachstum	0,4	11,8	251,7	5 614,1
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	100,0	0,0	47,7
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	- 1,4	-3,0	- 839,6	-1 726,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	8,0	3,5	134,3	49,2
4. Die EU als globaler Akteur	7,5	- 6,9	613,3	- 538,7
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	- 59,8	5,0	-148,9
5. Verwaltung	2,2	2,2	173,7	172,9
Gesamtbetrag	0,2	2,9	333,5	3 618,9

² EU-Haushalt 2011 (neuer Haushaltsentwurf der EU-Kommission vom 26. November 2010).

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2010 im Vergleich zum Jahressoll 2010

	Flächenländ	der (West)	Flächenlän	nder (Ost)	Stadtsta	aaten	Länder zus	ammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in M	io.€			
Bereinigte Einnahmen	178 485	187 017	49 985	50 181	31 350	33 623	253 931	265 06
darunter:								
Steuereinnahmen	134870	141 620	25 519	26 139	18 959	20 674	179 348	188 43
Übrige Einnahmen	43 614	45 396	24 465	24 042	12 391	12 949	74 583	76 62
Bereinigte Ausgaben	203 610	203 106	53 145	52 096	37 473	37 155	288 341	286 59
darunter:								
Personalausgaben	79 277	78 472	13 009	12 112	10964	11 362	103 250	101 94
Lfd. Sachaufwand	13 342	13 745	3 827	3 572	7 840	8 197	25 009	25 51
Zinsausgaben	13 761	13 062	3 187	2 804	4110	3 740	21 058	19 60
Sachinvestitionen	4920	4521	2 074	1 776	1 252	1 028	8 246	7 3 2
Zahlungen an Verwaltungen	55 997	56 600	18 942	19 134	715	801	69 766	70 77
Übrige Ausgaben	36314	36 706	12 107	12 697	12 592	12 027	61 012	61 43
Finanzierungssaldo	-25 123	-16 089	-3 160	-1 915	-6 116	-3 531	-34 399	-21 53

Abbildung 1: Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2009/2010 in € 800 700 600 570 600 500 400 345 311 300 263 255 200 149 100 30 0 -100 Flächenländer Flächenländer Stadtstaaten Länder insgesamt (West) (Ost) ■Januar - Dezember 2010 Januar - Dezember 2009

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Dezember 2010

		D	ezember 200	9	No	in Mio. € vember 2010)	Г	ezember 2010)
Lfd.										
Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	257 742	259 322	499 556	217 455	230 428	433 266	259 293	265 060	507 646
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	252 725	246 054	498 779	212 548	217 418	429 966	253 716	249 670	503 386
111	Steuereinnahmen	227 835	188 721	416 556	191 561	164875	356 436	226 189	188 434	414 62
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	10310	45 880	56 190	2 416	42 596	45 012	7924	49 196	57 120
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	4418	4 418	-	1 994	1 994	-	2 536	2 530
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	5 0 1 7	13 268	18 285	4907	13 010	17917	5 577	15 390	20 96
121	Veräußerungserlöse	3 101	420	3 521	2 595	316	2911	3 200	409	3 60
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	2 2 1 1	74	2 284	2 106	67	2 173	2 277	73	2 350
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	372	8 864	9 2 3 6	431	9 829	10 259	430	11 402	11 83
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	292 253	284 792	559 538	278 005	256 500	519 888	303 658	286 595	573 54
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	264721	245 078	509 800	256 249	229 315	485 564	277 175	251 026	528 20
211	Personalausgaben	27940	98 912	126 851	26 729	96 085	122 814	28 196	101 946	130 14
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	7 554	27 583	35 137	7 348	27 213	34 561	7 692	28 760	36 45
212	Laufender Sachaufwand	19913	24 601	44 515	17 030	22 432	39 462	20 162	25 514	45 67
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	9 1 4 7	16359	25 505	7 941	14775	22 716	9 232	16977	26 20
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	38 099	19 962	58 061	32 477	18 546	51 023	33 108	19 605	52 71
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	14396	56 459	70 855	12 702	48 472	61 173	14113	57 144	71 25
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	- 201	- 201	-	- 389	- 389	-	- 321	-32
2142	Zuweisungen an Gemeinden	18	52 755	52 773	15	45 608	45 623	17	52 355	52 37
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	27 532	39714	67 246	21 755	27 186	48 941	26 483	35 569	62 05
221	Sachinvestitionen	8 504	7 047	15 551	5 948	5 479	11 427	7 660	7 3 2 6	1498
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	5 853	11 591	17 444	4148	10 250	14398	5210	13 630	18 83
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	27 103	39 275	66 377	21 363	26 727	48 090	26 077	35 088	61 16

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Dezember 2010

						in Mio. €					
		D	ezember 200	9	Nov	vember 2010)	Dezember 2010			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesam	
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-34 461 ²	-25 470	-59 931	-60 499 ²	-26 072	-86 571	-44 323	² -21 536	-65 85	
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	264 021	86 218	350 239	273 405	78 154	351 559	284033	90 135	374 16	
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	229 873	71 344	301 217	221 672	72 248	293 920	240 022	76 786	316 80	
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	34148	14874	49 022	51 733	5 905	57 639	44 011	13 349	57 36	
	Zum Ende des Monats bestehende										
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-7985	2 414	-5 571	-10 036	4 2 6 9	-5 767	-14633	6 701	-7 93	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	14371	14371	-	14 109	14109	-	13 344	13 34	
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	7 985	- 845	7 140	10037	-6 689	3 3 4 8	14634	-4 058	10 57	

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2010

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ^{3,4}	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
I	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	34 845	40 546 °	9 517	18 708	6 656	22 653	48 824	11 545	2 90
1	Einnahmen der laufenden Rechnung	33 295	38 442	8 803	17 929	6 070	21 576	46 113	10 976	2 84
11	Steuereinnahmen	24799	31 043	5 130	14884	3 308	16611	38 002	8 372	2 07
12	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	6 419	3 781	3 142	1 884	2 435	2 747	5 148	1 901	63
121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	180	-	154	144	113	150	4
122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	438	-	394	234	257	269	9
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 550	2 104 a	714	779	586	1 076	2 711	569	6
21	Veräußerungserlöse	54	13	21	23	3	14	13	1	
211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	5	-	-	12	2	-	
22	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 078	1 614	453	678	397	931	2 118	445	Ę
	Bereinigte Ausgaben ¹	25.654	44 004 h	0.700	20.475		24.524	E4.002	42.460	2.05
2	für das laufende Haushaltsjahr	35 654	41 801 b	9 798	20 475	6 827	24 534	54 983	13 469	3 87
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	31 721	36 506 b	8 162	18 389	5 637	22 350	49 068	11 803	3 3 2
211	Personalausgaben	14022	17 101	2 136	7 722	1 657	9410 2	20 466 ²	5 150	1 33
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	4420	4929	147	2 498	97	2 930	6 833	1 553	50
212	Laufender Sachaufwand	1 975	3 137 e	612	1 670	420	1 771	3 439	981	22
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 649	2 527 e	500	1315	374	1510	2 511	819	20
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 830	1 038 f	632	1 332	381	1864	4 474	1 060	49
14	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	8 826	10 827	3 007	4 609	2 063	5 6 1 6	12 568	2 766	46
141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	1 145	3 600	-	1 584	-	-	98	-	
142	Zuweisungen an Gemeinden	7 624	7 141	2 556	2 992	1 735	5 615	11 080	2 605	45
2	Ausgaben der Kapitalrechnung	3 933	5 295	1 636	2 086	1 190	2 185	5 9 1 5	1 666	54
21	Sachinvestitionen	860	1 671	86	733	274	351	479	140	4
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 803	1 894	711	848	510	679	3 049	741	17
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	3 864	5 228	1 636	2 049	1 190	2 185	5 754	1 643	53

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2010

				·		in Mio. €	·			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 809	-1 255 °	- 281	-1 767	- 171	-1 882	-6 160	-1 924	- 964
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	7 3 0 3	5 0 6 5	3 113	5 580	504	7 669	22 640	8 055	1 286
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	5 663	3 374	3 750	3 838	1 355	6 648	20 698	6 238	804
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	1 639	1 691 °	· - 638	1 742	- 851	1 021	1 943	1817	483
	Zum Ende des Monats bestehende									
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	365	-	-	-	4 462	990	321
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	937	1 592	235	826	1 062	1 897	684	1	346
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-981	-	- 182	801	8	1 509	-2 514	- 989	- 129

 $^{^1 \}operatorname{In} \operatorname{der} \operatorname{L\"{a}ndersumme} \operatorname{ohne} \operatorname{Zuweisungen} \operatorname{von} \operatorname{L\"{a}ndern} \operatorname{im} \operatorname{L\"{a}nderfinanzausgleich}.$

²Ohne Januar-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 24,3 Mio. €, b 282,6 Mio. €, c -258,3 Mio. €, d 1589,2 Mio. €, e 1,4 Mio. €, f 281,2 Mio. €.

⁴BY - zu Nr. 43: Die haushaltsmäßige NKA für den allgemeinen Haushalt beträgt Null. Der angegebene Wert ist lediglich ein valutarischer Wert und setzt sich zusammen aus der restlichen Aufnahme der im Nachtragshaushalt 2008 bewilligten Kredite für den Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB sowie aus der Inanspruchnahme von aus den vergangenen Jahren aufgeschobenen Anschlussfinanzierungen.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2010

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen	
1	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	16 078	9 231	7 976	8 699	20 254	3 301	10 157	265 06	
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	14230	8 490	7 648	7 956	19 225	3 126	9 787	249 670	
111	Steuereinnahmen	8 428	4723	5 834	4 5 5 1	10 479	2 011	8 184	188 43	
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	5 154	3 270	1 328	2 930	6 953	759	706	49 19	
1121	darunter: Allgemeine BEZ	337	194	-	188	887	143	-	2 53	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	809	468	135	447	2 924	370	-		
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 848	741	329	744	1 029	175	369	15 39	
121	Veräußerungserlöse	0	4	3	14	222	0	20	40	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	2	1	-	47	0	2	7	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 485	496	253	421	561	129	294	11 40	
_	Bereinigte Ausgaben ¹	16 255	0.038	0.206	0.300	21.670	4 525	11 020	206 50	
2	für das laufende Haushaltsjahr	16 255	9 928	9 306	9 288	21 670	4 535	11 038	286 59	
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	12 762	8 377	8 323	7 806	19814	3 985	9 839	251 02	
211	Personalausgaben	3 596	2 395	3 268	2 327	6 461	1 372	3 5 2 9	101 94	
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	171	152	1 123	134	1 584	449	1 232	28 76	
212	Laufender Sachaufwand	945	895	545	701	4 9 2 7	711	2 5 5 9	25 51	
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	683	360	470	413	2 383	335	931	1697	
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	368	780	969	644	2 202	658	880	19 60	
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	5 135	2 555	2312	2 645	270	108	209	57 14	
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	88	- 32	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	3 906	2 129	2 240	2 262	8	4	9	52 35	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	3 493	1 551	983	1 482	1 856	550	1 199	35 56	
221	Sachinvestitionen	810	265	241	342	426	101	502	7 3 2	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 373	658	405	479	122	153	27	13 63	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	3 494	1 551	982	1 479	1 773	545	1 182	35 08	

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2010

		in Mio. €							
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 176	- 698	-1 329	- 589	-1 416	-1 234	- 881	-21 536
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	964	4 420	4266	2 453	10 773	6 045	-	90 135
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	1 440	3 681	3 214	1 928	9 150	5 006	-	76 786
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 476	739	1 052	525	1 623	1 039	-	13 349
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	317	-	-32	-	276	2	6 701
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 730	62	-	101	335	419	2 120	13 344
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 61	-333	- 381	288	9	- 222	-881	-4 058

 $^{^1} In \, der \, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$

²Ohne Januar-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 24,3 Mio. €, b 282,6 Mio. €, c -258,3 Mio. €, d 1589,2 Mio. €, e 1,4 Mio. €, f 281,2 Mio. €.

⁴BY - zu Nr. 43: Die haushaltsmäßige NKA für den allgemeinen Haushalt beträgt Null. Der angegebene Wert ist lediglich ein valutarischer Wert und setzt sich zusammen aus der restlichen Aufnahme der im Nachtragshaushalt 2008 bewilligten Kredite für den Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB sowie aus der Inanspruchnahme von aus den vergangenen Jahren aufgeschobenen Anschlussfinanzierungen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoir	nlandsprodukt	(real)	
Jahr	Erwerbstä	tige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	.a.	in%
1991	38,6		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,1	-1,5	50,4	2,5	6,2	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	-1,3	50,0	3,1	7,5	-0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	-0,1	50,1	3,3	8,1	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,9	3,2	7,9	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	-0,3	50,0	3,5	8,6	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	-0,1	50,2	3,8	9,2	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,7	3,7	9,0	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,9	3,4	8,2	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,3	3,1	7,4	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,5	3,2	7,5	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	-0,6	51,5	3,5	8,3	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	-0,9	51,6	3,9	9,2	-0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	52,1	4,2	9,7	1,2	0,8	0,6	17,5
2005	38,8	-0,1	52,5	4,6	10,6	0,8	0,9	1,4	17,4
2006	39,1	0,6	52,5	4,3	9,8	3,4	2,7	3,1	18,2
2007	39,7	1,7	52,6	3,6	8,3	2,7	1,0	1,0	18,7
2008	40,3	1,4	52,8	3,1	7,2	1,0	-0,4	-0,2	19,0
2009	40,3	0,0	53,0	3,2	7,4	-4,7	-4,7	-2,2	17,6
2010	40,5	0,5	53,0	2,9	6,8	3,6	3,1	1,0	17,9
2005/00	39,0	-0,2	51,8	3,8	8,8	0,6	0,8	1,3	18,8
2010/05	39,8	0,8	52,7	3,6	8,4	1,1	0,3	0,5	18,1

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2\,}Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$

 $^{^3}$ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $^{^4\,{\}rm Anteil\,der\,Bruttoan lage investitionen\,am\,Bruttoin lands produkt\,(nominal)}.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator)1	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²
			\	/eränderung in % p.a	а.		
1991							
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	-0,7	0,7	1,0	1,4	0,4
1997	2,1	0,3	-2,2	0,9	1,4	1,9	-0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	-0,7	-4,8	0,9	0,9	1,5	0,7
2001	2,5	1,2	-0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,0	0,8
2004	2,2	1,0	-0,3	1,1	1,4	1,7	-0,5
2005	1,4	0,6	-1,4	1,2	1,4	1,6	-0,8
2006	3,8	0,4	-1,4	0,9	1,1	1,6	-1,7
2007	4,6	1,8	0,5	1,7	1,9	2,3	-0,2
2008	2,0	1,0	-1,2	1,6	1,8	2,6	2,4
2009	-3,4	1,4	4,0	0,0	0,0	0,4	5,7
2010	4,2	0,6	-2,2	1,4	1,9	1,1	-1,1
2005/00	1,7	1,1	0,2	1,1	1,4	1,5	0,1
2010/05	2,2	1,0	-0,1	1,1	1,3	1,6	1,0

 $^{^{1}} Ohne\,private\,Organisationen\,ohne\,Erwerbszweck.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2} Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
	Veränderu	ng in % p.a.	in Mr	d.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-6,1	-23,1	25,8	26,2	-0,4	-1,5
1992	0,2	0,6	-7,5	-18,6	24,1	24,5	-0,5	-1,1
1993	-4,8	-6,4	-0,5	-17,8	22,3	22,3	0,0	-1,1
1994	8,9	8,1	2,6	-28,4	23,1	22,9	0,1	-1,6
1995	7,7	6,2	8,7	-24,0	24,0	23,5	0,5	-1,3
1996	5,5	3,7	16,9	-12,3	24,9	24,0	0,9	-0,7
1997	12,7	11,6	23,9	-8,6	27,5	26,2	1,2	-0,4
1998	7,0	6,8	26,8	-13,4	28,7	27,3	1,4	-0,7
1999	5,0	7,0	17,4	-24,0	29,4	28,5	0,9	-1,2
2000	16,4	18,7	7,2	-26,7	33,4	33,0	0,4	-1,3
2001	6,9	1,8	42,5	-0,9	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	-3,6	97,7	45,9	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,9	44,8	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	10,2	7,5	112,9	106,5	38,4	33,3	5,1	4,8
2005	8,5	8,9	118,9	116,8	41,1	35,8	5,3	5,2
2006	14,5	14,9	133,0	153,8	45,4	39,7	5,7	6,6
2007	8,1	5,0	172,8	186,5	46,9	39,8	7,1	7,7
2008	3,2	5,2	159,5	166,6	47,5	41,0	6,4	6,7
2009	-16,9	-15,5	118,5	119,7	40,8	35,9	4,9	5,0
2010	17,1	18,1	130,2	126,3	45,9	40,7	5,2	5,1
2005/00	6,0	3,3	77,5	47,7	36,5	33,0	3,6	2,1
2010/05	4,5	4,8	138,8	144,9	44,6	38,8	5,8	6,0

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

Jahr	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohno	quote	Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer)³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
	V	eränderung in % p.a	а.	in	1%	Veränderu	ng in % p.a.
1991				71,0	71,0		
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	-1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,2
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	-2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	-0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	-1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	-2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	-1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	-0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	-0,2
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	-0,8
2004	4,5	14,5	0,4	68,0	69,4	0,6	1,0
2005	1,3	5,5	-0,6	66,7	68,3	0,3	-1,0
2006	5,0	11,5	1,7	64,6	66,2	1,0	-1,2
2007	3,3	4,3	2,7	64,3	65,8	1,6	-0,6
2008	1,8	-1,4	3,6	65,4	66,8	2,2	-0,4
2009	-4,2	-12,6	0,2	68,4	69,9	-0,2	-0,3
2010	6,1	13,4	2,8	66,3	67,6	2,3	1,6
2005/00	2,1	5,9	0,5	70,2	71,3	1,1	0,1
2010/05	2,3	2,6	2,2	65,9	67,4	1,4	-0,2

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land					jährliche '	/eränderun	igen in %				
Lallu	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	2,3	5,3	1,9	3,2	0,8	2,7	1,0	- 4,7	3,7	2,2	2,0
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,7	2,9	1,0	- 2,8	2,0	1,8	2,0
Estland	2,5	0,0	2,1	4,5	2,3	4,3	1,3	- 2,3	- 4,2	-3,0	1,1
Griechenland	2,3	3,8	2,8	5,0	3,6	3,6	0,9	-3,7	- 0,2	0,7	1,7
Spanien	1,7	2,6	2,1	3,9	1,9	2,4	0,2	- 2,6	1,6	1,6	1,8
Frankreich	3,1	7,6	9,8	9,7	6,0	5,6	- 3,5	- 7,6	- 0,2	0,9	1,9
Irland	2,8	2,1	2,8	3,7	0,7	1,5	- 1,3	- 5,0	1,1	1,1	1,4
Italien	-	-	9,9	5,0	3,9	5,1	3,6	- 1,7	0,5	1,5	2,2
Zypern	2,9	5,3	1,4	8,4	5,4	6,6	1,4	-3,7	3,2	2,8	3,2
Luxemburg	-	-	6,2	6,4	4,0	3,7	2,6	- 2,1	3,1	2,0	2,2
Malta	2,3	4,2	3,1	3,9	2,0	3,9	1,9	- 3,9	1,7	1,5	1,7
Niederlande	2,5	4,2	2,5	3,7	2,5	3,7	2,2	- 3,9	2,0	1,7	2,1
Österreich	1,6	7,9	2,3	3,9	0,8	2,4	0,0	- 2,6	1,3	- 1,0	0,8
Portugal	-	-	5,8	1,4	6,7	10,5	5,8	- 4,8	4,1	3,0	3,9
Slowakei	-	-	4,1	4,4	4,5	6,9	3,7	- 8,1	1,1	1,9	2,6
Slowenien	3,3	0,5	4,0	5,3	2,9	5,3	0,9	- 8,0	2,9	2,9	2,3
Finnland	2,3	3,5	2,4	3,9	1,7	2,9	0,4	- 4,1	1,7	1,5	1,8
Euroraum	-	-	2,9	5,7	6,4	6,4	6,2	- 4,9	- 0,1	2,6	3,8
Bulgarien	4,0	1,6	3,1	3,5	2,4	1,6	- 1,1	- 5,2	2,3	1,9	1,8
Dänemark	-	-	4,5	10,0	9,4	6,9	- 5,1	- 13,9	2,4	4,4	3,5
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	10,6	10,0	- 4,2	- 18,0	-0,4	3,3	4,0
Litauen	-	-	3,3	3,3	7,8	9,8	2,9	- 14,7	0,4	2,8	3,2
Polen	-	-	7,0	4,3	3,6	6,8	5,1	1,7	3,5	3,9	4,2
Rumänien	-	-	7,1	2,4	4,2	6,3	7,3	- 7,1	- 1,9	1,5	3,8
Schweden	2,2	1,0	3,9	4,5	3,2	3,3	- 0,4	- 5,1	4,8	3,3	2,3
Tschechien	-	-	5,9	3,6	6,3	6,1	2,5	- 4,1	2,4	2,3	3,1
Ungarn	-	-	1,5	4,9	3,2	0,8	0,8	- 6,7	1,1	2,8	3,2
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	3,1	3,9	2,2	2,7	- 0,1	- 5,0	1,8	2,2	2,5
EU	2,5	3,0	2,5	3,9	2,0	3,0	0,5	- 4,2	1,8	1,7	2,0
Japan	6,3	5,6	1,9	2,9	1,9	2,4	- 1,2	- 5,2	3,5	1,3	1,7
USA	4,1	1,9	2,5	4,2	3,1	1,9	0,0	- 2,7	2,7	2,1	2,5

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2010. Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2010.

Stand: November 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

			jährlich	ne Veränderunge	n in %		
Land	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	1,8	2,3	2,8	0,2	1,1	1,8	2,0
Belgien	2,3	1,8	4,5	0,0	2,3	1,9	1,9
Estland	4,4	6,7	10,6	0,2	2,7	3,6	2,3
Griechenland	3,3	3,0	4,2	1,3	4,6	2,2	0,5
Spanien	3,6	2,8	4,1	-0,2	1,7	1,5	1,4
Frankreich	1,9	1,6	3,2	0,1	1,7	1,6	1,6
Irland	2,7	2,9	3,1	- 1,7	- 1,5	0,4	0,6
Italien	2,2	2,0	3,5	0,8	1,6	1,8	1,9
Zypern	2,2	2,2	4,4	0,2	2,8	3,3	2,5
Luxemburg	3,0	2,7	4,1	0,0	2,8	2,1	1,6
Malta	2,6	0,7	4,7	1,8	1,9	2,0	2,3
Niederlande	1,7	1,6	2,2	1,0	1,0	1,5	1,6
Österreich	1,7	2,2	3,2	0,4	1,7	2,1	1,8
Portugal	3,0	2,4	2,7	-0,9	1,4	2,3	1,3
Slowakei	4,3	1,9	3,9	0,9	0,7	3,2	2,8
Slowenien	2,5	3,8	5,5	0,9	2,1	2,0	2,2
Finnland	1,3	1,6	3,9	1,6	1,6	2,1	1,8
Euroraum	2,2	2,1	3,3	0,3	1,5	1,8	1,7
Bulgarien	7,4	7,6	12,0	2,5	2,9	3,2	3,1
Dänemark	1,9	1,7	3,6	1,1	2,2	2,1	2,0
Lettland	6,6	10,1	15,3	3,3	- 1,3	1,1	1,8
Litauen	3,8	5,8	11,1	4,2	1,2	2,3	2,8
Polen	1,3	2,6	4,2	4,0	2,6	2,9	3,0
Rumänien	6,6	4,9	7,9	5,6	6,1	5,5	3,2
Schweden	1,5	1,7	3,3	1,9	1,8	1,4	1,9
Tschechien	2,1	3,0	6,3	0,6	1,2	2,1	2,2
Ungarn	4,0	7,9	6,0	4,0	4,7	3,9	3,7
Vereinigtes Königreich	2,3	2,3	3,6	2,2	3,2	2,6	1,4
EU	2,3	2,4	3,7	1,0	2,0	2,1	1,8
Japan	0,3	0,0	1,4	- 1,4	- 0,9	-0,7	0,0
USA	3,2	2,8	3,8	-0,4	1,6	1,1	1,5

Quelle:

EU-Kommission, Herbstprognose, November 2010.

Stand: November 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

				ir	n% der zivile	n Erwerbsb	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	10,7	8,4	7,3	7,5	7,3	6,7	6,3
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	7,5	7,0	7,9	8,6	8,8	8,7
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	4,7	5,5	13,8	17,5	15,1	13,6
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	8,3	7,7	9,5	12,5	15,0	15,2
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	9,2	8,3	11,3	18,0	20,1	20,2	19,2
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	8,4	7,8	9,5	9,6	9,5	9,2
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	4,6	6,3	11,9	13,7	13,5	12,7
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	7,7	6,1	6,7	7,8	8,4	8,3	8,2
Zypern	-	-	2,6	4,9	5,3	4,0	3,6	5,3	6,8	6,6	5,9
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,2	4,9	5,1	5,5	5,6	5,6
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,2	6,4	5,9	7,0	6,6	6,6	6,5
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	3,6	3,1	3,7	4,5	4,4	4,3
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,4	3,8	4,8	4,4	4,2	4,0
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,0	7,7	8,1	7,7	9,6	10,5	11,1	11,2
Slowakei	-	-	13,2	18,8	16,3	11,1	9,5	12,0	14,5	14,2	13,4
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	4,9	4,4	5,9	7,2	7,2	6,6
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	6,9	6,4	8,2	8,3	7,8	7,2
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,3	9,0	7,5	7,5	9,5	10,1	10,0	9,6
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	6,9	5,6	6,8	9,8	9,1	8,0
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	3,8	3,3	6,0	6,9	6,3	5,8
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	8,9	6,0	7,5	17,1	19,3	17,7	16,2
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	4,3	5,8	13,7	17,8	16,9	15,1
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	9,6	7,1	8,2	9,5	9,2	8,5
Rumänien	-	-	6,0	7,3	7,2	6,4	5,8	6,9	7,5	7,4	7,0
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,6	6,1	6,2	8,3	8,3	8,0	7,5
Tschechien	-	-	3,9	8,7	7,9	5,3	4,4	6,7	7,3	7,0	6,7
Ungarn	-	-	10,0	6,4	7,2	7,4	7,8	10,0	11,1	11,0	10,3
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	5,3	5,6	7,6	7,8	7,9	7,8
EU	9,4	7,2	10,0	7,7	8,2	7,2	7,0	8,9	9,6	9,5	9,1
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	3,9	4,0	5,1	5,1	4,9	4,8
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	4,6	5,8	9,3	9,6	9,4	9,0

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2010. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2010.

Stand: November 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoii	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	ısbilanz	
			Verände	rung gege	nüber Vor	jahr in %			В	in % des no Bruttoinlan	ominalen idprodukts	3
	2008	2009	2010 ¹	2011 ¹	2008	2009	2010 ¹	2011 1	2008	2009	2010 ¹	2011 1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	5,3	-6,5	4,3	4,6	15,6	11,2	7,0	7,9	4,9	2,6	3,8	3,0
darunter												
Russische Föderation	5,2	-7,9	4,0	4,3	14,1	11,7	6,6	7,4	6,2	4,0	4,7	3,7
Ukraine	2,1	-15,1	3,7	4,5	25,2	15,9	9,8	10,8	-7,1	-1,5	-0,4	-1,3
Asien	7,7	6,9	9,4	8,4	7,5	3,1	6,1	4,2	5,9	4,1	3,0	3,0
darunter												
China	9,6	9,1	10,5	9,6	5,9	-0,7	3,5	2,7	9,6	6,0	4,7	5,1
Indien	6,4	5,7	9,7	8,4	8,3	10,9	13,2	6,7	-2,0	-2,9	-3,1	-3,1
Indonesien	6,0	4,5	6,0	6,2	9,8	4,8	5,1	5,5	0,0	2,0	0,9	0,1
Korea	2,3	0,2	6,1	4,5	4,7	2,8	3,1	3,4	-0,6	5,1	2,6	2,9
Thailand	2,5	-2,2	7,5	4,0	5,5	-0,8	3,0	2,8	0,6	7,7	3,6	2,5
Lateinamerika	4,3	-1,7	5,7	4,0	7,9	6,0	6,1	5,8	-0,7	-0,6	-1,2	-1,6
darunter												
Argentinien	6,8	0,9	7,5	4,0	8,6	6,3	10,6	10,6	1,5	2,0	1,7	1,2
Brasilien	5,1	-0,2	7,5	4,1	5,7	4,9	5,0	4,6	-1,7	-1,5	-2,6	-3,0
Chile	3,7	-1,5	5,0	6,0	8,7	1,7	1,7	3,0	-1,5	2,6	-0,7	-2,0
Mexiko	1,5	-6,5	5,0	3,9	5,1	5,3	4,2	3,2	-1,5	-0,6	-1,2	-1,4
Sonstige												
Türkei	0,7	-4,7	7,8	3,6	10,4	6,3	8,7	5,7	-5,7	-2,3	-5,2	-5,4
Südafrika	3,7	-1,8	3,0	3,5	11,5	7,1	5,6	5,8	-7,1	-4,0	-4,3	-5,8

¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook Oktober 2010.

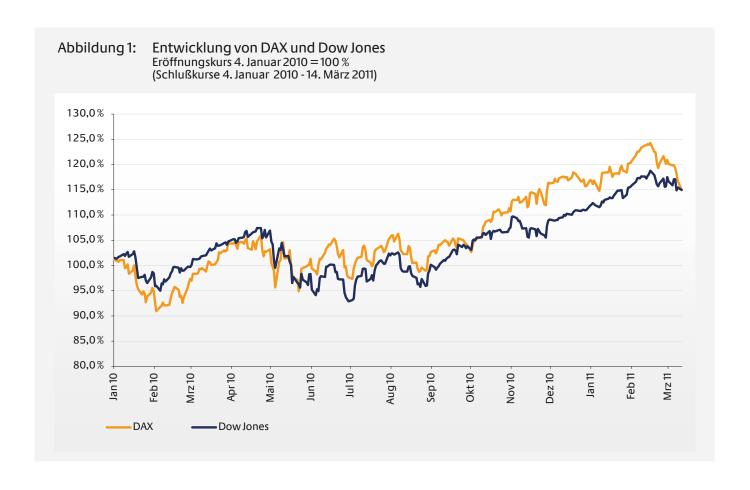


Tabelle 9:	Ubersicht Weltfinan	

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	11.03.2011	2010	zu Ende 2010	2010/2011	2010/2011
Dow Jones	12 044	11 578	4,03	9 686	12 391
Euro Stoxx 50	2 884	2 793	3,26	2 489	3 068
Dax	6 981	6914	0,97	5 434	7 427
CAC 40	3 929	3 805	3,26	3 3 3 1	4 157
Nikkei	10 254	10 229	0,25	8 8 2 4	11 339
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	11.03.2011	2010	US-Bond	2010/2011	2010/2011
USA	3,43	3,32	-	2,40	4,03
Deutschland	3,21	2,95	-0,22	2,11	3,40
Japan	1,31	1,13	-2,12	0,85	1,41
Vereinigtes Königreich	3,66	3,45	0,23	2,84	4,31
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	11.03.2011	2010	zu Ende 2010	2010/2011	2010/2011
Dollar/Euro	1,38	1,34	3,08	1,19	1,46
Yen/Dollar	81,84	81,52	0,39	73,47	94,65
Yen/Euro	113,24	108,65	4,22	106,19	134,23
Pfund/Euro	0,86	0,86	0,05	0,81	0,91

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Deutschland												
EU-KOM	-4,7	3,7	2,2	2,0	0,2	1,1	1,8	2,0	7,5	7,3	6,7	6,3
OECD	-4,7	3,5	2,5	2,2	0,2	1,0	1,2	1,4	7,4	6,9	6,3	6,2
IWF	-4,7	3,3	2,0	-	0,2	1,3	1,4	-	7,5	7,7	7,1	-
USA												
EU-KOM	-2,7	2,7	2,1	2,5	-0,4	1,6	1,1	1,5	9,3	9,6	9,4	9,0
OECD	-2,6	2,7	2,2	3,1	-0,3	1,6	1,1	1,1	9,3	9,7	9,5	8,7
IWF	-2,6	2,6	2,3	-	-0,3	1,4	1,0	-	9,3	12,8	9,6	
Japan												
EU-KOM	-5,2	3,5	1,3	1,7	-1,4	-0,9	-0,7	0,0	5,1	5,1	4,9	4,8
OECD	-5,2	3,7	1,7	1,3	-1,4	-0,9	-0,8	-0,5	5,1	5,1	4,9	4,5
IWF	-5,2	2,8	1,5	-	-1,4	-1,0	-0,3	-	5,1	6,2	5,0	
Frankreich												
EU-KOM	-2,6	1,6	1,6	1,8	0,1	1,7	1,6	1,6	9,5	9,6	9,5	9,2
OECD	-2,5	1,6	1,6	2,0	0,1	1,6	1,1	1,1	9,1	9,3	9,1	8,8
IWF	-2,5	1,6	1,6	-	0,1	1,6	1,6	-	9,4	11,0	9,8	
Italien												
EU-KOM	-5,0	1,1	1,1	1,4	0,8	1,6	1,8	1,9	7,8	8,4	8,3	8,2
OECD	-5,1	1,0	1,3	1,6	0,8	1,5	1,4	1,4	7,8	8,6	8,5	8,3
IWF	-5,0	1,0	1,0	-	0,8	1,6	1,7	-	7,8	8,8	8,6	
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-5,0	1,8	2,2	2,5	2,2	3,2	2,6	1,4	7,6	7,8	7,9	7,8
OECD	-5,0	1,8	1,7	2,0	2,2	3,1	2,6	1,6	7,6	7,9	7,8	7,6
IWF	-4,9	1,7	2,0	-	2,1	3,1	2,5	-	7,5	9,4	7,4	
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	-2,5	3,0	2,3	3,0	0,3	1,6	1,7	1,5	8,3	8,1	7,8	7,4
IWF	-2,5	3,1	2,7	-	0,3	1,8	2,0	-	8,3	8,0	7,5	
Euroraum												
EU-KOM	-4,1	1,7	1,5	1,8	0,3	1,5	1,8	1,7	9,5	10,1	10,0	9,6
OECD	-4,1	1,7	1,7	2,0	0,3	1,5	1,3	1,2	9,3	9,9	9,6	9,2
IWF	-4,1	1,7	1,5	-	0,3	1,6	1,5	-	9,4	10,1	10,0	
EZB	-4,1	1,7	1,4	1,7	0,3	1,6	1,8	1,5	-	-	-	
EU-27												
EU-KOM	-4,2	1,8	1,7	2,0	1,0	2,0	2,1	1,8	8,9	9,6	9,5	9,1
IWF	-4,1	1,7	1,7	-	0,9	1,9	1,8	-	-	-	-	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2010.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), Oktober 2010 \ und \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa \ (REO), Oktober 2010.$

EZB: ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; Dezember 2010 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum).

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise	Arbeitslosenquote				
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Belgien												
EU-KOM	-2,8	2,0	1,8	2,0	0,0	2,3	1,9	1,9	7,9	8,6	8,8	8,7
OECD	-2,7	2,1	1,8	1,8	0,0	2,1	1,6	1,8	7,9	8,6	8,8	8,7
IWF	-2,7	1,6	1,7	-	0,0	2,0	1,9	-	7,7	8,7	8,5	-
Estland												
EU-KOM	-13,9	2,4	4,4	3,5	0,2	2,7	3,6	2,3	13,8	17,5	15,1	13,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-13,9	1,8	3,5	-	-0,1	2,5	2,0	-	13,8	17,5	16,4	-
Finnland												
EU-KOM	-8,0	2,9	2,9	2,3	1,6	1,4	2,1	1,8	8,2	8,3	7,8	7,2
OECD	-8,1	2,7	3,0	3,0	1,6	1,4	1,8	2,0	8,3	8,6	8,2	8,0
IWF	-8,0	2,4	2,0	-	1,6	1,4	1,8	-	8,3	8,8	8,7	-
Griechenland												
EU-KOM	-2,3	-4,2	-3,0	1,1	1,3	4,6	2,2	0,5	9,5	12,5	15,0	15,2
OECD	-2,3	-3,9	-2,7	0,5	1,3	4,7	2,5	0,7	9,5	12,2	14,5	15,2
IWF	-2,0	-4,0	-2,6	-	1,4	4,6	2,2	-	9,4	11,8	14,6	-
Irland												
EU-KOM	-7,6	-0,2	0,9	1,9	-1,7	-1,5	0,4	0,6	11,9	13,7	13,5	12,7
OECD	-7,6	-0,3	1,5	2,5	-1,7	-1,6	0,9	1,2	11,7	13,6	13,6	12,6
IWF	-7,6	-0,3	2,3	-	-1,7	-1,6	-0,5	-	11,8	13,5	13,0	-
Luxemburg												
EU-KOM	-3,7	3,2	2,8	3,2	0,0	2,8	2,1	1,6	5,1	5,5	5,6	5,6
OECD	-3,7	3,3	3,3	3,2	0,0	2,6	1,8	2,2	5,7	6,0	5,9	5,8
IWF	-4,1	3,0	3,1	-	0,4	2,3	1,9	-	6,0	5,8	5,6	-
Malta												
EU-KOM	-2,1	3,1	2,0	2,2	1,8	1,9	2,0	2,3	7,0	6,6	6,6	6,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,1	1,7	1,7	-	1,8	1,9	2,1	-	7,0	6,9	6,9	-
Niederlande												
EU-KOM	-3,9	1,7	1,5	1,7	1,0	1,0	1,5	1,6	3,7	4,5	4,4	4,3
OECD	-3,9	1,7	1,7	1,8	1,0	0,8	1,4	1,4	3,4	4,1	4,4	4,3
IWF	-3,9	1,8	1,7	-	1,0	1,3	1,1	-	3,5	4,2	4,4	-
Österreich												
EU-KOM	-3,9	2,0	1,7	2,1	0,4	1,7	2,1	1,8	4,8	4,4	4,2	4,0
OECD	-3,8	2,0	2,0	2,0	0,4	1,6	1,8	1,9	4,8	4,5	4,4	4,3
IWF	-3,9	1,6	1,6	-	0,4	1,5	1,7	-	4,8	4,1	4,2	-

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

			Verbrauc	herpreise	Arbeitslosenquote							
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Portugal												
EU-KOM	-2,6	1,3	-1,0	0,8	-0,9	1,4	2,3	1,3	9,6	10,5	11,1	11,2
OECD	-2,5	1,5	-0,2	1,8	-0,9	1,4	2,3	1,3	9,5	10,7	11,4	11,1
IWF	-2,6	1,1	0,0	-	-0,9	0,9	1,2	-	9,6	10,7	10,9	-
Slowakei												
EU-KOM	-4,8	4,1	3,0	3,9	0,9	0,7	3,2	2,8	12,0	14,5	14,2	13,4
OECD	-4,7	4,1	3,5	4,4	0,9	0,8	3,4	2,9	12,1	14,1	13,4	12,5
IWF	-4,7	4,1	4,3	-	0,9	0,7	1,9	-	12,1	14,1	12,7	-
Slowenien												
EU-KOM	-8,1	1,1	1,9	2,4	0,9	2,1	2,0	2,2	5,9	7,2	7,2	6,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-7,8	0,8	2,4	-	0,9	1,5	2,3	-	6,0	7,8	8,1	-
Spanien												
EU-KOM	-3,7	-0,2	0,7	1,7	-0,2	1,7	1,5	1,4	18,0	20,1	20,2	19,2
OECD	-3,7	-0,2	0,9	1,8	-0,2	1,5	0,9	0,3	18,0	19,8	19,1	17,4
IWF	-3,7	-0,3	0,7	-	-0,2	1,5	1,1	-	18,0	19,8	19,3	-
Zypern												
EU-KOM	-1,7	0,5	1,5	2,2	0,2	2,8	3,3	2,5	5,3	6,8	6,6	5,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,7	0,4	1,8	-	0,2	2,2	2,3	-	5,3	7,1	6,9	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2010.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), Oktober 2010 \ und \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa \ (REO), Oktober 2010.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise	Arbeitslosenquote				
	2009	2010	20111	2011	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Bulgarien												
EU-KOM	-4,9	-0,1	2,6	3,8	2,5	2,9	3,2	3,1	6,8	9,8	9,1	8,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,0	0,0	2,0	-	2,5	2,2	2,9	-	6,8	8,3	7,6	-
Dänemark												
EU-KOM	-5,2	2,3	1,9	1,8	1,1	2,2	2,1	2,0	6,0	6,9	6,3	5,8
OECD	-4,7	2,2	1,6	2,1	1,3	2,3	1,4	1,5	5,9	7,2	7,2	6,5
IWF	-4,7	2,0	2,3	-	1,3	2,0	2,0	-	3,6	4,2	4,7	-
Lettland												
EU-KOM	-18,0	-0,4	3,3	4,0	3,3	-1,3	1,1	1,8	17,1	19,3	17,7	16,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-18,0	-1,0	3,3	-	3,3	-1,4	0,9	-	17,3	19,8	17,5	-
Litauen												
EU-KOM	-14,7	0,4	2,8	3,2	4,2	1,2	2,3	2,8	13,7	17,8	16,9	15,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-14,8	1,3	3,1	-	4,2	1,0	1,3	-	13,7	18,0	16,0	-
Polen												
EU-KOM	1,7	3,5	3,9	4,2	4,0	2,6	2,9	3,0	8,2	9,5	9,2	8,5
OECD	1,7	3,5	4,0	4,3	3,8	2,4	2,5	3,1	8,2	9,6	8,9	7,8
IWF	1,7	3,4	3,7	-	3,5	2,4	2,7	-	8,2	9,8	9,2	-
Rumänien												
EU-KOM	-7,1	-1,9	1,5	3,8	5,6	6,1	5,5	3,2	6,9	7,5	7,4	7,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-7,1	-1,9	1,5	-	5,6	5,9	5,2	-	6,3	7,2	7,1	-
Schweden												
EU-KOM	-5,1	4,8	3,3	2,3	1,9	1,8	1,4	1,9	8,3	8,3	8,0	7,5
OECD	-5,1	4,4	3,3	3,4	-0,3	1,1	1,5	2,3	8,3	8,4	8,0	7,5
IWF	-5,1	4,4	2,6	-	2,0	1,8	1,9	-	8,3	8,2	8,2	-
Tschechien												
EU-KOM	-4,1	2,4	2,3	3,1	0,6	1,2	2,1	2,2	6,7	7,3	7,0	6,7
OECD	-4,0	2,4	2,8	3,2	1,0	1,6	1,9	1,7	6,7	7,5	7,1	6,8
IWF	-4,1	2,0	2,2	-	1,0	1,6	2,0	-	6,7	8,3	8,0	-
Ungarn												
EU-KOM	-6,7	1,1	2,8	3,2	4,0	4,7	3,9	3,7	10,0	11,1	11,0	10,3
OECD	-6,7	1,1	2,5	3,1	4,2	4,9	2,9	3,1	10,1	11,3	11,7	11,0
IWF	-6,3	0,6	2,0	-	4,2	4,7	3,3	-	10,1	10,8	10,3	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2010.

 ${\sf OECD:}\ Wirtschafts ausblick,\ Dezember\ 2010.$

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \, (WEO), \, Oktober \, 2010 \, \, und \, Regionaler \, Wirts chafts ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts \, Ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts \, Ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts \, Ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts \, Ausblick \, Wirts \, Ausblick \, Ausblick \, Wirts \, Ausblick \,$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo				
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	
Deutschland													
EU-KOM	-3,0	-3,7	-2,7	-1,8	73,4	75,7	75,9	75,2	5,0	4,8	4,6	4,3	
OECD	-3,0	-4,0	-2,9	-2,1	73,5	76,9	78,3	79,0	4,9	5,1	5,9	7,0	
IWF	-3,1	-4,5	-3,7	-	73,5	75,3	76,5	-	4,9	6,1	5,8		
USA													
EU-KOM	-11,2	-11,3	-8,9	-7,9	84,7	92,2	98,4	102,1	-2,7	-3,4	-4,0	-4,2	
OECD	-11,3	-10,5	-8,8	-6,8	84,4	92,8	98,5	101,4	-2,7	-3,4	-3,7	-3,7	
IWF	-12,9	-11,1	-9,7	-	84,3	92,7	99,3	-	-2,7	-3,2	-2,6		
Japan													
EU-KOM	-6,3	-6,5	-6,4	-6,3	188,9	192,3	195,9	199,0	3,5	3,8	3,7	3,7	
OECD	-7,1	-7,7	-7,5	-7,3	192,8	198,4	204,2	210,2	2,8	3,4	3,7	3,7	
IWF	-10,2	-9,6	-8,9	-	217,6	225,9	234,1	-	2,8	3,1	2,3		
Frankreich													
EU-KOM	-7,5	-7,7	-6,3	-5,8	78,1	83,0	86,8	89,8	-2,9	-3,3	-3,4	-3,5	
OECD	-7,6	-7,4	-6,1	-4,8	78,1	83,2	88,0	91,0	-1,9	-2,2	-2,3	-2,4	
IWF	-7,6	-8,0	-6,0	-	78,1	84,2	87,6	-	-1,9	-1,8	-1,8		
Italien													
EU-KOM	-5,3	-5,0	-4,3	-3,5	116,0	118,9	120,2	119,9	-3,2	-3,2	-2,7	-2,4	
OECD	-5,2	-5,0	-3,9	-3,1	116,0	119,5	120,9	121,2	-3,2	-3,3	-2,8	-2,3	
IWF	-5,2	-5,1	-4,3	-	115,8	118,4	119,7	-	-3,2	-2,9	-2,7		
Vereinigtes Königreich													
EU-KOM	-11,4	-10,5	-8,6	-6,4	68,2	77,8	83,5	86,6	-1,3	-2,2	-1,5	-0,2	
OECD	-11,0	-9,6	-8,1	-6,5	68,2	77,1	84,3	90,3	-1,3	-2,2	-1,6	-1,2	
IWF	-10,3	-10,2	-8,1	-	68,5	76,7	81,9	-	-1,1	-2,2	-2,0		
Kanada													
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
OECD	-5,5	-4,9	-3,4	-2,1	83,4	84,4	85,5	87,0	-2,8	-2,7	-2,8	-2,1	
IWF	-5,5	-4,9	-2,9	-	81,6	81,7	80,5	-	-2,8	-2,8	-2,7		
Euroraum													
EU-KOM	-6,3	-6,3	-4,6	-3,9	79,1	84,1	86,5	87,8	-0,7	-0,5	0,0	0,1	
OECD	-6,2	-6,3	-4,6	-3,5	79,0	84,3	87,4	88,9	-0,4	-0,2	0,3	0,9	
IWF	-6,3	-6,5	-5,1	-	79,0	84,1	87,0	-	-0,6	0,2	0,5		
EU-27													
EU-KOM	-6,8	-6,8	-5,1	-4,2	74,0	79,1	81,8	83,3	-0,6	-0,5	-0,1	0,1	
IWF	-6,7	-6,9	-5,5	-	-	-	-	-	-0,3	-0,1	0,1		

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2010.

 ${\sf OECD:} Wirtschafts ausblick,\ Dezember\ 2010.$

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), Oktober \ 2010 \ und \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa \ (REO), Oktober \ 2010.$

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo				
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	
Belgien													
EU-KOM	-6,0	-4,8	-4,6	-4,7	96,2	98,6	100,5	102,1	2,0	1,7	2,0	2,0	
OECD	-6,1	-4,9	-4,5	-3,6	96,3	98,4	100,2	101,0	0,8	1,0	1,0	1,1	
IWF	-5,9	-4,8	-5,1	-	-	-	-	-	0,3	0,5	1,8	-	
Estland													
EU-KOM	-1,7	-1,0	-1,9	-2,7	7,2	8,0	9,5	11,7	4,5	4,1	1,4	0,9	
OECD		-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,1	-1,1	-1,7	-	7,1	8,1	7,8	-	4,5	4,2	3,4	-	
Finnland													
EU-KOM	-2,5	-3,1	-1,6	-1,2	43,8	49,0	51,1	53,0	1,3	1,3	1,6	1,4	
OECD	-2,7	-3,3	-1,7	-0,7	43,8	49,5	53,8	56,9	2,7	1,5	1,7	2,0	
IWF	-2,4	-3,4	-1,8	-	-	-	-	-	1,3	1,4	1,6	-	
Griechenland													
EU-KOM	-15,4	-9,6	-7,4	-7,6	126,8	140,2	150,2	156,0	-14,0	-10,6	-8,0	-6,5	
OECD	-13,7	-8,3	-7,6	-6,5	116,9	125,9	133,5	138,9	-11,4	-10,5	-7,5	-5,9	
IWF	-13,6	-7,9	-7,3	-	-	-	-	-	-11,2	-10,8	-7,7		
Irland													
EU-KOM	-14,4	-32,3	-10,3	-9,1	65,5	97,4	107,0	114,3	-3,1	-1,1	1,5	2,7	
OECD	-14,2	-32,3	-9,5	-7,4	65,5	97,4	105,0	108,0	-3,0	-0,3	0,7	3,2	
IWF	-14,6	-17,7	-11,2	-	-	-	-	-	-3,0	-2,7	-1,1		
Luxemburg													
EU-KOM	-0,7	-1,8	-1,3	-1,2	14,5	18,2	19,6	20,9	6,7	8,4	9,4	9,9	
OECD	-0,7	-2,2	-1,2	-0,3	14,5	17,7	22,5	24,7	6,7	7,8	5,1	5,7	
IWF	-0,7	-3,8	-3,1	-	-	-	-	-	5,7	6,9	7,2		
Malta													
EU-KOM	-3,8	-4,2	-3,0	-3,3	68,6	70,4	70,8	70,9	-6,1	-3,9	-2,9	-2,2	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
IWF	-3,8	-3,8	-3,6	-	-	-	-	-	-6,1	-5,4	-5,3		
Niederlande													
EU-KOM	-5,4	-5,8	-3,9	-2,8	60,8	64,8	66,6	67,3	3,4	5,2	6,8	7,9	
OECD	-5,4	-5,8	-4,0	-3,1	60,8	65,9	68,9	70,9	4,6	5,3	6,2	6,7	
IWF	-5,0	-6,0	-5,1	-	-	-		-	5,4	5,7	6,8		
Österreich													
EU-KOM	-3,5	-4,3	-3,6	-3,3	67,5	70,4	72,0	73,3	2,6	3,0	3,5	4,1	
OECD	-3,5	-4,4	-3,4	-3,0	67,7	71,0	73,0	74,7	2,7	2,6	3,1	3,8	
IWF	-3,5	-4,8	-4,1	-		-		-	2,3	2,3	2,4		

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

			Staatssch	nuldenquot	e	Leistungsbilanzsaldo						
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Portugal												
EU-KOM	-9,3	-7,3	-4,9	-5,1	76,1	82,8	88,8	92,4	-10,4	-10,7	-8,0	-6,7
OECD	-9,4	-7,3	-5,0	-4,4	76,1	82,7	88,5	90,3	-10,3	-10,3	-8,8	-8,0
IWF	-9,3	-7,3	-5,2	-	-	-	-	-	-10,0	-10,0	-9,2	-
Slowakei												
EU-KOM	-7,9	-8,2	-5,3	-5,0	35,4	42,1	45,1	47,4	-3,4	-2,9	-1,9	-1,7
OECD	-7,9	-8,0	-5,2	-4,0	35,3	42,6	46,6	48,8	-3,2	-3,1	-0,9	-0,3
IWF	-6,8	-8,0	-4,7	-	35,7	41,8	44,0	-	-3,2	-1,4	-2,6	-
Slowenien												
EU-KOM	-5,8	-5,8	-5,3	-4,7	35,4	40,7	44,8	47,6	-1,3	-0,7	-0,6	-0,8
OECD	-5,8	-5,7	-4,7	-3,9	35,4	38,0	39,8	40,8	-	-	-	-
IWF	-5,6	-5,7	-4,3	-	29,4	34,5	37,2	-	-1,5	-0,7	-0,7	-
Spanien												
EU-KOM	-11,1	-9,3	-6,4	-5,5	53,2	64,4	69,7	73,0	-5,5	-4,8	-3,8	-3,6
OECD	-11,1	-9,2	-6,3	-4,4	53,2	62,9	68,9	70,3	-5,5	-5,5	-5,2	-4,9
IWF	-11,2	-9,3	-6,9	-	-	-	-	-	-5,5	-5,2	-4,8	-
Zypern												
EU-KOM	-6,0	-5,9	-5,7	-5,7	58,0	62,2	65,2	68,4	-8,5	-6,1	-5,7	-5,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-6,1	-6,0	-5,6	-	-	-	-	-	-8,3	-7,9	-7,4	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2010.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2010 und Regionaler Wirtschaftsausblick Europa (REO), Oktober 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	uldenquot	e	Leistungsbilanzsaldo				
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	
Bulgarien													
EU-KOM	-4,7	-3,8	-2,9	-1,8	14,7	18,2	20,2	20,8	-8,4	-3,3	-2,5	-2,3	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-0,9	-4,9	-4,2	-	16,1	18,2	21,1	-	-9,5	-3,0	-3,1	-	
Dänemark													
EU-KOM	-2,7	-5,1	-4,3	-3,5	41,5	44,9	47,5	49,2	3,6	4,5	4,2	4,0	
OECD	-2,8	-4,6	-3,9	-2,8	41,4	43,3	44,8	47,6	3,6	4,4	4,4	4,8	
IWF	-2,8	-4,6	-4,4	-	-	-	-	-	4,2	3,4	3,0	-	
Lettland													
EU-KOM	-10,2	-7,7	-7,9	-7,3	36,7	45,7	51,9	56,6	8,6	3,9	-0,5	-2,9	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-7,8	-11,9	-7,6	-	32,8	42,2	49,0	-	8,6	5,5	2,9	-	
Litauen													
EU-KOM	-9,2	-8,4	-7,0	-6,9	29,5	37,4	42,8	48,3	2,6	2,6	1,3	1,0	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
IWF	-8,9	-7,7	-7,7	-	29,5	39,5	42,3	-	4,2	1,9	0,2		
Polen													
EU-KOM	-7,2	-7,9	-6,6	-6,0	50,9	55,5	57,2	59,6	-1,9	-2,7	-3,3	-3,7	
OECD	-6,8	-7,9	-6,7	-4,8	51,0	54,8	57,9	58,7	-2,2	-2,4	-3,2	-3,8	
IWF	-7,1	-7,4	-6,7	-	50,9	55,2	57,4	-	-1,7	-2,4	-2,6		
Rumänien													
EU-KOM	-8,6	-7,3	-4,9	-3,5	23,9	30,4	33,4	34,1	-4,5	-5,5	-5,6	-6,2	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
IWF	-7,4	-6,8	-4,4	-	29,9	35,5	37,7	-	-4,5	-5,1	-5,4		
Schweden													
EU-KOM	-0,9	-0,9	-0,1	1,0	41,9	39,9	38,9	37,5	7,3	6,6	6,5	6,1	
OECD	-1,2	-1,2	-0,6	0,6	41,9	41,2	38,8	35,1	7,4	6,8	6,8	7,3	
IWF	-0,8	-2,2	-1,4	-	-	-	-	-	7,2	5,9	5,7		
Tschechien													
EU-KOM	-5,8	-5,2	-4,6	-4,2	35,3	40,0	43,1	45,2	-1,2	-1,9	-1,5	-1,1	
OECD	-5,8	-5,2	-4,2	-3,4	35,3	41,7	45,1	47,7	-1,0	-1,9	-0,8	-0,7	
IWF	-5,9	-5,4	-5,6	-	35,3	40,1	44,4	-	-1,1	-1,2	-0,6		
Ungarn													
EU-KOM	-4,4	-3,8	-4,7	-6,2	78,4	78,5	80,1	81,6	-0,4	0,8	0,4	-0,4	
OECD	-4,4	-4,2	-3,1	-2,9	78,4	82,1	83,3	83,1	0,3	-0,3	-1,1	-1,3	
IWF	-4,1	-4,2	-4,5	-	78,3	78,4	78,8	-	0,2	0,5	0,7		

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2010.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2010 und Regionaler Wirtschaftsausblick Europa (REO), Oktober 2010.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, März 2011

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung:

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X